Antifaschistisches Info Blatt

Antifaschistisches info Blatt

Nr. 64 | Herbst 2004 | 3,10 Euro

LANDTAGS-WAHLEN IN SACHSEN UND BRANDENBURG

NPD UND DVU ZIEHEN IN DIE PARLAMENTE EIN

Wahl2004

HARTZ IV PROTESTE
Zwischen Angst, Populismus und Landtagswahlen

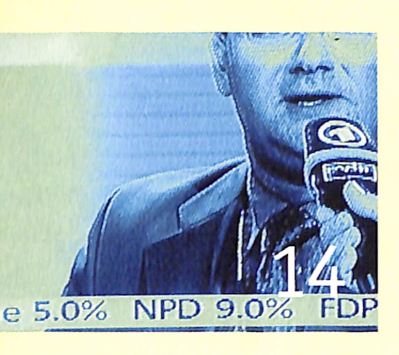
GUIDO KNOPP
»Ästhetischer Revisionismus«



Inhalt

AIB 64 4 · 2004

Rubriken



Titel / Schwerpunkt



NS Szene



Antifa

Gesellschaft

Geschichte

Braunzone

Repression

International

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

aib@mail.nadir.org

www.nadir.org/aib

Editorial

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen, liebe LeserInnen

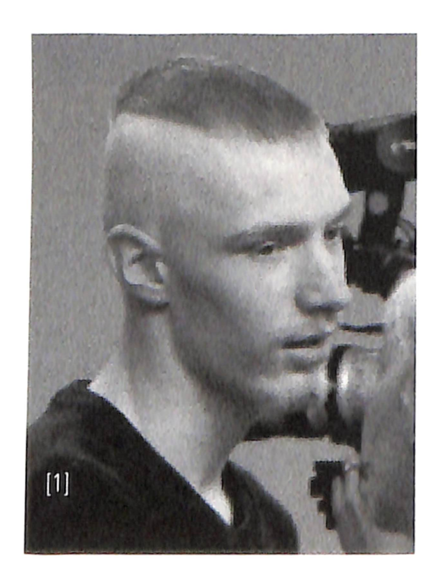
Auf ein neues...

Hatten wir redaktionsintern bereits vor der Sachsenwahl diskutiert, ob wir ein Cover mit der Schlagzeile »Jetzt kommt der Winter der Anständigen« in Bezugnahme auf das zu erwartende Wahlergebnis der NPD auswählen sollten, so wurden wir bereits eine Woche nach der Wahl förmlich dazu gezwungen, auf diesen Titel zu verzichten. Bereits am Wahltag wurde deutlich, dass ein Ergebnis von 9,2% für die NPD niemanden mehr so richtig schockiert. Da ist es schon besser, wenn man gleich die Stimmenanteile von NPD und PDS auf satte 30% zusammenaddiert und einen Trend in Richtung Extremismus anprangert. Konsequenterweise werden dann natürlich auch die selben Analysen und Konsequenzen aus dem Abschneiden der DVU in Brandenburg und der NPD in Sachsen gezogen. Besonders ärgerlich für uns ist dabei vor allem, dass diese verblödende Ignoranz quer durch die deutsche Medienlandschaft geht. Einig scheinen sich alle Medien, bis auf einige wenige Ausnahmen, dass es nun darum gehen müsse, »die Rechten zu entzaubern«. Entzaubern? Wie aber will man eine Partei wie die NPD, die hauptsächlich aufgrund ihrer neofaschistischen Programmatik und ihrer rassistischen Einstellung gewählt wurde, entzaubern? Immerhin geben in Umfragen immer wieder um die 20% der Sachsen rechtsextreme Einstellungsmuster zu erkennen. Gilt es ihr also nachzuweisen, dass sie an sich gar nicht wirklich rassistisch und gar nicht so doll antisemitisch ist? Wohl kaum! Und wie will man eine Partei wie die DVU entzaubern? Eine Partei die sich bereits eine ganze Legislaturperiode im Brandenburger Landtag selbst entzaubert hat, indem sie größtenteils auf das aktive Betreiben von öffentlich wahrnehmbarer Politik verzichtet hat und auch keinerlei Strukturen vor Ort aufgebaut hat. Auf diese Fragen geben aber die JournalistInnen und PolitikerInnen, die am lautesten nach einem Entzaubern schreien, keine Antwort. Vielleicht dauert es auch bis zur nächsten Wahl in Sachsen, bis gemerkt wird, dass das »Konzept Entzaubern«, was eigentlich bloß »das Problem wegschieben« meint, einfach nicht so recht funktionieren wollte. Wenn es bis dahin die NPD geschafft hat, ihre Strukturen in Sachsen noch weiter auszubauen, finanziert mit monatlich weit über 100.000 Euro staatlichen Fraktionsgeldern und Aufwandsentschädigungen, und noch mehr über Jahre lang politisierte Jugendliche das Wahlalter erreicht haben. Dann wird die eigentlich schon lange entzauberte NPD ihre Ergebnisse noch weiter ausgebaut haben und weiter auf eine erneute Entzauberung durch Medien und Politik warten. Vielleicht werden es dann engagierte Politiker und Medienvertreter aber auch merken, dass sich die NPD einfach nicht entzaubern lassen wollte und wir werden dann in großen Buchstaben sowohl auf Regierungspressemitteilungen als auch auf den Titelseiten von Spiegel, Bild & co lesen: "Wann kommt das NPD-Verbot?".

Bis dahin bleibt uns und anderen AntifaschistInnen aber immer noch genug Zeit, vehement auf das Problem von rassistischen, antisemitischen und autoritären Einstellungsmustern in der Gesellschaft hinzuweisen. Dabei war und ist es natürlich nie unser Konzept gewesen, die WählerInnen von NPD & Co. darüber aufzuklären, wen sie da eigentlich wählen und unterstützen. Uns kommt es weiterhin darauf an, AntifaschistInnen vor Ort durch Einschätzungen und Fakten bei einem aktiven Kampf gegen die Einstellungen zu unterstützen. Nach dem, in anbetracht der rassistischen und nationalistischen Regierungs«olitik, von vorneherein zum Scheitern verurteilten »Aufstand der Anständigen« und der in dieser Zeit massiv gestärkten extremen Rechten sollte es an sich auch jeder Provinzpolitiker und jede Provinzpolitikerin verstanden haben, dass eine Stärkung von nicht rechter Jugendkultur und eine Unterstützung von Initiativen vor Ort dringend geboten ist. Doch wenn bereits am Wahlabend durch Angela Merkel PDS und NPD zu einer einzigen "extremistischen Gefahr" addiert werden, beisst sich an dieser Stelle die Katze in den Schwanz. Anstelle der Stärkung einer linken Gegenkultur werden wohl eher wieder unpolitische Programme gegen »Gewalt und Extremismus« aufgelegt, die als Adressaten eine, im Osten kaum vorhandene, Zivilgesellschaft haben.

Wieder rechtsextreme Grausamkeiten in Frankfurt/Oder

Fünf Neonazis haben Anfang Juni 2004 im brandenburgischen Frankfurt/Oder
einen Mann auf offener Straße überfallen, entführt und dann stundenlang gefoltert. Das 32jährige Opfer, dass sich vor Jahren in der sich unpolitisch gebenden Punkszene Frankfurts bewegte, wurde so schwer verletzt, dass er mehrere Tage in ein künstliches Koma versetzt
werden musste. Ihm musste auch ein künstlicher Darmausgang gelegt werden. Seine rechtsextremen Peiniger hatten ihn geschlagen, Zigaretten auf seiner Haut ausgedrückt, ihn gezwungen Vogelkot zu essen und ihn mit einer Klobürste und einem Besenstiel vergewaltigt. Der Mann überlebte nur knapp. Inzwischen wurde er aus dem Krankenhaus entlassen. Vier Tatverdächtige wurden von der Polizei bald nach dem Überfall festgenommen: Daniel K. (21), Ramona P. (24), Stefanie L. (20) und David K. (23). Der 28-jährige Ronny Brettin, Fünfter im Bunde, wurde Anfang September von Zielfahndern des LKA Brandenburg in Berlin verhaftet. Er war zwar ebenfalls kurz nach der Tat von der Polizei festgesetzt, dann aber wieder freigelassen worden. Als man ihn verhaften wollte, war er über alle Berge. Der Grund für diese Panne ist unklar. Immerhin ist Brettin einschlägig vorbestraft und war lediglich zur Bewährung auf freiem Fuß. Außer den Fakten, dass das Opfer ein Ex-Punk und die TäterInnen Rechtsextreme sind, ist kaum etwas über die Tatmotive bekannt. Die Stadt Frankfurt und die Polizei äußerten sich zum Geschehenen bisher nicht. Auch die lokale Presse berichtet nur spärlich. Mitte August 2004 demonstrierten daher etwa 300 autonome AntifaschistInnen in Frankfurt, um dieses Schweigen zu brechen unter dem Motto »Dem Grauen ein Ende bereiten«.
Schon im Jahr 2003 geschah in Frankfurt/Oder ähnliches. Rechtsextreme brachen damals in eine Wohnung ein und fanden anstatt des eigentlich gesuchten Wohnungsinhabers einen ihnen bekannten ehemaligen Punk. Der Mann wurde ausgeraubt und brutal zusammengeschlagen. Er erlag später seinen Verletzungen. Auch in diesem Fall wurde das Tatmotiv nur ungenügend geklärt. ■



[1] Der verurteilte Mittäter Danny Borowsky kommentierte den Mord an Oleg mit den Worten: » ...endlich eine Russensau weniger«.

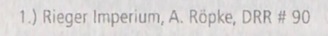
Nazis in Gera zu Höchststrafen verurteilt

Mit zwei Kundgebungen anlässlich der Urteilsverkündung im Mord-Prozess gedachten am 21. Juli 2004 rund 30 Geraer AntifaschistInnen des ermordeten Spätaussiedlers Oleg. Dabei wurde der politische Skandal in Gera thematisiert und der Rücktritt des Polizeidirektors gefordert. Auf den Tag genau ein halbes Jahr zuvor wurde der 27 Jahre alte »Russlanddeutsche« von vier Nazis aus Gera brutal ermordet (Das AIB berichtete in der Ausgabe 62).
Die jungen Täter wurden alle nach Jugendstrafrecht verurteilt. Der 18-jährige Danny Borowsky und der 19-jährige Enrico Willim wurden zu Höchststrafen von jeweils zehn Jahren Haft wegen gefährlicher Körperverletzung und Mordes verurteilt. Der erst 14-jährige Haupttäter Christopher H. wurde wegen gefährlicher Körperverletzung und Mordes zu neun Jahren Haft verurteilt. Der 16-jährige Martin F. wurde wegen gefährlicher Körperverletzung und Beihilfe zum Mord zu dreieinhalb Jahren verurteilt.
Trotz zahlreicher Gedenk-Demonstrationen und Mahnwachen in Gera, Erfurt, Dessau, Weimar und Pirna wurde mit allen Mitteln versucht, sowohl ein politisches Mordmotiv der Täter, als auch den brutalen Mord selbst, zu verharmlosen. Und das, obwohl die Staatsanwaltschaft von einer »menschenverachtenden Gesinnung« als »Mitbeweggrund der Tat« sprach und bei der Begründung der geforderten Haftstrafen erwähnte, dass eine »fremdenfeindliche Gesinnung für die Tat prägend« gewesen sei. Auch Aussagen wie die des Mörders Borowsky, »endlich eine Russensau weniger«, bekräftigen dies. Damit haben sich lokale Medien, Stadt und Polizei mit ihren Lügen und Verharmlosungen endgültig blamiert. Zum Todestag im Januar werden AntifaschistInnen ein Mahnmal in Gera errichten. ■

Rieger sammelt Immobilien

Der Hamburger Rechtsanwalt und maßgebliche Organisator der jährlichen »Rudolf Hess«-Märsche in Wunsiedel Jürgen Rieger ist mittlerweile Inhaber eines kleinen Immobilienimperiums. So ist Rieger nicht nur Besitzer eines Gehöfts in Schweden, sondern auch etlicher Immobilien in Deutschland. Für Medienwirbel sorgte der von ihm bzw. der »Tietjen Stiftung« erworbene Heisenhof in Dörverden.

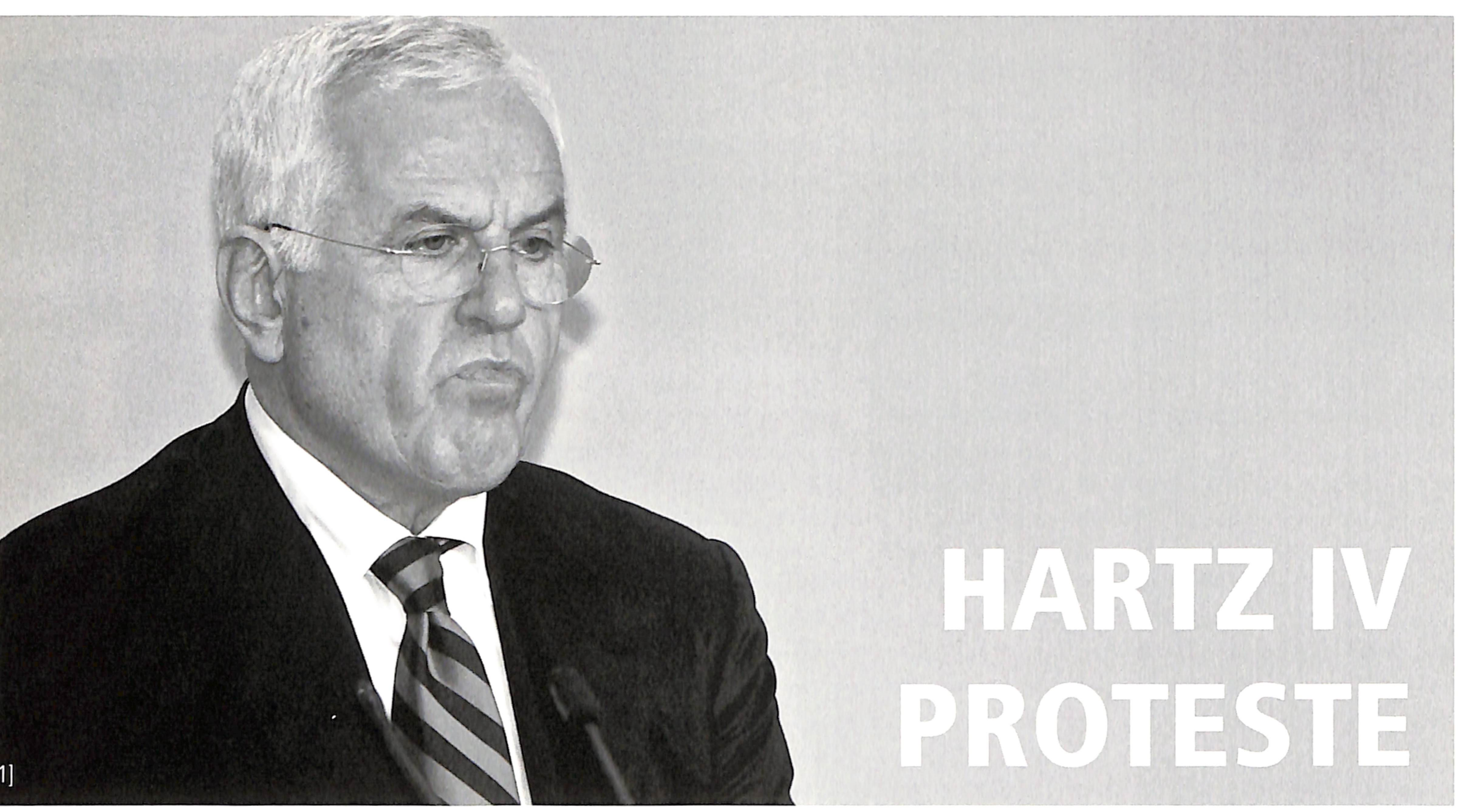
Rieger fungiert als Direktor der »Wilhelm Tietjen Stiftung für Fertilisation LTD« aus London, deren Geschäftsführerin Riegers Lebensgefährtin Theda Mathilde Ites ist. Der Name der Stiftung geht auf den verstorbenen Bremer Lehrer und Altnazi Wilhelm Tietjen zurück, welcher Mitglied in Riegers »Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung« war und zu Lebzeiten die rechte Szene mit größeren finanziellen Beträgen unterstützte. Nach dessen Tod im Januar 2001 verkaufte Rieger dessen Haus und gründete die Tietjen Stiftung.[1] Ende 2003 ersteigerte diese Stiftung auch ein Hotel mit Gaststätte und Discothek im thüringischen Pößneck - das Schützenhaus. Welche Aktivitäten im Sinne des Stiftungszwecks »Fertilisation« bzw. Stammzellenforschung dort anstehen, bleibt abzuwarten. Seine erste Handlung bestand zunächst darin, dem im Hotel beherbergten ausländischen Imbiss zu kündigen. Ein weiterer, sogar gemeinnütziger, Verein Jürgen Riegers ist der »Mütterdank e.V.«. Der Hamburger Helmut Cruse und dessen Frau Wilma vererbten dem Vereinsvorsitzenden Rieger zwei Häuser, in welchen kinderreiche deutsche Familien untergebracht worden seien. Dank der Gemeinnützigkeit kann der wegen Volksverhetzung verurteilte Neonazi Rieger hier sogar Steuerersparnisse einstreichen. Bis 1998 betrieb Rieger im Niedersächsischen Hetendorf ein neonazistisches Schulungszentrum – dessen Betreiber Riegers »Heideheim e.V.« wurde 1998 jedoch verboten und das Gelände eingezogen. Möglicherweise versucht Rieger nun, mit der britischen »Tietjen Stiftung« sein Vermögen vor staatlichen Zugriffen zu sichern. Der niedersächsische »Weser Kurier« berichtete unterdessen von weiteren Immobilien Riegers im Bremer Umland, dazu gehört ein Mehrfamilienhaus in Osterholz-Scharmbeck und ein Scheunenkomplex in Stemmen, in welchem Rieger seinen »Wehrmachtsfuhrpark« beherberge. ■


1.) Rieger Imperium, A. Röpke, DRR # 90


[1] Jürgen Rieger als Anmelder des Rudolf Hess-Marsches in Wunsiedel.

Vertriebenenhetze durch Görlitzer Stadtrat

Als zum 1. Mai diesen Jahres im deutsch-polnischen Grenzgebiet Plakate mit der Überschrift: »Polen und Tschechen herzlich willkommen in der EU! Unsere Justiz arbeitet bereits fleißig, denn Mord verjährt nicht« auftauchten, war die Aufregung groß – auf polnischer Seite. Auf der deutschen hielt sich die Empörung in Grenzen. Während in Polen die Staatsanwaltschaft Ermittlungen einleitete, beschränkte man sich in Görlitz darauf, die Plakate durch die Polizei entfernen zu lassen. Auf den Plakaten sind neben Fotos von verstümmelten Leichen auch vermeintliche Zahlenangaben über Millionen ermordeter Deutscher nach dem 8. Mai 1945 in den ehemaligen deutschen Ostgebieten enthalten. Die abschließende Forderung nach der Rückgabe der »völkerrechtswidrig enteigneten Häuser und Grundstücke« lässt an dem geschichtsrevisionistischen Charakter des Plakates keinen Zweifel. Eine Gruppe ostsächsischer Rechtsextremer und »Berufsvertriebener« um den ehemaligen Vorsitzenden der Schlesischen Jugend e.V., Jürgen Hösl-Daum, hatte anlässlich der EU-Osterweiterung ihre Hetze vertrieben. Die SJ ist die Jugendorganisation der Landsmannschaft Schlesien. Ende Juli wurden Hösl-Daum und zwei weitere Ostsachsen in der Nähe vom polnischen Boleslawice festgenommen. Im Gepäck wiederum besagte Plakate, welche zuvor geklebt worden waren. In Polen äusserten sich Medien und Öffentlichkeit empört und verängstigt über diese zunehmend aggressiver gewordenen Versuche, vermeintliche deutsche Ansprüche geltend zu machen. Hösl-Daum, der mittlerweile zum Stadtrat der Deutschen Sozialen Union in Görlitz gewählt wurde, leugnete erst seine Tatbeteiligung, um sie dann später doch zuzugeben. Ein Radiosender recherchierte von ihm verfasste »Rundschreiben«, welche mit seinem Namen gekennzeichnet waren. Während man sich in Görlitz wahlweise ahnungslos oder erstaunt gibt, ist Hösl-Daum für Antifas kein Unbekannter. Erst im letzten Jahr führte er in Polen eine »Holzkreuzaktion« durch, und brachte entlang polnischer Straßen Kreuze an, die für den »Mord an deutschen Zivilisten« stehen sollten. Und als ehemaliger ehrenamtlicher Archivar des 1. FC Nürnberg sagte er zu einem Studenten, der über den 1. FC im »Dritten Reich« recherchierte: »Die Reichskristallnacht ist eine Erfindung Martin Luthers«. Ähnlich äusserte er sich auch im Juli diesen Jahres. Die DSU unterstützt ihn in der »Sache«, aber nicht in der »Methode«. Eine typische Reaktion für Görlitz. Man will die revanchistischen Heimat-, Berufs-, und Bekenntnisvertriebenen um jeden Preis als Touristen halten. ■



HARTZ IV PROTESTE im Sommerloch

Die politische Ambivalenz der Proteste war unübersehbar. Sie erbrachten kaum inhaltliche oder aktionistische Impulse für einen Selbstorganisierungs- und Politisierungsprozess. Inzwischen ist die Dynamik der Demonstrationen wie ein Strohfeuer verbrannt. Eine Mehrheit der Teilnehmer konsumierte ohnehin die Proteste als vorübergehenden Event. Umso leichter fiel es neonazistischen Gruppen, sich bei den Demonstrationen als Akteure, gar als Sprachrohr des Volkes in Szene zu setzen. Unterstützt wurde dies durch die politische Diffusität der Proteste, die, regional in unterschiedlichem Maße, die inhaltliche Interpretationshoheit fast kampflos den Neonazis überließ. Nach gut zwei Monaten des Protests ist deutlich, dass es linken Organisationen nicht gelungen ist, die Proteste zu stabilisieren und inhaltlich auszuweiten.

Neonazistische Mobilisierungen

Während die seit Jahresbeginn laufende Kampagne der Freien Kameradschaften »keine-agenda-2010« angesichts geringer Teilnehmerzahlen als Beweis gelten kann, dass die »Soziale Frage« das Spektrum neonazistischer Kameradschaften und Parteien, anders als die klassischen NS-Themen, nicht mobilisiert, hat die extreme Rechte in Regionen wie Ost-Vorpommern seit Jahren freie Hand. Hier gelingt es den militanten Kameradschaften inzwischen, Themen im öffentlichen Diskurs mitzubestimmen und sich als »radikale Lösung« zu präsentieren. Ungehindert konnten die Neonazis unter dem Label des »Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Mitteldeutschland« ihre Plakate gegen Hartz IV in den Gemeindeschaukästen aushängen – und waren so an vielen Orten Ostdeutschlands diejenigen, die das Thema lokal öffentlich als erste besetzten. So ist es wenig verwunderlich, dass in der 30.000-Einwohnerstadt Ueckermünde an der nordöstlichen Grenze Mecklenburg-Vorpommerns zu Polen am 5. September rund 300 Neonazis gegen Hartz IV und das »Asylantenheim« demonstrierten. Ursprünglich wollte die rechtsextreme Bürgerinitiative »Schöner und sicherer wohnen in Ueckermünde« ausschließlich gegen ein geplantes Flüchtlingsheim demonstrieren, gegen welches sie bereits rund 2.000 Unterschriften gesammelt hatten. Weil die Stadtverwaltung jedoch zwei Tage vor der Demonstration die Heimpläne für gescheitert erklärte, nutzen die Neonazis der »Pommerschen Aktionsfront« den Aufmarsch zur »Feier eines Teilsiegs«. In den Reden überwog rassistische Hetze gegen MigrantInnen und Flüchtlinge, während sich Transparente und Flugblätter ausschließlich auf »volksnahe« Protestparolen gegen Hartz IV beschränkten. Die drei





Ueckermünder Kameradschaften »Aryan Warriors« – in schwarzen T-Shirts mit Keltenkreuz-Ärmeln, Vollbärten und schwarzen Sonnenbrillen -, »Nationalgermanischer Bund« (NGB) – mit Seitenscheiteln und sauberen T-Shirts – und die Pommersche Aktionsfront – mit weißen Hemden, Fahnenträgern und Trommlern – marschierten dabei gemeinsam mit dem NPD-Kreisverband Stralsund, dem Märkischen Heimatschutz und dem NPD-Kreistagsabgeordneten Michael Andrejewski.

Die extreme Rechte ruft auf und alle marschieren mit : Köthen / Anhalt

In der seit Jahren als rechte Hochburg bekannten Kleinstadt Köthen (Sachsen-Anhalt) wurden die Proteste gegen Hartz IV gleich zu Beginn vom örtlichen Kreisverband der Republikaner (REP) organisiert. Als Anmelder fungierte der 43jährige Rep-Sympathisant Gunnar Pollin, als Drahtzieher der Rep-Stadtrat Mirko Theodor. Dieser legte zwar Wert darauf, die Proteste als Privatperson zu organisieren, doch die Inhalte ließen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Bei der ersten Demonstration Ende Juli trugen Republikaner und Mitglieder der Kameradschaft Köthen das Leittransparent mit dem abgewandelten Kaiser-Wilhelm-Motto »Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche – gegen Hartz IV«. Diesem Leittransparent folgten immerhin mehr als 500 Menschen. Danach gründeten Republikaner und politisch unorganisierte Köthener das »Bürgerkomitee gegen Abzocke« und riefen zur zweiten Demonstration auf. Es sollte noch einen weiteren Montag dauern, bis DGB, PDS und Kirchen das »Netzwerk für Demokratie und Toleranz« gründeten und vorschlugen, man solle doch gemeinsam demonstrieren. Parteipolitische und »extremistische« Insignien sollten einfach beiseite gelassen werden. »Die Interessen der Betroffenen sollen im Mittelpunkt stehen«, so die SPD-Fraktionschefin im Köthener Stadtrat. Andernorts war es vor allem das Desinteresse der Organisatoren der Proteste, offensiv gegen die extreme Rechte Stellung zu beziehen, die den Neonazis bei den Demonstrationen gegen Hartz IV eine Plattform bot: In Magdeburg gelang es der Kameradschaft »Festungsstadt« bei der zweiten Montagsdemonstration, sich ungehindert an die Spitze des Demonstrationszugs zu setzen. Bei den darauffolgenden Demonstrationen konnten die AktivistInnen der Kameradschaft gemeinsam mit rechten Hooligans als integraler Teil der Demonstration auftreten und ihre Propaganda weitgehend ungestört unter die Leute bringen. Die Mehrheit der Teilnehmer reagierte mit Gleichgültigkeit auf die Anwesenheit von Neonazis. Versuche von AntifaschistInnen, die Neonazis mit Transparent-Blockaden an der Teilnahme zu hindern, beantwortete die Polizei nach Absprache mit den Veranstaltern, indem sie die Neonazis in den vorderen Teil der Demonstration integrierte. Im sachsen-anhaltinischen Schönebeck war es gar der örtliche DGB-Anmelder, der AntifaschistInnen mit der Bemerkung, man sei »offen für alle«, daran hinderte, Aktivisten der Kameradschaft Schönebeck von der Demonstration auszuschließen. Andernorts in Sachsen-Anhalt, wie beispielsweise in Weißenfels, konnte der NPD-Landesvorsitzende Andreas Karl, der hier auch im Kreistag sitzt, umgeben von Naziskin-Bodyguards unmittelbar nach dem ver.di-Bezirksvorsitzenden reden. Karl verzichtete darauf, sich als NPD-Kader vorzustellen, sondern trat als »selbstständiger Dachdeckermeister« auf und erhielt laut Zeitungsberichten neben dem ver.di-Vertreter »den meisten Beifall«. Dass es durchaus auch anders geht, zeigen Beispiele aus Dessau, Halle und Dresden, wo AntifaschistInnen durch couragiertes Auftreten Neonazis und extreme Rechte von den Protesten ausschlossen. Auch DGB, attac und Sozialforen machten in Flugblättern deutlich, dass Neonazis und rassistische, nationalistische und antisemitische Parolen unerwünscht seien. Die Beispiele zeigen, dass es dringenden Handlungsbedarf gegenüber solchen Tendenzen in der gegenwärtig zugespitzten sozialen Situation gibt. Politische Interventionen werden aber nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn nationalistische, rassistische und rechtsextreme Positionen eine entschlossene, inhaltlich begründete Ausgrenzung erfahren; egal ob sie von explizit rechten Gruppen oder einer Strömung innerhalb der Protestbewegung vertreten werden.

Standortnationalismus

Als Motivation für ihre Teilnahme am Protest geben viele Menschen in Ostdeutschland ihre Forderung nach Angleichung der Lebensverhältnisse mit Westdeutschland an, um im gleichen Atemzug die Befürchtung zu äußern, diese Angleichung werde mit Polen vollzogen. Hier werden soziale Ängste als standortnationalistische und rassistische Ressentiments artikuliert. Wer, wie vielerorts auch von Gewerkschaften geschehen, die nationale Solidarität des Kapitals ein-

[1] Peter Hartz

[2] Nicht nur in Ost-Deutschland waren Neonazis auf Montagsdemos präsent. An der ersten Montagsdemonstration in Bochum am 16.08.2004 beteiligte sich auch der Kreisvorsitzender der NPD Wattenscheid, Claus Cremer (links).

[3] Teilnehmer einer Berliner Montagsdemonstration mit einem »themenbezogenen« Bilderrahmen zu Hartz IV.



fordert, für wen die Zielgruppe von Protesten und möglichen Veränderungen ausschließlich der weiße, deutsche, männliche Facharbeiter ist, welcher gegen Migranten, Frauen und Jugendliche in Stellung zu bringen sei, vertritt, gewollt oder nicht, eben jene nationalistisch überformte Standortlogik, derer sich auch die Herrschenden bedienen.

DeutscheArbeit

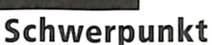
Der Ruf nach Arbeit erscholl auf den Demonstrationen besonders laut. Damit unterwerfen sich die Betroffenen eben jener kapitalistischen Verwertungslogik, die sie andererseits so vehement zu kritisieren glauben. Hier artikuliert sich das Bedürfnis, die eigene Arbeitskraft um fast jeden Preis zu verkaufen, obwohl überdeutlich ist, dass diese eben nicht mehr gebraucht wird und im Sinne des Kapitals verwertet werden kann. Dahinter steht die besonders in Ostdeutschland breit verankerte Überzeugung, der Wert eines Menschen definiere sich über die (Lohn)arbeit. Diese Wertsetzung impliziert einen sozialdarwinistischen Ausschluss all jener, die unter diesem Normativ nicht arbeiten können oder wollen: Alleinerziehende Mütter ebenso wie Behinderte oder sozial diskriminierte Menschen. Wer eine soziale Anthropologie nur über Arbeit konstituiert sieht, folgt letztlich einer Ausgrenzungsideologie nach dem Motto: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. Wenn NPD und Kameradschaften »Arbeitsplätze statt Kriegseinsätze« oder »Arbeit zuerst für Deutsche« fordern, können sie an diese fetischisierte Auffassung von Arbeit anknüpfen. Aus unserer Sicht kommt es darauf an, den Begriff der Lohnarbeit und seine Implikationen in Bezug auf soziale Aneignungsprozesse radikal in Frage zu stellen. Eine soziale Bewegung, die die Sehnsucht nach lohnarbeiterischer Entfremdung reproduziert, führt sich selbst ad absurdum. Wir halten gemeinsam mit der Arbeitslosenbewegung und Sozialhilfegruppen die Forderung nach einem existenzsichernden, voraussetzungslosen Grundeinkommen für einen wichtigen Ausgangspunkt im Katalog realpolitischer Forderungen für eine Gesellschaft, in der alle gleiche Rechte haben.

Der Staat als Retter ?

Ebenso laut wie der Ruf nach Arbeit ist der nach dem Staat. An ihn wird, statt die Sachzwanglogik der Agenda 2010 in Frage zu stellen, appelliert, doch für Verteilungsgerechtigkeit zu sorgen. Dies lässt den Fakt außer Acht, dass es, selbst im Falle weiterer marginaler Korrekturen an der Umsetzung von Hartz IV, keine Rückkehr zum Sozialstaat des fordistischen Zeitalters mehr geben wird. Hingegen ist der Aufbau des präventiven Sicherheitsstaates unter Umgehung bürgerlicher Freiheitsrechte sehr weit fortgeschritten. Der Ruf nach dem Staat als Retter vor den Zumutungen des Kapitals bedient einen autoritären Impuls, der sich radikalisiert in den Konzepten neonazistischer Gruppen für einen »deutschen Sozialismus« wiederfindet.

Ostdeutsche Identitätsdiskurse und ihre autoritäre Verfasstheit

Die im Sommer zu beobachtende Dynamik der Ereignisse speist sich in Ostdeutschland aus einer realen Abstiegsangst, jahrelang angesammelten Frustrationen und einer medial multiplizierten temporären Sensibilisierung. Die Ursachen hierfür sind seit langem sattsam bekannt. Die 90er Jahre brachten für viele Ostdeutsche eine soziale, kulturelle und mentale Entwertung ihrer Biographien und Lebenswelt. Form und Massivität der Proteste sowie die Reaktionen mancher BundespolitikerInnen lassen erkennen, dass die Einführung westdeutscher Konflikt- und Konsensregulationsmechanismen und der ihnen zugeordneten Institutionen, wie Gewerkschaften, in Ostdeutschland als gescheitert betrachtet werden können. In 14 Jahren seit der Wiedervereinigung ist es offenbar nicht gelungen, ein System sozialer Integration zu schaffen, das analog zu den westdeutschen Mechanismen soziale Konflikte kanalisiert und integriert. Dies zeigt sich an der Unfähigkeit der westdeutsch dominierten Institutionen, den Betroffenen entsprechende Angebote zu machen. Als Gegenbewegung hierzu konstituierte sich ein ostdeutscher Identitätsdiskurs, der momentan eine Aktualisierung erfährt. Diese wird aus zwei Gründen erst möglich. Einerseits verfügt der Osten über kein öffentliches Forum der Selbstverständigung. Andererseits provozierten Bundespolitiker mit ihren medialen Interventionsritualen geradezu den Protest, wie das Beispiel des Wirtschaftsministers Wolfgang Clement tragikomisch vor Augen führt. In diesem ostdeutschen Identitätsdiskurs finden sich kaum noch Spurenelemente eines emanzipatorischen Aufbruchs. Denn die von fast ausnahmslos allen ostdeutschen Milieus geteilte Homogenitäts- und Anpassungserwartung gegenüber normabweichendem Verhalten und/oder mentalen und lebenskulturellen Ein-





stellungen, hat einen repressiven und autoritären Charakter.

Wer ist das Volk?

Bei den meisten – ost- und westdeutschen AntifaschistInnen – weckt das massenhafte Auftauchen der Parole »Wir sind das Volk« die Erinnerungen an die nationalistische Mobilisierung in der Endphase der Leipziger Montagdemos im November 1989, die eine Welle rassistischer Pogrome der frühen 90er Jahre einläutete. Für weite Teile der damaligen DemonstrationsteilnehmerInnen scheint diese Parole dagegen noch immer mit dem Aufbegehren gegen einen autoritären Realsozialismus gleichgesetzt zu sein und wird offenbar vor allem als Ausdruck von Opposition gegen alles, was außerhalb der eigenen Veränderungsmöglichkeiten zu sein scheint, verstanden. Dass diese Parole nach Rechts weit offen ist, MigrantInnen und alle, die nicht ins rechte Weltbild passen, ausschließt, wird dabei von manchen ProtestorganisatorInnen unreflektiert in Kauf genommen oder bewusst gewollt. Hier zeigt sich die Schwäche der radikalen Linken, die dem Rechtsruck im gesellschaftlichen Diskurs seit 1989 nicht mehr wirkungsvoll entgegen treten konnte. Aus dem bitteren Fazit, dass sich die Gesellschaft im wiedervereinigten Deutschland als ausgrenzend konstituiert und immer mehr Menschen, die hier leben, gleiche Rechte und gleichen Zugang zu Ressourcen verwehrt, stellt sich die Frage nach den Perspektiven antifaschistischen Handelns angesichts des zu erwartenden periodischen Widerauflammens sozialer Proteste und zunehmender Akzeptanz von Rechten als legitime Protestakteure.

Die Abwesenheit der Zivilgesellschaft

Nicht nur anhand der oben genannten Beispiele zeigen sich deutliche Unterschiede im Umgang mit der extremen Rechten: Dort, wo Sozialforen, attac und Gewerkschaften – manchmal auch die PDS – über eigene Strukturen und ein gewachsenes Selbstbewusstsein verfügen, ist es für AntifaschistInnen bislang relativ leicht gewesen, in Bündnissen oder Einzelgesprächen die Notwendigkeit klarer Stellungnahmen gegen Rechts deutlich zu machen – und auch während der Demonstrationen einzufordern.

Doch vielerorts ist der gewerkschaftliche Organisierungsgrad minimal und andere zivilgesellschaftliche Strukturen setzen auf »Integration« um jeden Preis. Hier werden AntifaschistInnen, MigrantInnen und unabhängige Linke als Nestbeschmutzer und Störenfriede angesehen, die mit Verweis auf einen »Nebenwiderspruch« die »Bewegung« spalten wollten. Die Angst etablierter Strukturen vor dem eigenen Bedeutungs- und Einflussverlust zeigte sich in ihrer wochenlangen Handlungsunfähigkeit gegenüber den Demonstrationen. Zudem haben Teile der Gewerkschaften und der PDS kein Interesse an einer radikalen, unabhängigen sozialen Bewegung. Ebenso wenig, wie sie ein Interesse haben, sich gegen den offensichtlichen oder auch nur scheinbaren Mainstream der Proteste zu stellen und durch klare Positionierung gegen Rechts »anzuecken«.

Perspektiven: Zurück zu den frühen 90ern?

Die anhaltenden Wahlerfolge der NPD sind lediglich der sichtbarste



Ausdruck davon, dass die rassistische Botschaft der extremen Rechten bewusst gewählt wird – obwohl sich VertreterInnen fast aller Parteien darum bemühen, ihre Politik nach Rechts offen und anschlussfähig zu halten. Hier zeigt sich, dass das Original offenbar anziehender ist als beispielsweise die rassistische Kampagne von CDU/CSU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft oder das Zuwanderungsgesetz. Zudem wird deutlich, dass AntifaschistInnen zunehmend mit regionalen Unterschieden konfrontiert sind: In größeren Städten West- und Ostdeutschlands gelingt es eher, die vorhandenen Strukturen von Gewerkschaften oder PDS und Kirchen zu klaren Positionierungen gegen Rassismus und gegen Neonazis zu bewegen. Dort allerdings, wo die extreme Rechte ohnehin schon seit Jahren massiv präsent ist, wird sie ihre Hegemonie weiter ausbauen können. Hier scheint für AntifaschistInnen die Aufgabe der »NestbeschmutzerInnen« und »ProvokateurInnen«, die durch Skandalisierung und mit Hilfe überregionaler Medien zumindest Öffentlichkeit herstellen, am erfolgversprechendsten. ■

Zwischen Selbstverleugnung und Populismus

Die neonazistische Propaganda zu Hartz IV

Vor etwa 18 Monaten meldete sich das Antifaschistische Infoblatt mit einem offenen Brief an die Friedensbewegung zu Wort. Damals waren KriegsgegnerInnen mit dem Problem konfrontiert, dass Neonazis offensiv an ihren Veranstaltungen teilnahmen. Gegenwärtig gibt es ähnliche Probleme, nur dass die extreme Rechte diesmal massiv die sozialen Proteste für sich instrumentalisieren will.



» Allgemein dürften AntifaschistInnen das Problem haben, dass die neonazistischen Beschreibungen zu Hartz IV wenig Angreifbares bieten. Salopp gesagt unterschieden sich die Schilderungen von Hartz IV – egal ob sie von AntifaschistInnen, GewerkschafterInnen, Tageszeitungen oder Neonazis formuliert wurden – nur marginal. Die Eckpunkte von Hartz IV waren schließlich bekannt und in Verordnungen gegossen. Einen extrem rechten Drall bekamen diese Beschreibungen immer erst dann, wenn die Auswirkungen der Hartz IV-Gesetze formuliert wurden. Innerhalb der Argumentation der extremen Rechten ist offen oder verschleiert unisono zu lesen, dass »nur« Deutsche von Hartz IV betroffen sind. »Dies und vieles mehr wird auf uns Deutsche zukommen«[1] war etwa beim Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Mitteldeutschland zu lesen. Auch wenn die Propaganda von NPD und den sogenannten freien Nationalisten ihre Sozialdemagogie nur als Türöffner für nationalistische, rassistische und antisemitische Positionen nutzen, ist ein genauerer Blick auf die Forderungen lohnenswert.

[1] Am 18.09.2004, einen Tag vor der Wahl in Sachsen, marschierten ca. 150 Neonazis gegen die »Agenda 2010 und Hartz IV« durch die sächsische Stadt Hoyerswerda.

Prinzipiell kann man sagen, dass die NPD ihre Forderungen sehr ausgefeilt präsentiert. Ausgefeilt deshalb, weil weite Teile der Propaganda nur schwerlich als extrem rechts zu erkennen sind. Forderungen, wie sie die NPD in den jüngsten Landtagswahlkämpfen aufstellte, sind Bestandteil einer gesamtgesellschaftlichen Debatte. Die Schlagworte waren etwa Mindestlohn, Vermögenssteuer, Bürgerversicherung oder Abschaffung der Praxisgebühr. Irritierend dürfte hierbei sein, dass diese Schlagworte vor allem von links in die Debatten um den Sozialabbau eingeworfen werden und die NPD sich dieser in ihrem Wahlkampf auf der Parolen-Ebene bediente. Denn schließlich bezieht sie diese Forderungen nur auf Deutsche, da Ausländer »in ihre Heimat zurückgeführt« werden sollen.[2]

Natürlich hatte die NPD ihren Wahlkampf explizit auf die jeweiligen Regionen zugeschnitten. In einer Postwurfsendung in Sachsen war die Rede von »auswärtigen Beamten«[3], die den potentiellen ALG II-Empfängern erklären, wie sie davon leben sollen. Eine derartige Argumentation macht deutlich, dass es nicht nur MigrantInnen als fremde Bedrohung braucht, sondern die extreme Rechte immer jemand »Außenstehendes« finden kann. Dass sächsische Beamte genau den selben Job machen werden, wird beflissentlich verschwiegen.

Dass sich eine populistische Propaganda bis zur Verleugnung eigener, originärer Standpunkte verändern kann, bewies die sächsische NPD ebenfalls. Sie formulierte in ihrem Wahlkampfflugblatt, dass die »Zu-



[1]

[1] Hoyerswerda am 18.09.2004: Sebastian Richter (links), einer der Organisatoren des Neonazi-Aufmarsches gegen Hartz IV, verteilt Flugblätter an Passanten.

mutbarkeitsregeln für Arbeitslose nicht verschärft« werden dürften. In der Vergangeneheit war genau das Gegenteil in der monatlichen NPD-Zeitung Deutsche Stimme zu lesen. »Wer über Angebot und Nachfrage des freien Arbeitsmarktes keine Stelle bekommt, sollte vom Staat zur gemeinnützigen Arbeit verpflichtet werden«, war da unter der Überschrift »Arbeitsdienstpflicht als Gemeinschaftswerk« zu lesen.[4] Ebenso plädierte Reinhold Oberlercher in seinen »Schulungstexte« zum Vierten Reich«, mit denen er ab 1998 maßgeblich das wirtschaftspolitische Profil der NPD mitgestaltete, für einen Arbeitsdienst.

PISA lässt grüßen

Im Gegensatz zur Wahlpropaganda der NPD plädiert das Nationale und Soziale Aktionsbündnis Mitteldeutschland (NSAM) offen für die Einführung »eines vom Staat geschaffenen Arbeitsdienst«. In diesen sollen Langzeitarbeitslose, Sozialhilfeempfänger und ABM-Kräfte »eingegliedert« werden.[5] Abgesehen von diesem positiven Bezug auf den Nationalsozialismus stellt sich die Frage nach dem Sinn dieser Einrichtung. Schließlich wird ein staatlich finanzierter, zweiter Arbeitsmarkt durch einen anderen ersetzt. Wahrscheinlich denken die Mannen vom NSAM aber ähnlich wie die Befürworter von Hartz IV: Niemand soll dem Staat auf der Tasche liegen und jeder soll für sein Brot, sei es auch noch so wenig, arbeiten.

Insgesamt präsentiert das NSAM seine politischen Forderungen wenig galant und füllt den Begriff »politischer Analphabetismus« mit Leben. Die insgesamt recht unterbelichtete Argumentation entblödet sich nicht, den Beginn des »Sozialstaates Deutschland« auf das Jahr 1845 zu legen. »Die Auflösung dieser, in über einhundert Jahren geschaffener, sozialer Errungenschaften bis 1945 müssen wir gemeinsam stoppen und bekämpfen«.[6] Es ist davon auszugehen, dass das NSAM diesen politischen und historischen Unsinn nicht beabsichtigt – anders bekommt man jedoch den positiven Bezug auf den Nationalsozialismus und das Abfeiern der sozialen Errungenschaften der BRD nicht unter einen Hut.

Quasi nebenbei werden die eigenen Forderungen in einer Art und Weise aufgestellt, dass es bei deren Umsetzung faktisch zur Senkung von Löhnen und zum massiven Abbau von Arbeitsplätzen kommen würde. So beklagt man die »hohen Löhne von Angestellten im Gesundheitssystem«[7] und will das Geld für den Bau des Eurofighters und den Großraum-Airbus A400M einsparen.[8] Während die NPD wenigstens noch so schlau ist, ihre Forderungen nach Einstellungen der Geldausgabe für Eurofighter und den großen Airbus mit Friedensforderungen zu verknüpfen, scheinen die NSAM-Kameraden hier nur einfach den Abbau von zehntausenden Arbeitsplätze zu beabsichtigen.

Natürlich spielt das NSAM genauso wie die NPD die rassistische Karte. Beispielsweise wollen sie das Geld für die Krankenbehandlung von »illegalen Ausländern« einsparen und vergessen dabei, dass gerade deren Behandlung meist ein Zuschussgeschäft für die behandelnden ÄrztInnen ist. Im Prinzip dienen die gesamten neonazistischen Proteste gegen die Agenda 2010 nur als Aufhänger zur Propagierung ihrer sattsam bekannten Positionen. Was bei »Hartz IV« anfängt, endet bei der bekannten rassistischen Parole »Arbeitsplätze zuerst für Deutsche«.[9] Exemplarisch hierfür steht der Wahlkampf der NPD zur Europawahl im Juni 2004. Ein Blick in die damalige Wahlkampfzeitung machte deutlich, dass die NPD zu ihrem Kernthema – der Hetze gegen Ausländer – zurück gekehrt war. Das Modewort »Globalisierung«, gegen die die NPD beispielsweise noch am 1. Mai mit wehenden Fahnen auf den Berliner Straßen marschierte, kam im Wahlkampfmaterial kaum noch vor. Stattdessen wurde die EU-Osterweiterung und mit ihr die Ausländer im allgemeinen für alle sozialen Verwerfungen in der BRD verantwortlich gemacht. ■

1 Flugblatt „Schröder DU Dieb! Gib zurück, was du genommen hast!, NSAM, Michael Kutschke (ViSdP).
2 vgl. Flugblatt „Quittung für Hartz IV", NPD Sachsen.
3 Gemeint sind Beamte, die aus den alten Bundesländern in den Osten entsandt werden sollen, um dort die Umsetzung der Hartz IV-Gesetze zu unterstützen.
4 Deutsche Stimme, Nr.4, 2000, S.7.
5 www.keine-agenda2010.de/Alternative.html , August 2004: Alternative Vorschläge zur AGENDA 2010.
6 www.keine-agenda2010.de/index.html, August 2004: Was ist die Agenda2010 ?
7 Flugblatt „Nein zur Agenda 2010. Bürgerinfo", NSAM, Michael Kutschke (ViSdP)
8 Flugblatt „Schröder DU Dieb! Gib zurück, was du genommen hast!, NSAM, Michael Kutschke (ViSdP).
9 Flugblatt „Quittung für Hartz IV", NPD Sachsen.



Wer vom Kapitalismus nicht reden will, ...

Zum Verhältnis von Antifaschismus und Sozialer Bewegung

Antifa ist out, sozialer Protest und globaler Widerstand ist in – auf diese kurze Formel scheint sich die gegenwärtige politische Praxis großer Teile der radikalen Linken bringen zu lassen. So befassen sich – um nur ein Beispiel zu geben - bei www.antifa.de meist mehr Beiträge mit Demonstrationen gegen Sozialabbau und Mobilisierungen gegen G8-, EU- oder NATO-Gipfel als mit dem Thema, das dieser Internetseite den Namen gegeben hat. Der Trend weg von den häufig frustrierenden Antifa-Aktionen ist deutlich. Die Verlagerung auf Politikfelder, die mehr Dynamik, Spannung und politische Chancen versprechen, ist die logische Konsequenz.

Der Autor ist Mitglied bei AVANTI - Projekt undogmatische Linke. Er war dort lange Jahre im Antifabereich tätig und hat seinen Schwerpunkt nun auf den Sozialbereich verlagert.

» Von der Perspektive der antifaschistischen Bewegung aus gesehen erscheint diese Entwicklung bedenklich. Die personellen Ressourcen werden knapper, Mobilisierungen auch gegen große Naziaufmärsche sind keine Selbstläufer mehr und die Forderung nach »neuen Konzepten« für die Antifa-Arbeit ist immer öfter zu hören, ohne dass gleichzeitig weiterführende Thesen präsentiert würden.

Diese Schwierigkeiten sollten allerdings nicht nur den (wenigen) organisierten Gruppen angelastet werden, die seit einiger Zeit deutlich mehr Energie in soziale Auseinandersetzungen investieren, zumal diese Gruppen ihre antifaschistische Praxis ja keineswegs aufgegeben haben. Was bei organisierten Gruppen eine mehr oder minder bewusste, in jedem Fall diskutierbare und kritisierbare Entscheidung ist, findet im Bereich der nicht oder in kurzlebigeren Gruppen organisierten Linken ebenso statt.

Wenn wir uns nicht nur im Auf und Ab der Bewegungskonjunkturen treiben lassen wollen, sollte daher das Verhältnis von sozialer und antifaschistischer Bewegung zum Gegenstand grundsätzlicher Betrachtungen gemacht werden.

In der antifaschistischen Bewegung der alten BRD vor 1989 waren eher traditions-kommunistische Vorstellungen vom Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus vorherrschend. Faschismus wurde als eine Herrschaftsform des Kapitals begriffen, deren hauptsächliche Funktion in der Unterdrückung der ArbeiterInnenbewegung und der Vorbereitung bzw. Durchführung eines imperialistischen Eroberungskrieges lag. Die faschistische Ideologie, insbesondere Rassismus und Antisemitismus, waren demnach von der herrschenden Klasse mehr oder minder bewusst eingesetzte Manipulationsinstrumente, um Sündenböcke für die sozialen Missstände der kapitalistischen Gesellschaft zu finden.

Entsprechend wurde auch die Funktion von Neonazi-Gruppen gesehen. Sie sollten die Linke bekämpfen und beschäftigen, soziale Unzufriedenheit in für das Kapital ungefährliche Bahnen lenken und als Reservearmee für eine mögliche erneute diktatorische Form der Kapitalsherrschaft dienen.

Antifa wurde in diesem Verständnis in enger Beziehung zur ArbeiterInnenbewegung insgesamt gesehen, sowie als ein typisches Feld von Bündnisarbeit, weniger als eine eigenständige Bewegung, die sich durch besondere Radikalität auszeichnen sollte.

Nach dem Zusammenbruch der DDR änderten sich die Bedingungen für antifaschistische Arbeit dramatisch. Militante Neonazis hatten massiven Zulauf und Anfang der 90er Jahre begann eine Welle rassistischer Gewalt, die in den Pogromen von Rostock und Hoyerswerda sowie in den Mordanschlägen von Mölln und Solingen ihren deutlichsten Ausdruck fand. Diese rassistische Gewalt wurde im Rahmen der »Asyldebatte« von großen Teilen der Medien und der Politik angeheizt und gleichzeitig zum Vorwand genommen, eine repressive Abschottungs- und Abschiebepolitik gegen Flüchtlinge und EinwanderInnen zu etablieren.

Die Bedeutung antifaschistischer Gegenwehr nahm also zu und Antifa wurde zum wichtigsten Politikfeld für die radikale Linke. In diesem Bereich gab es trotz der allgemeinen Schwäche der Linke noch eine gute

Mobilisierungsfähigkeit und es ließen sich häufig auch praktische Erfolge erzielen. Gleichzeitig gerieten jedoch soziale Utopien und antikapitalistische Perspektiven in eine schwere Krise. Die Folge davon war, dass sich die autonom geprägte Linke fast ausschließlich auf Antifa konzentrierte, während es aber immer schwieriger wurde, hierbei auf breite Bündnisse zu bauen und sich z.B. die Gewerkschaften vielfach aus Gegenmobilisierungen verabschiedet haben.

Ein Ausdruck dieser Entwicklung war die Parole »Antifa ist der Kampf ums Ganze« und das Konzept des »revolutionären Antifaschismus«. Hier wurde eine Theorie gebastelt, die die bestehenden Defizite, insbesondere den Rückzug aus vielen anderen Bereichen gesellschaftlicher Auseinandersetzung, zur Tugend erklärte. Die soziale Frage erscheint jetzt als ein Anhängsel des Antifaschismus, nicht mehr umgekehrt. Dadurch wurden der antifaschistischen Bewegung Aufgaben und Funktionen zugeschrieben, die diese objektiv nicht erfüllen konnte. Denn der antifaschistische Kampf ist und bleibt ein notwendiger Abwehrkampf, in dem Bündnisfähigkeit eine besondere Bedeutung hat. Die Entwicklung einer revolutionären Gegenmacht benötigt aber soziale Utopien, die nicht nur die Auswüchse, sondern die Grundlagen der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung in Frage stellen und überwinden können.

Die Überwindung des stellenweise sehr holzschnittartigen Verständnisses der Zusammenhänge von Kapitalismus, Faschismus, Rassismus und Antisemitismus gehört zu den wichtigen Lernprozessen, die zwar nicht alle, aber doch große Teile der radikalen Linken in den 90er Jahren durchgemacht haben. Die relative Eigenständigkeit von rassistischen und antisemitischen Vorstellungen, die nicht einfach nur durch Manipulation von oben in die Köpfe gebracht, sondern z.B. auch in Familie und Erziehung weitergegeben und reproduziert werden, wurde nun stärker wahrgenommen. Damit musste auch die These über Bord geworfen werden, dass die Menschen, die das faschistische Wahl- bzw. Mobilisierungspotenzial bilden, »eigentlich zu uns« gehören, und selbst nur Opfer der Verführung und Manipulation durch die rechte Propaganda seien. Die soziale Lage wurde nicht mehr als Entschuldigung oder Erklärung für rassistische oder antisemitische Einstellungen akzeptiert.

In der richtigen Erkenntnis, dass Opfer gleichzeitig Täter sein können und dass Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnisse sich häufig in Personen oder Gruppen überschneiden, liegt aber gleichzeitig die Gefahr, den Antifaschismus bzw. Antirassismus komplett von der sozialen Frage zu lösen. Daraus resultieren dann schnell elitärer Dünkel, eine Geringschätzung von »Normalos« und »Bürgermob« und eine immer stärkere Abschottung der linksradikalen Szene von der übrigen Gesellschaft.

Wohin die Isolierung des Antifaschismus von den sozialen Kämpfen führen kann, zeigt sich in seiner Extremform bei jenen »Antideutschen«, die die gegenwärtigen sozialen Proteste gegen Hartz IV pauschal als völkisch und antisemitisch denunzieren und das Auftreten von Neonazis bei Montagsdemos nicht etwa als Anlass zum beherzten antifaschistischen Einschreiten begreifen, sondern nur noch als Bestätigung für ihre krude Verschwörungstheorie.

Die stärkere Orientierung vieler radikaler Linker auf sozialen Widerstand erscheint in dieser Betrachtung eher als eine Korrektur der einseitigen Überbetonung und Isolierung der antifaschistischen Arbeit in den 90er Jahren. So sind z.B. die Montagsdemonstrationen und die Versuche der Neonazis, sich an einigen Orten mit ihren Parolen und Transparenten an den Demos zu beteiligen, ein deutlicher Beleg dafür, wie wichtig eine personelle, organisatorische und ideologische Verbindung von aktiven AntifaschistInnen mit der sozialen Protestbewegung ist. Die Demoverantwortlichen brauchen die Antifas, um die Nazis sicher zu erkennen. AntifaschistInnen sollten eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Demoleitung anstreben, damit die Entfernung der Nazis mit der Rückendeckung der Demonstration erfolgen kann. Dieses Vorgehen ist allerdings an solchen Orten unmöglich, wo den OrganisatorInnen der Sozialproteste das Problembewusstsein völlig fehlt oder gar offene Kumpanei mit Kräften der extremen Rechten betrieben wird. In diesen Fällen sind scharfe, öffentliche Kritik an den Demoleitungen und eigenverantwortliches Handeln gegen Nazis in den Demos unvermeidlich. Diese antifaschistischen Interventionen werden aber umso erfolgreicher sein, je eher die Antifa glaubwürdig als Teil der Bewegung gegen Hartz IV auftreten kann und aus dieser Position heraus ihre berechtigten Forderungen aufstellt und ihre Aktionen erklärt.

Es ist zu erwarten, dass die sozialen Auseinandersetzungen in den nächsten Jahren an Schärfe zunehmen werden. Hartz IV ist noch lange nicht das Ende des Sozialabbaus. Weiterhin ist davon ausgehen, dass die Nazis in den nächsten Jahren noch stärker versuchen werden, sich als soziale und antikapitalistische Kraft zu präsentieren. Eine Zusammenarbeit von antifaschistischen Initiativen und Sozialbündnissen wird also wichtiger denn je sein. Umso besser, wenn es organisierte Gruppen gibt, die sowohl in der sozialen als auch in der antifaschistischen Bewegung aktiv und verankert sind. ■



[1]

Die NPD im sächsischen Landtag

Eine Zäsur für die antifaschistische Bewegung

Erstmals seit langer Zeit organisierten wesentliche Vertreter der NPD, der DVU und der Republikaner eine gemeinsame Wahlstrategie auf regionaler Ebene. Strategische Absprachen trafen mit einem Alltagsrassismus, der durch das bundesweite Unbehagen über den wirtschaftlichen und sozialpolitischen Zustand der BRD verstärkt wurde, zusammen. Verfehlte die NPD im Saarland noch knapp den Einzug in den Landtag, zog sie mit 9,2% in den sächsischen Landtag ein. In Brandenburg behauptete die DVU ihre Landtagsmandate. Hinzu kamen unzählige kommunale Erfolge.

» Das Ergebnis in Sachsen

Die NPD zog mit 9,2% in den sächsischen Landtag ein – weit vor den Grünen und der FDP und nur 0,6% hinter der SPD, der drittstärksten Kraft in Sachsen. Die höchsten Ergebnisse gab es mit 23,1% in Reinhardsdorf-Schöna (Sächsische Schweiz), 20,2% in Weißig am Raschütz (Riesa-Großenhain) und 19,8% in Jöhstadt (Annaberg). Der Einzug von zwölf Abgeordneten der NPD in den sächsischen Landtag ist der vorläufige Höhepunkt der Aktivitäten dieser parlamentarischen Vertreterin des Neonazismus in der BRD.

Die Strategie der NPD in Sachsen

Das Ergebnis der NPD zur sächsischen Landtagswahl zeichnete sich bereits Mitte Juni ab. Gemeinsam errangen die NPD (3,3%), die Republikaner (3,4%) und die Deutsche Partei (0,3%) sachsenweit sieben Prozent bei den EU-Wahlen. Mit dem Wissen um dieses Gesamtergebnis erfolgten nach dem 13. Juni gewichtige strategische Absprachen, die schlussendlich den Erfolg der NPD in Sachsen und der DVU in Brandenburg ermöglichten. Schon einige Tage nach der EU-Wahl unterzeichneten die Vorsitzenden von NPD und DVU, Udo Voigt und Gerhard Frey, eine Vereinbarung für die Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg. Die DVU versprach, dass sie nur in Brandenburg antreten würde, die NPD bekam im Gegenzug Sachsen für den Wahlantritt.

Der zweite strategische Schachzug für die NPD war die Einbeziehung sächsischer Republikaner in den eigenen Wahlkampf. Teile der REPs in Sachsen, u.a. die ehemalige Landesvorsitzende der sächsischen Republikaner Kerstin Lorenz, agierten gegen den erklärten Willen der Bundesebene und arbeiteten auf lokaler und regionaler Ebene mit der NPD zusammen. Bereits im Jahr 2003 bildete die Zusammenarbeit im Nationalen Bündnis Dresden (NBD)[1] einen Hoffnungsschimmer für die politische Arbeit der desillusionierten, sächsischen REPs. Der Erfolg bei den Kommunalwahlen, wo das NBD mit drei Abgeordneten in den Dresdner Stadtrat einzog, motivierte natürlich, die Bündnisbestrebungen bis zur Landtagswahl fortzusetzen.[2] Lorenz »meldete« die sächsischen REPs von der Landtagswahl ab und übergab die Stimmen somit quasi der NPD.

Der Wahlkampf

Nachdem alle potentiellen Konkurrenten zu den Landtagswahlen eingegliedert und auf die NPD eingeschworen wurden, konnte sich die NPD





ihrem intensiven Wahlkampf widmen. Ein Erfolg in Sachsen war überlebensnotwendig für die NPD. Im Zuge des NPD-Verbotsverfahren hatten viele Kader der Partei den Rücken gekehrt und manch interner Streit hinterließ große Lücken innerhalb der Struktur. Der Druck auf die NPD-Führung, die Position als führende Kraft im »nationalen Lager« zurück zu gewinnen, führte zu einer »alles oder nichts« – Mentalität. Am sichtbarsten wurde die Konzentration auf Sachsen mit dem zusammen ziehen von unzähligen Helfern aus der gesamten BRD. Zahlreiche NPD-Kader aus Kreisverbänden und dem Bundesvorstand gaben sich in Sachsen die Türklinke in die Hand und halfen aus.

Hinzu kam ein großes Heer an jugendlichen Sympathisanten. Sie waren und sind Ergebnis der kontinuierlichen Arbeit im vorpolitischen Raum, die die NPD seit vielen Jahren betreibt. Im Wahlkampf wurde die gezielte Ansprache dieser Zielgruppe mit einer kostenlosen Musik-CD einmal mehr deutlich. Den sächsischen ErstwählerInnen sollte die NPD mit neonazistischen Bands und LiedermacherInnen schmackhaft gemacht werden.

Mit dem Aufkommen der Montagsdemonstrationen eröffneten sich völlig neue Möglichkeiten der Agitation. Von Beginn an nahmen Vertreter der extremen Rechten offensiv – nicht nur in Sachsen – an diesen anfänglichen Bürgerprotesten teil. So unterschiedlich alle TeilnehmerInnen der Montagsdemonstrationen auch waren – sie alle fanden sich in der Formel »die da oben wissen nicht, wie es uns hier unten geht« wieder. Und manch Veranstalter hatte mit der Präsenz der extremen Rechten keine Probleme, schließlich »brauche« man jeden gegen Hartz IV.

Im Gesamtergebnis der genannten Faktoren entwickelte sich in Sachsen eine Wahlkampfdynamik, die nur mit der gemeinsamen Perspektive »Einzug in den Landtag« erklärbar ist. Sachsenweit wurden Flugblätter verteilt und Wahlkampfplakate aufgehängt. Und wenn die Plakate beseitigt wurden, hingen örtliche Neonazigangs am darauffolgenden Tag wieder Plakate an der selben Stellen auf. Mietete sich die NPD im Saarland noch einen Ausflugsdampfer für ihren Wahlkampf, waren es in Sachsen Flugzeuge, welche die Botschaft »Wählt NPD!« durch den blauen Himmel zogen. Forciert wurde diese Dynamik nicht zuletzt durch die Ergebnisse von Umfragen, welche die NPD sicher im sächsischen Landtag sahen.

Die Inhalte des Wahlkampfs

Noch zu den EU-Wahlen setzte die NPD ausschließlich auf die rassistische Karte. Die Osterweiterung war in der medialen Öffentlichkeit präsent und sie schürte die Angst vor dem Osten. Neben »den Lohndrückern aus dem Osten« wurden auch gegen die »vielen Ausländer in den deutschen Klassen« gehetzt. Das ganze mündete in der üblen »Ausländer raus«-Kampagne, die sich »Gute Heimreise« nannte.

Aber: nur mit der rassistischen Karte hätte die NPD den Einzug in den sächsischen Landtag nicht mit den 9,2% geschafft. Mit der Einführung der Agenda 2010 - Maßnahmen findet derzeit eine massive Aushöhlung des Sozialstaates statt. Alle Parteien des Bundestages – mit Ausnahme der PDS – befürworten die Agenda 2010. Die fehlende Unterscheidbarkeit schafft Freiräume für all jene politischen Kräfte, die sich explizit gegen die »Alternativlosigkeit zu Hartz IV« aussprechen und eigene Antworten geben. Den Erfolg heimste die NPD durch ihre klare Absage an die Bundespolitik ein. Im Gegensatz zu CDU, SPD oder PDS, die die bundesdeutsche Wirtschafts-, Sozial- oder Ausländerpolitik als Bezugspunkt ihrer politischen Forderungen sehen, artikuliert sich die NPD als »wirkliche Vertreterin« Deutschlands bzw. sogar Ostdeutschlands. Um in dieser Stimmung der eigenen Politik ein authentisches Antlitz zu geben, bezeichnete sich der saarländische NPD-Kader Peter Marx selbst als »Ostdeutscher«.

Bei den Montagsdemonstrationen gelang es der NPD – zumindest im Osten – die Stimmungen am besten einzufangen. Die Parole »Schnauze voll?« ist nicht nur das geschickte Anknüpfen an die massenwirksame BILD-Kampagne, sondern als grundlegender Zweifel an der Richtigkeit der derzeitigen Bundespolitik zu verstehen. Vor diesem Hintergrund handelt es sich bei den Stimmen für die NPD nicht um Protestwähler. Vielmehr artikulierten die WählerInnen eine bewusste Absage an die Grundlagen der BRD und an alle Parteien, die sich nicht für das »Wohl Deutschlands« (und damit verknüpft für das »Wohl der sächsischen WählerInnen«) einsetzten. Sie wählten stattdessen

[1]Die NPD-Funktionäre Holger Apfel, Udo Voigt, Klaus Beier und Sascha Roßmüller triumphieren im sächsischen Parlament.

[2] Klaus Beier, Jens Pühse und Stefan Rochow lassen`s krachen.

[3] Stefan Rochow, JN-Bundesvorsitzender



[1] Sascha Roßmüller (NPD-Parteivorstand) – hier bei einer Anti-Hartz Demo am 30.08.2004 in Riesa

»deutschnational«.

In dieser Stimmung zählten rationale Argumente keinen Pfifferling, denn in Sachsen leben kaum MigrantInnen und die NPD befürwortet wie andere Parteien einen verschärften Umgang mit Arbeitslosen.

Kommunale Verankerung

Sachsenweit ist der Erfolg der NPD sicherlich auf diese deutschnationalen und rassistischen Positionen zurückzuführen. Dennoch sind Ergebnisse wie in der Sächsischen Schweiz auch Ausdruck einer kommunal verankerten Parteistruktur. In diesen regionalen Hochburgen sind die Vertreter der extremen Rechten nicht marginalisierte Neonazis, sondern sind vielmehr Teil des Mainstreams. Hier wird die Diskrepanz deutlich, die das mediale gezeichnete Bild von Neonazis und das individuell erfahrene eines »gut bekannten Nachbarn« mit sich bringt. Inzwischen kann es bei einem unauffälligen, neonazistischen Outfit an (»Der Nazis neue Kleider«)[3] anfangen und geht bis zum Gefühl, dass diejenigen, die von den Medien als Neonazis tituliert werden, selten als gewalttätig und auffällig wahrgenommen werden. Im Gegenteil: zahlreiche der Aktivisten der extremen Rechten sind in den lokalen Strukturen schon seit Jahren engagiert. »Mittlerweile sei die Partei [in Sachsen – d.A.] bei Feuerwehren und Kirmesveranstaltungen engagiert, betreibe Kneipen, organisiere Jugendkonzerte und regelrechte Schulungen. Da Land, Kreise und Kommunen fortgesetzt an der Jugendarbeit sparten, fülle eben die NPD die soziokulturelle Lücke«.[4] Mit einer derartigen lokalen Verankerung spielt es dann im Einzelfall keine Rolle mehr, ob die kommunalen Kader der extremen Rechten auf einer inhaltlichen oder sonstigen Ebene kompetent sind. Die peinlichen Auftritte von Kommunalabgeordneten der NPD aus der Sächsischen Schweiz im Fernsehen waren amüsant, jedoch kein effektives Mittel zur Bekämpfung der NPD.

Der schwierige Umgang mit der NPD

Antifaschistischer Widerstand gegen die Wahlwerbung der NPD war vergleichsweise schwierig. Zum einen gab es die Analyse, dass sächsischen WählerInnen die NPD explizit wegen ihrer rassistischen Positionen wählen. Somit machte eine Aufklärungskampagne über die rassistischen Inhalte wenig Sinn und stand sogar in der Gefahr, Werbung für die NPD zu sein.

Zum anderen gibt sich die NPD seit dem Verbotsverfahren als nicht-militante Partei. Es gab in den vergangenen Jahren sehr wenige Beispiele, wo NPDler in rassistische o.ä. Gewalttaten verwickelt waren. Auch hat es parteiintern klare Ansagen an die Mitglieder gegeben, dass man ordentlich und seriös gegenüber der (medialen) Öffentlichkeit auftritt. Vor diesem Hintergrund war und ist eine Recherche zu Verbindungen von NPDlern und militanten Neonazis zwar nach wie vor wichtig, war in der jüngeren Zeit politisch kaum erfolgversprechend. So wurde im Vorfeld der Wahlen kalter Kaffee aufgebrüht und man bemühte die inzwischen seit mehr als drei Jahren verbotenen Skinheads Sächsische Schweiz herbei, um den örtlichen NPD-Kadern Kontakte zu militanten Neonazis nachzuweisen. Diese Nachweise, wie sie etwa Spiegel TV brachte, machen keinen Sinn, da – zumindest in den Hochburgen – sowohl die NPDler als auch die militanten Neonazis als die »lieben Jungs von nebenan« gelten.

Ein dritter Punkt ist die unterschiedliche Verfasstheit der Gesellschaft in Ost und West. So ist die westdeutsche Gesellschaftskonzeption mit ihrer tiefen Verankerung von Parteien, Gewerkschaften und Verbänden im Osten längst nicht gegeben. Hinzu dokumentierten diverse Untersuchungen, dass das Potential derjenigen, die rassistische, nationalistisch und antisemitische Positionen vertreten, weit höher liegt, als im Westen der Republik. Es fehlt an allen Ecken und Enden ein zivilgesellschaftliches Korrektiv, welches immunisierend gegen rassistische und antisemitische Propaganda vorgeht. Die diesjährigen Wahlen machten deutlich, dass der Aufbau der ostdeutschen Zivilgesellschaft von oben seit dem »Aufstand der Anständigen« wenig gebracht hat.[5] Die jetzigen Wahlergebnisse lenken den Fokus auf den falschen politischen Ansatz, mit dem die Erscheinungsformen der extremen Rechten bekämpft, deren Ursachen auf bundespolitischer Ebene aber kaum thematisiert und eher noch gefördert wurden. So ist die neoliberale Verwertungslogik bereits Dreh- und Angelpunkt in der rassistischen Greencard-Debatte (»Ausländer müssen uns was bringen«) gewesen und sie findet sich gegenwärtig in den unsozialen Hartz IV-Veränderun-

gen (»man muss was für seine Sozialhilfe tun«) wieder. Mit der Ausnahme, wer schlussendlich betroffen sein soll, gehen diese Verschärfungen des Zugangs zu gesellschaftlichen Ressourcen mit den Vorstellungen der extremen Rechten konform.

Den VertreterInnen aller etablierten Parteien wurde die Möglichkeit eines NPD-Erfolges spätestens nach den 4% der NPD bei den Landtagswahlen im Saarland deutlich. Auf einmal warnten führende Bundespolitiker vor den Neonazis. Zu oft waren ihre Argumente gegen die NPD aber nicht politisch, sondern hatten den »Standort Deutschland« im Blick. Die NPD und die anderen Parteien der extremen Rechten würden die Investitionen gefährden. Diesem Argumentationsstrang schloss sich nicht zuletzt auch die sächsische CDU-Landesregierung auf, die bisher keinen Euro für den Kampf gegen rechts ausgegeben hat.[6]

Diese und ähnliche Fehleinschätzungen zur Wahlentscheidung in Sachsen begründen die hilflosen Reaktionen von Politikern und die Berichterstattung in den Medien nach dem politischen Erfolg der NPD. Man bemüht sich, die NPD lächerlich zu machen oder ihnen Inkompetenz nachzuweisen. Andere bemühen den imaginären »Protestwähler«, um den Erfolg der NPD zu erklären. Und nicht zuletzt werfen manche Berichterstatter die NPD mit der PDS in einen Topf und konstatierten: »mehr als 30% Protestwähler«.

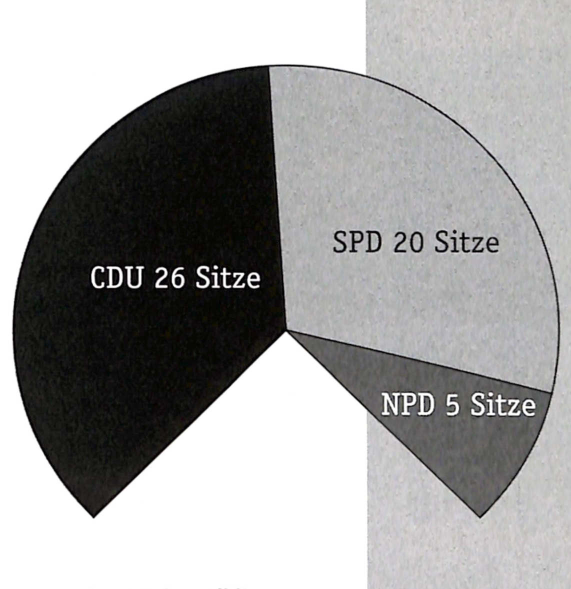
Ausblick

Auch wenn der September 2004 für AntifaschistInnen ein Tiefpunkt darstellt, können einige Ergebnisse eine Perspektive für AntifaschistInnen geben. Für die neuen Bundesländer kann gesagt werden, dass die Parteien der extremen Rechten nur dort punkteten, wo keine organisierten antifaschistischen Strukturen existieren. Selbst auf die braune Hochburg Sächsische Schweiz trifft das zu, wo die NPD im Raum Pirna ihre schlechten Ergebnisse einfuhr. Vor diesem Hintergrund muss die Aufgabe sein, antifaschistische Strukturen vor Ort zu organisieren und zu vernetzen. Diese Organisierung wird – bezogen auf die neuen Bundesländer – nicht von heute auf morgen Veränderungen bringen können, aber sie ist die Grundlage für zukünftige Erfolge. So hatten wir es bereits im Schwerpunkt »Antifaschismus« in der vergangenen Ausgabe formuliert.[7]

Die vergangenen Jahrzehnte zeigten, dass »nationale Bündnisse« nur so lange funktionierten, so lange sie Erfolg hatten. Deswegen halten wir viele der jetzt getroffenen Aussagen, Ansagen und Ankündigungen für die Zukunft (z.B. Bundestagswahl 2006) von NPD und DVU für ein voreiliges Getöse im Siegestaumel. Die innere Fragilität der jetzigen Erfolgsstruktur nimmt bereits Konturen an: die sächsischen Republikaner wurden von der NPD kaltgestellt und haben ihre parteieigenen Strukturen kaum stärken können.[8] Interessant wird sicherlich auch langfristig das Verhalten der eingesessenen sächsischen NPD-Kader, denn im Anschluss an den Erfolg bei der Landtagswahl wurden sie erst einmal zu Statisten von Udo Voigt und Holger Apfel degradiert – und das, obwohl ihre jahrelange Basisarbeit ein wesentlicher Pfeiler des Erfolges war.

Ein möglicher Ansatz der antifaschistischen Intervention kann in Zukunft wieder die potentielle Militanz der NPD sein. Zeitgleich zur sächsischen Wahl veröffentlichte die NPD eine gemeinsame Erklärung mit führenden Vertretern der sogenannten Freien Nationalisten. Letztere forderten die parteiungebundenen Kräfte auf, nach den Wahlerfolgen nun der NPD beizutreten. Es dürfte zukünftig für die NPD nicht leicht werden diese neuen, oft militant agierenden Kameraden unter Kontrolle zu halten. Und nichts wird die NPD mehr fürchten, als wenn ihr Name wieder häufiger im Zusammenhang mit rassistischen o.ä. Gewalttaten auftaucht. Hier sollte aber im Auge behalten werden, dass derartige Gewalttaten nur die logischen Konsequenzen der NS-verherrlichenden Propaganda und der parteipolitischen Strategien der NPD ist.

Schlussendlich muss diskutiert werden, ob bundesweit die Hemmschwelle gesunken ist, die Wahlstimme einer Partei der extremen Rechten zu geben. In der öffentlichen Wahrnehmung scheint sich die NPD mit dem gescheiterten Verbotsverfahren als demokratisch legitimierte Kraft neben REPs und DVU im deutschen Parteienspektrum etabliert zu haben. Auch wenn diese Deutung der wichtigsten neonazistischen Partei kein Fundament hat, muss die Frage beantwortet werden, inwiefern sich AntifaschistInnen auf die Einnistung der Parteien der extremen Rechten in



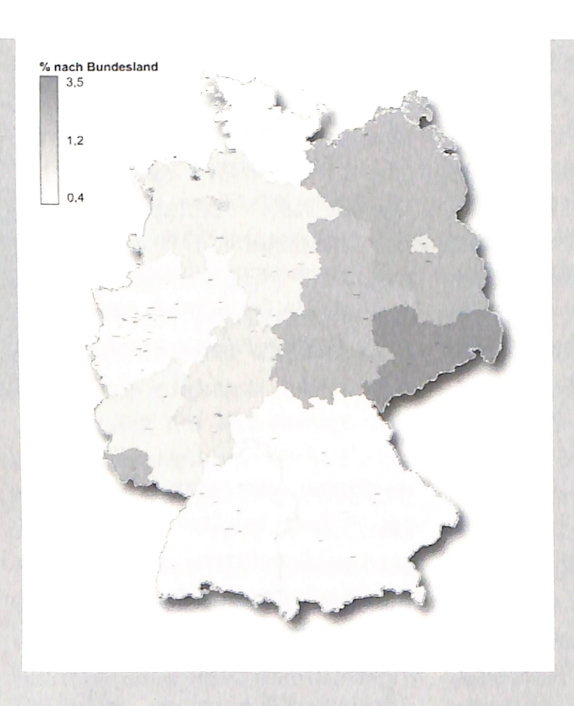
Die NPD in Völklingen:

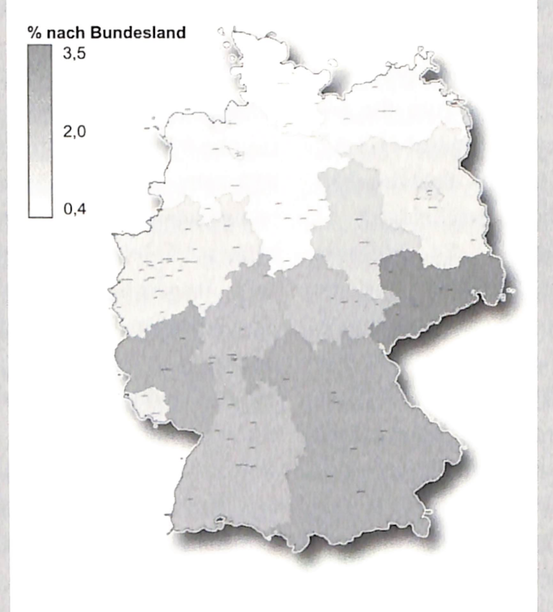
Ähnlich wie im Elbsandsteingebirge erzielt die NPD vor allem dort ihre höchsten Ergebnisse, wo sie über lokale Strukturen mit seriös wirkenden (mittelständigen) Aktivisten verfügen. Die Landtagswahl im Saarland am 4. September 2004 brachte der NPD in Völklingen fast 10% der Stimmen. In der ehemaligen Stahlstadt sind einige NPD-Aktivisten seit vielen Jahren medial präsent und engagieren sich für die örtlichen Belange. So wundert es nicht, dass die NPD in Völklingen neben der CDU und der SPD als dritte Partei mit fünf Mandaten im Gemeinderat vertreten ist.

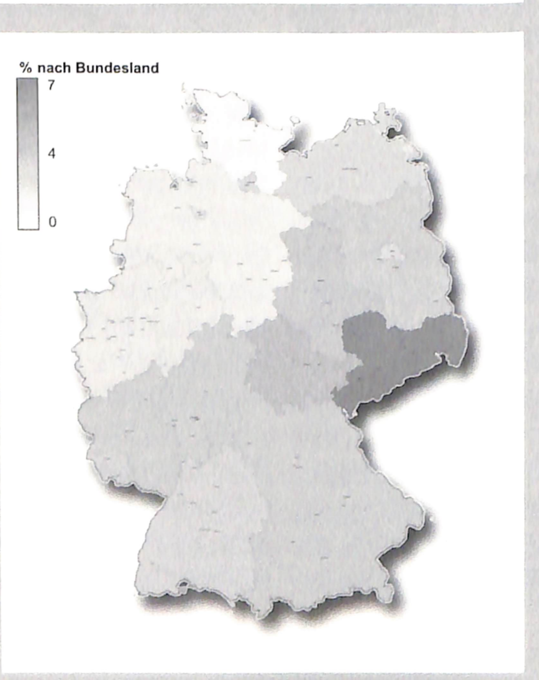
Dörfern, Städten und Gemeinden einrichten müssen. Denn gute Wahlergebnisse gab es für die Parteien der extremen Rechten auch in den alten Bundesländern. Die Landtagswahl in Saarland haben wir erwähnt. In Rheinland-Pfalz sitzen die Republikaner seit den Kommunalwahlen am 13. Juni 2004 in neun Städten und drei Kreistagen. Das beste Ergebnis erzielte die Rechtspartei mit 10,2% in Pirmasens. Und nicht zuletzt errang die DVU bei den Bremer Bürgerschaftswahlen in Bremerhaven 7,1% der Stimmen und hat aufgrund einer regionalen Besonderheit ein Mandat in der Bürgerschaft. ■



1 Vgl. AIB Nr.61, 2003/2004, S.17. und diese Ausgabe S.22
2 Dieser Einheitsfront von rechts schloss sich auch die Deutsche Partein in Sachsen an.
3 Schwerpunktausgabe AIB Nr.XX, XXXX, S.XX-XX.
4 http://www.tolerantes-sachsen.de/news_einzeln.php4?ID=196, September 2004.
5 Eine Analyse zur „konstruierten Zivilgesellschaft" findet sich in: monitor (Rundbrief des apabiz), Nr. 10, 2003, S.1-3.
6 http://www.tolerantes-sachsen.de/news_einzeln.php4?ID=196, September 2004.
7 vgl. AIB Nr.63, 2004
8 Hier muss noch analysiert werden, ob die sächsischen REPs nach den Streits mit dem Bundesvorstand überhaupt die sächsischen REP-Strukturen stärken oder nur noch für die NPD aktiv werden wollten. Die ehemalige sächsische REP-Chefin Kerstin Lorenz hat sich entschieden und soll inzwischen der NPD beigetreten sein.







oben links: Ergebnisse der NPD bei der Europa-Wahl - die neuen Bundesländer deutlich herausgehoben.

oben rechts: Europawahlergebnisse der Republikaner - die Achse verläuft nicht Ost/West, sondern Nord/Süd.

unten rechts: Addition der Stimmen von REPs, NPD und Deutscher Partei - wirklich gravierend sind die Unterschiede nicht.

Wunsiedel 2004

Am Vormittag des 21. August schien Wunsiedel, wie in den Jahren zuvor beim »Heß-Gedenkmarsch«, fest in der Hand von Neonazis. In einer Buchhandlung liegt die »National-Zeitung« mit der Schlagzeile »Rudolf Heß – war es Mord?« ganz oben auf dem Tresen, daneben die Junge Freiheit. Drei zierliche alte Damen tragen Hess-Buttons an beigen Sommermänteln. »Das war unsere Zeit unter Hitler, der Rudolf Hess war so ein feiner Mensch,« schwärmt die Älteste des Trios von Hess, vor dem sie als Balletttänzerin auftrat und dessen Grab sie regelmäßig mit Blumen versorgt. Wunsiedeler Nazi-WGs warten am Bahnhof auf »Kameraden aus Sachsen« – man kennt sich von Konzerten und Aufmärschen. Im Garten der »Sechs-Ämterland-Klause« posieren die »Veneto Fronte Skinheads« aus Italien fürs Erinnerungsfoto. Nachdem der Bayerische Verwaltungsgerichtshof den Aufmarsch entgegen dem Verbot von SPD-Landrat und CSU-Bürgermeister erneut zuließ, führte das Konzept der Stadt Wunsiedel – den Auftaktort der letzten Jahre mit städtischen Fahrzeugen und Güllewagen zuzustellen - dazu, dass die Rechten sich über die Stadt verteilten. Bei der gedrängten Auftaktkundgebung im strömenden Regen die immer gleichen Bilder: Pathetische Grußworte vom NPD-Vorsitzenden Udo Voigt und »Kameraden« aus Großbritannien, Skandinavien, Russland und Italien, denen die wenigsten zuhören: In der Menge werden stattdessen CDs verkauft, Infos und Tratsch ausgetauscht. Als der Aufmarsch sich dann in Bewegung setzt – mit der NPD-Parteispitze und Anmelder Jürgen Rieger vorneweg – durchbricht eine halbe Stunde lang kein einziger Protestruf die als Schweigemarsch inszenierte Verherrlichung eines NS-Kriegsverbrechers.

Die Zivilgesellschaft

Doch die Erfolgsbilanz der Neonazis, die bei 4.600 Teilnehmern den internationalen Aufmarsch als größten diesjährigen in Europa feierten, ist getrübt. Das lag zum einen an den überraschenden Gegenaktivitäten der Wunsiedeler CSU-Kommunalpolitiker und der lokalen »Jugendinitiative gegen Rechtsextremismus«, die mit einer Straßenblockade Jürgen Rieger zum Toben und den Neonaziaufmarsch für eine halbe Stunde zum Stehen brachten. Das explizite Bekenntnis des CSU-Bürgermeisters, den Neonazis den Aufenthalt so unerfreulich wie möglich machen zu wollen, und die in der Stadt präsenten Fahnen und Transparente »Wunsiedel ist bunt, nicht braun«, haben die Stadt polarisiert: In diejenigen, denen der Bürgermeister und die Jugendinitiative aus dem Herzen sprechen und die mit der Politik des Wegschauens des SPD-Vorgängers nicht einverstanden waren. Und in die Mehrheit, die meinen, man solle die Fensterläden schließen und die Neonazis würden von selbst verschwinden.

Die Mobilisierung der autonomen Antifa

Die Bilanz der Antifa-Mobilisierung fällt zwiespältig aus, da sich zur ganztägigen Kundgebung lediglich rund 250 Antifas in Wunsiedel einfanden und man durch die Aktivitäten der BürgerInnen überrascht wurde. Wirkung hatte das Nebeneinander, als die Nazis zwischen lautstarker Punkmusik auf der einen und wütenden Protestrufen der BürgerInnen auf der anderen Marktplatzseite laufen mussten. Ohne die Antifa-Mobilisierung wären die KommunalpolitikerInnen – die auf eine Änderung des Versammlungsrechts und eine entsprechende Initiative des Innenminister hoffen – und die Jugendinitiative kaum auf die Idee von Gegenaktivitäten gekommen. Die Frage stellt sich jedoch, ob es im nächsten Jahr – dem 60. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus – effektivere antifaschistische Strategien gibt. Dass diese notwendig sind, machen die Bilanz des Aufmarschs und die Perspektiven fürs nächste Jahr deutlich: Wunsiedel hat sich als europaweit wichtigster Treffpunkt und Aufmarschort für alle Strömungen der extremen Rechten etabliert. Hier werden strategische Absprachen getroffen, Kampagnen beschlossen und Trends gesetzt. Diese Entwicklung gilt es zu beenden. ■



[1] Neonazis der Gruppe »Narodni Odpor« (»Nationaler Widerstand«) aus Brno. Tschechische Neonazis erhielten ein Auftrittsverbot. Rieger erklärte: »Die Tschechen habe zu erklären, dass sie den (...) Beschluss ihres Parlamentes, die Benes-Dekrete aufrechtzuerhalten, bedauern. (...) Polen und Tschechen hab ich nicht eingeladen...«



[2] Österreichische Neonazis sagten ihr Grusswort ab, da russische Teilnehmer das Wort ergreifen durften. Von deutschen Neonazis wurden sie kritisiert, da auf ihren T-Shirts »Österreich« und nicht »Ostmark« stand

Dorfkneipe in rechter Hand

Neonazi am Zapfhahn

In Schleswig-Holstein hat ein langjährig aktiver Neonazi eine Gaststätte gepachtet. Während der örtliche Bürgermeister die Bedeutung des Projektes noch herunterspielt, treffen sich rechte Parteianhänger und Naziskins in der Kneipe. Neben »normalem« Kneipenbetrieb werden dem geneigten Publikum auch immer wieder Liederabende und Vorträge geboten. Rechtsterrorist Manfred Roeder referierte über seine »Abrechnung mit der BRD«; unter den bis jetzt aufgetretenen rechten Liedermachern war auch der bundesweit bekannte NPDler Jörg Hähnel.



[1] Dieter Kern



» Heilshoop liegt wenige Kilometer von der Hansestadt Lübeck entfernt. Mit seinen knapp 600 Einwohnern zählt es eher zu den verschlafenen Dörfern Norddeutschlands. Doch genau dieser Umstand dürfte Heilshoop einen neuen Einwohner beschert haben: Dieter Kern ist seit Anfang März neuer Pächter der Dorfgaststätte »Landhaus Heilshoop«. Inmitten der ruhigen und zurückhaltenden Dorfgemeinschaft entwickelt sich seine Kneipe zum Austragungsort eines regelrechten Veranstaltungsmarathons. Die relativ bescheidene Größe der beiden Kneipenräume dürfte die Teilnehmerzahl auf maximal 100 Personen begrenzen. Meist besuchten allerdings nur rund 20 Besucher die Gaststätte. Neben mangelndem Interesse könnte auch Kerns Angst vor Beschwerden wegen Ruhestörung ursächlich sein.

Anders als zum Beispiel bei der Neonazikneipe »Club 88« in Neumünster ist die Einrichtung von Schankraum und Inventar bereits von den Vorbesitzern erledigt worden, der praktische sowie finanzielle Aufwand dürfte daher für den neuen Pächter geringer ausgefallen sein. Der sofortigen Aufnahme des Veranstaltungs- und Kneipenbetriebs stand also nichts mehr im Wege. Während das erste wahrnehmbare Event noch der Hitler-Geburtstag am 20. April war, der mit »Bündnis Rechts«-Anhängern und einigen Skinheads aus der Umgebung begangen wurde, stand schon bald eine Veranstaltung größeren Kalibers an. Der verurteilte Rechtsterrorist Peter Naumann wurde im bündniseigenen Veranstaltungskalender für den 9. Mai angekündigt. Mit in Naumanns Gepäck: Sein hetzerisches Referat über »Bomben aus zweiter Hand«, in welchem über angebliche »Lockspitzel des Verfassungsschutzes« schwadroniert wird.[1]

Manfred Roeder und andere Zwischenfälle

Die ersten rechten Übergriffe im Dorf lassen nicht lange auf sich warten. Als ein geplanter Vortrag in Heilshoop von Manfred Roeder, greiser Rechtsterrorist und Ikone der Neonaziszene, bekannt wird, verteilen junge engagierte Antifaschisten zahlreiche Flugblätter im Dorf. Während sie mit den Flyern für eine Gegenkundgebung zum Roeder-Auftritt werben, bedroht Kneipenpächter Dieter Kern sie lautstark aus seinem Lokal heraus. Kurz darauf fahren mit Naziskinheads besetzte Autos durch das Dorf und versuchen die Verteiler zu attackieren.

Zu Roeders Vortrag »Meine Abrechnung mit der BRD« am 12. Juni erscheinen fast 50 Nazis im Landhaus. Unter ihnen sind Bündnis-Rechts-Mitglieder und Skinheads, in die Jahre gekommene Rechte und gewaltbereite NPD-Kader aus der Landeshauptstadt Kiel. Ihnen gegenüber stehen etwa 140 Antifaschisten, die vor Polizeiabsperrungen gegen die Veranstaltung demonstrieren.

Der Bürgermeister meldet sich zu Wort...

Die Antifaschisten bleiben jedoch fast ausnahmslos unter sich, die Dorfbevölkerung selbst verhält sich überwiegend passiv und bleibt teilweise aus Angst vor Ausschreitungen zu Hause. Erfreulich ist, dass zumindest die örtliche Feuerwehr ihren Stammtisch unter dem neuen Pächter aufgekündigt hat. Der Bürgermeister schürt mit seinen Aussagen die Verunsicherung in der Gemeinde, so behauptete er beispielsweise, eine Gegendemo würde nur mehr Aufmerksamkeit erregen, als der Kneipe von Kern beizumessen sei.

...und verkennt die Lage

Ein einziger Blick auf die Liste der bisherigen Auftritte und Veranstaltungen im Landhaus genügt, um die Einschätzung des Bürgermeisters zu widerlegen. Neben den »Highlights« Naumann und Roeder traten wochenends zahlreiche Liedermacher in dem Lokal auf. Wöchentlich findet darüber hinaus der »Bündnis Rechts«-Stammtisch statt. Die Integration von Kerns Kneipenprojekt in die Norddeutsche Neonaziszene lässt sich sehr anschaulich anhand eines geplanten »Neonazi-Erlebnistages« am 17. Juli darlegen. Während das Redaktionsteam der neuen rechten Skinheadpublikation

»Nordstolz« um Dirk-Oliver Bollmann tagsüber zum »Skinhead-Fußball-Turnier« in Lübeck einlädt[2], hat Dieter Kern bereits ein Angebot für den Abend vorbereitet. Ab 18.00 Uhr sollte der Rostocker Nazibarde Andre Lüders seine Sangeskünste zum Besten geben. Während das Turnier in der Hansestadt mit etwa 150 Teilnehmern in vollem Gange war, riefen die Veranstalter zum späteren Besuch des Liederabends in Heilshoop auf. Die kurzfristige Absage Lüders verhinderte jedoch sehr zum Leidwesen der rechten Besucher letztendlich die »kulturelle« Abrundung des Tages.

Landhaus goes RechtsRock

Zusätzlich zu den vielen Liedermachern organisierte Kern jetzt auch noch den Auftritt von Musikern des Rechtsrock-Spektrums. Am 11. September spielten die Gruppen »Kampfhandlung«, »Words of Anger« sowie »Einherjer«. Schon während einer antifaschistischen Gegendemo vorm Landhaus an diesem Tag provozierten die ersten Neonazibesucher, ausgestattet mit Thor Steinar-Jacken und Irokesenschnitt. Mit diesem Konzert der härteren Gangart und seinen entsprechenden Besuchern dürfte der Brückenschlag zwischen radikalem Skinheadmilieu und dem rechten Altherren-Club des Bündnis Rechts vorangetrieben werden.

Dieses weitere Zusammenrücken der verschiedenen Flügel wird die rechte Szene in Schleswig-Holstein freuen. Die nach einem Führungswechsel im schleswig-holsteinischen NPD-Landesvorstand gerade wieder geknüpften Kontakte zwischen NPD und BR dürften durch solche integrativen Veranstaltungen weiteren Schwung bekommen. Gerade da Nazikader wie Jürgen Gerg oder Peter Borchert, die stets gegen Kern wetterten, von der Bildfläche verschwunden sind, scheint der BR-Vorsitzende nun wieder Morgenluft zu wittern.

Wenn es Kern gelingen sollte, seine Veranstaltungsreihe fortzusetzen und die Publikumszahlen zu steigern, dürften sein Ansehen und seine Position innerhalb der NS-Szene wachsen. Und nebenbei erhöht Kern so natürlich ganz uneigennützig die Zahl potenzieller Kunden, die vielleicht sogar wochentags einmal auf ein Bier herein schauen oder sich für BR-Treffen interessieren. ■

1 Veranstaltungskalender der Bündnis Rechts, April 2004, Seite 1

2 Nordstolz Nr.2



Das Bündnis Rechts wurde im Oktober 1997 in Schleswig-Holstein von rechten Parteifunktionären sowie »Freien Nationalisten« gegründet. Neben Abordnungen von DLVH (Deutsche Liga für Volk und Heimat), Republikanern, NPD und DVU waren Kader der parteiungebundenen Nationalisten wie Christian Worch aus Hamburg und Thomas Wulff (Teldau/ Mecklenburg-Vorpommern) maßgeblich involviert. Ursprüngliches Ziel war die Teilnahme an der Bürgerschaftswahl der Stadt Lübeck 1998. Das Bündnis wurde Vorbild für Neonazis, sich über parteipolitische Differenzen hinweg zu Wahlgemeinschaften wie z.B. das heutige »Nationale Bündnis Dresden« zusammen zu schließen. Als Vorsitzender und Spitzenkandidat des BR wurde der heute 49-jährige Dieter Kern präsentiert, der der nationalistischen Wählervereinigung das nötige rechte Biedermann-Image verlieh. Mit 3,6 % der abgegebenen Stimmen verpasste das BR zwar den Einzug in die Lübecker Bürgerschaft, konnte allerdings einen Achtungserfolg erzielen. Dieter Kern, Verwaltungsangestellter der Stadt Lübeck, leitete auch nach der Wahl das BR. Er trat häufig als Redner auf rechtsradikalen Demonstrationen auf oder meldete sie sogar selbst an. Mittlerweile gibt es in mehreren Bundesländern Ableger des Bündnis Rechts, die Leitung der Bundesgeschäftsstelle obliegt weiterhin Kern. Neben dem bündniseigenen Infotelefon wird auch das Mitteilungsblatt »Lübscher Aufklärer« angeboten.

Zur Lübecker Kommunalwahl 2003 trat Kern erneut mit seinem Bündnis an, vorausgegangen war allerdings ein Bruch innerhalb der Szene. Neben dem BR trat auch ein »Bündnis Nationaler Sozialisten« an. Beide rechten Wählerinitiativen scheiterten an der 5 %-Hürde.

Nachdem Kern die Anschläge vom 11. September 2001 öffentlich gebilligt hatte, wurde sein Arbeitsverhältnis in der Stadtverwaltung endgültig gekündigt. Mit der Übernahme des »Landhaus Heilshoop« scheint Kern nun Arbeit und Politik verbinden zu wollen.

Virtuelles Nazi-Forum gehackt

Wenn Nazis das World Wide Web nutzen, ist dies überwiegend zu Propagandazwecken. Die Anzahl der Homepages mit rassistischen, nationalistischen und antisemitischen Inhalten nahm in den vergangenen Jahren zu. Diese Entwicklung ist sicherlich nicht nur auf die neonazistische Organisierungsbemühungen der vergangenen Jahre zurückzuführen, sondern hing auch mit der gesamtgesellschaftlichen Bedeutungszunahme des World Wide Web als Medium zusammen. Diverse Onlineprojekte bemühen sich daher rechte Seiten wieder aus dem Internet zu bekommen, indem sie bei Providern intervenieren. Andere Gruppen versuchen mit antifaschistischer Gegenöffentlichkeit, Suchmaschinen-Ranking und Hacking gegen Nazi-Homepages vorzugehen. Doch diverse Nazigruppen haben trotz all dieser Bemühungen ihre Homepages zunehmend professionalisiert und die Funktionalität und das Design verbessert. Aktualität, regelmäßige Pflege und Output sind Ausdruck des jeweiligen Organisierungsgrades der Homepagebetreiber. So mancher Aktivist hat über diese Fähigkeiten mittlerweile seinen Weg in die Internet-Branche gefunden und verdient sich so seinen Lebensunterhalt.

Da das Gros der rechten Webpages jedoch nach wie vor nicht nur inhaltlich und ästhetisch ein Grauen sind, sondern oft auch technisch daneben liegen, haben sich einige Antifas diesen Umstand vor einigen Monaten zu Nutze gemacht. Am 8. Mai 2004 wurde von ihnen das sogenannte »Nationale Forum« zunächst übernommen und dann vorübergehend abgeschaltet.

Dresden – Ein Blick hinter die Kulissen

»Einigkeit macht stark« ist der wohl wichtigste Wahlspruch des »Nationalen Bündnis Dresden« (NBDD). Mit der demonstrierten Einigkeit will es ein »Fanal für Deutschland« sein. Diese parteiübergreifende Einigkeit wurde und wird gegen alle Widersacher im eigenen Lager, besonders gegen die Bundesführung der Republikaner verteidigt. Ein nicht unerheblicher Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Bündnisses war dementsprechend an die eigene Szene gerichtet. Um die Entwicklung und die Bedeutung des Bündnisses einschätzen zu können war es für die Antifa von Vorteil, dass sie nicht ausschließlich auf veröffentlichte Sachen der Nazis zurückgreifen musste.

Durch einen Hack des »Nationalen Forum Deutschland« gelang Internetaktivisten genau ein solcher Blick hinter die Kulissen.

Das Internet zu nutzen, ist für Nazis selbstverständlich geworden. Meist als Plattform zur Selbstdarstellung und Mobilisierung genutzt gibt es auch diverse Internetforen, die der öffentlichen und internen Diskussion dienen.

Im »Nationale Forum« verkehrten vor allem User, die sich bereits aus dem »Sachsen-Forum« der Republikaner kannten. Zum Verdruss der REP-Bundesführung diskutierten bereits auch da NPD'ler und »parteiunabhängige« Nazis munter mit. Mit der Gründung des »Nationalen Bündnis Dresden« im April 2003 brach der Unmut der REP-Parteispitze dann offen aus und das »Sachsen-Forum« wurde geschlossen. Es wurde durch ein besser zu zensierendes bundesweites REP-Forum ersetzt.

Als Reaktion darauf eröffnete der Administrator der Websites des »Nationalen Bündnis Dresden« und der Bundesseiten der NPD, Jörg Schubert (NPD), das offiziell parteiunabhängige »Nationale Forum«. Im Unterschied zu einer Vielzahl anderer Nazi-Internet-Foren bemühten sich die User um eine Abgrenzung zum NS-Spektrum und ein gewisses inhaltliches Niveau ihrer Diskussionen.

Wie andere Internetforen auch, bestand das »Nationale Forum« aus einem öffentlichen Teil, in dem alle lesen und ohne weitere Schwierigkeiten auch schreiben können und einem nicht öffentlichen Bereich, in dem die User »Persönliche Nachrichten«, ähnlich wie E-Mails, austauschen konnten. Dementsprechend sind Informationen aus öffentlichen Bereichen kaum verwertbar. Alle können alles schreiben und das Vollmüllen mit Fakes oder nichtssagenden Nachrichten ist Usern sicher nicht unbekannt.

In den geschlossenen Bereichen und im direkten Dialog fühlen sich die Foren-User dagegen unbeobachtet



und sicher und geben Informationen preis, die man sonst nicht bekommen würde.

Das Interesse an genau solchen Informationen führte auch zum Herumexperimentieren mit der Technik, die hinter dem Nationalen-Forum steckte. Das Forum, in seiner damaligen Form, nutzte kostenpflichtig die Ressourcen und Software des Internet-Software Anbieters »Webmart«. Durch eine Lücke in der Webmart-Software gelang es, unbemerkt an die kompletten Userdaten des »Nationalen Forums« zu kommen und monatelang mitzulesen.

Um an dieser Stelle gleich einer Panik entgegenzutreten: Wer online arbeitet muss grundsätzlich damit rechnen, dass genutzte Software Fehler hat. Ein Verweis auf regelmäßig auftretende Probleme mit dem Betriebssystem Windows soll hier genügen.

Der Hack des »Nationalen-Forum« wurde allerdings durch die grenzenlose Naivität seiner Nutzer begünstigt. So nutzte zum Beispiel der jetzige Dresdner Stadtratsabgeordnete Hartmut Krien, seines Zeichens »Informatiker« das Passwort »ge.heim«, ein anderer User loggte sich mit »peniSS« ein und Holger Apfel nutzte »katzen«. Allen voran ging jedoch der sog. »Netzmeister« Jörg Schubert aus Chemnitz, der sich nicht scheute seine »Dienste« öffentlich gegen Bezahlung anzubieten.

So wurden bereits Ende Februar 2004 interne Nachrichten des Users »Kritiker« alias Ronny Thomas aus Dresden auf einer einschlägigen Antifa-Webseite veröffentlicht, die profane Schlussfolgerung von Jörg Schubert daraus war, das jemand das Passwort »erraten« hätte. Diese Blauäugigkeit zog sich relativ lange hin. Wurde versehentlich einmal die komplette Datenstruktur des Forums verändert, erklärte sich das Jörg Schubert mit einer »Datenverwirrung« – verwirrt war dabei wahrscheinlich nur er selbst.

Der Höhepunkt des Antifa-Hacks kam dann am 8. Mai diesen Jahres. Obwohl Schubert in »seinem« Forum »katjusha befreit Internet« lesen konnte und er keinen administrativen Zugriff mehr auf sein Forum hatte, glaubte er sich mit einem back up des Forums auf der sicheren Seite. Nur wenige Minuten später musste er – erneut ausgesperrt – hilflos mit ansehen, wie der Inhalt des Forums Megabyte für Megabyte aus dem Internet verschwand. Es ist erstaunlich, dass dieses nahezu fahrlässige Fehlverhalten des »Netzmeisters« seitens der rechten Nutzer völlig unhinterfragt geblieben ist, und es bisher keinerlei Kritik an dessen Verhalten gibt.

Neue Infos – altes Bild

Generell können drei Arten von erlangten Informationen unterschieden werden. Neben persönlichen Informationen von Usern, wie Klarnamen, Adressen und Telefonnummern ergab sich auch die Möglichkeit teilweise von Veranstaltungszeiten und Orten bereits im Vorfeld zu erfahren.

Die interessantesten Informationen betreffen aber die Zusammenarbeit der Neonazi-Szene untereinander. Absprachen zu Strategie und Taktik, Sticheleien gegenüber anderen »Kameraden« und politische Einschätzungen jenseits eines von der Naziszene gewünschten öffentlichen Bildes fanden sich im internen Bereich des Forums.

Dieser Blick hinter die Kulissen war relativ ernüchternd. Das »Nationale Bündnis Dresden« ist weder ein neuer Ansatz der radikalen Rechten, noch sind sich die Mitglieder einig. Eine NPD Dominanz in dem Bündnis wurde von antifaschistischen Beobachtern bereits von Beginn an festgestellt. Nach der Auswertung der internen Kommunikation einiger Forumsteilnehmer kann getrost von einem Projekt zur Verdrängung der anderen rechten Wahlparteien gesprochen werden. Die bereits beschriebenen Differenzen zwischen der Republikaner Bundesführung und dem Landesverband Sachsen, gepaart mit der politischen Vertretung dieser Partei in Dresden, dem Kreisvorsitzenden Frithjof Richter, der wie viele andere Kameraden vor Ort sehr einfach gestrickt ist, waren die Grundvoraussetzungen für das Gelingen dieses Projektes. Die NPD brauchte nur noch ihren Bündniswillen betonen, den Rest erledigten die Republikaner untereinander. Im Ergebnis hat der Landesverband der REP`s einen neuen Landesvorstand und der Kreisverband Dresden existiert nur noch auf dem Papier.

Der parteiübergreifende Charakter gilt für die NPD allerdings nur solange, wie sie das jeweilige Bündnis dominieren kann. Durch ständige



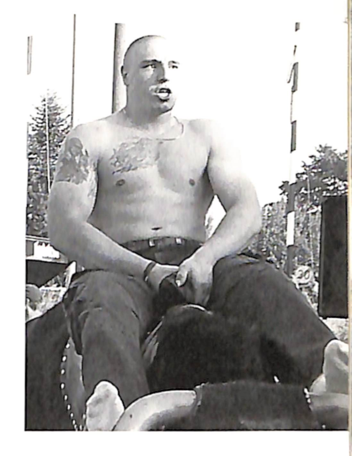
[1] NBDD-Vorsitzender Holger Apfel spricht auf einer NPD-Demonstration in Dresden.

Erfolgsmeldungen gefüttert, wollten plötzlich auch andere Nazis Bündnisse gründen. In Chemnitz startete Erhard Stimpel, ein Vertreter der Deutschen Partei diesen Versuch, was dem örtlichen Republikaner-Chef Martin Kohlmann und Jörg Schubert (NPD) sichtlich missfiel.

So meinte »metmart«, alias Kohlmann zu Schubert: »In Sachen Stimpel sehe ich grundsätzlich alles genauso wie Du... aber um so wichtiger wäre es, das NBC (Nationales Bündnis Chemnitz – d.A.) unter Kontrolle zu halten, schon mal mit dem Zweck, daß da kein Blödsinn passiert. Für ganz ausgeschlossen halte ich nämlich nicht, daß Stimpel seine alten Pläne, als NBC zur K-Wahl anzutreten, wieder auspackt, wenn er, durch eine DVU-Beteiligung angespornt, wieder größenwahnsinnig wird. Gegründet wird das Bündnis wohl – ob wir wollen oder nicht.« Unter solcherlei Zugzwang wollten die NPD Strategen nicht erst geraten. Als sich Ende letzten Jahres Begehrlichkeiten nach einem »Nationalen Bündnis Deutschland« regten, fragte User »freiheit« Holger Apfel: »kannst du den Begriff »Nationales Bündnis xy« nicht schützen lassn? Was dieser Schwachkopf Zeitzmann (ein anderer User des Forums – d.A.) da vorhatt, könnte viel Schaden anrichten.«. (Fehler im Original) Dessen Antwort, »Wem sagst du das... Ist bereits in Arbeit, aber noch nicht für die Öffentlichkeit bestimmt.« deutete es an. Sie gründeten es kurzerhand selbst. Von parteiübergreifendem Charakter ist dabei nichts mehr zu sehen. In einer knappen Stunde wurde im Dezember 2003 auf Einladung von Holger Apfel im Kameradschaftsheim der »Deutschen Stimme« in Riesa das NPD-Bundesvorstandsmitglied Alexander Delle zum Vorsitzenden, der NPD-Kreisrat von Meißen, Frank Rohleder, zum Stellvertreter und Jörg Schubert zum Beisitzer gewählt. Damit die nötigen sieben Gründungsmitglieder auch nachgewiesen werden können, waren neben dem Versammlungsleiter Apfel noch der Protokollführer Jürgen W. Gansel, ebenfalls Mitglied des NPD-Bundesvorstandes und die Zählkommission Marcel Jessulat und Alexander Neidlein anwesend. Frithjof Richter brachte den Sinn der Gründung gegenüber dem NPDler »Heiko« aus dem Erzgebirge auf den Punkt: »Es ist nichts fürs Forum und bleibt bitte noch unter uns Das Nationalem Bündnis Deutschland wurde gegründet, damit uns den Namen keiner wegschnappen kann. Wird gerade Notariell eingetragen.« (Fehler im Original) Der Wahlspruch »Einigkeit macht stark« hat für die NPD nur solange Bestand, wie sie die Richtung bestimmen kann.

Zwischen Streit, Erfolg und Macht

Mit den Ergebnissen der Kommunalwahlen in Sachsen, die nicht nur der NPD große Stimmenzuwächse und damit etliche Mandate bescherte, stieß die parteiübergreifende Zusammenarbeit an ihre ersten Grenzen. Die Chemnitzer Republikaner mit ihrer Spitze Martin Kohlmann artikulierten, gestärkt von 10% Stimmen und fünf Sitzen im Stadtrat, eigene Interessen zur Landtagswahl im September. Mit dem Ergebnis, dass der Streit um die Vorherrschaft nun öffentlich ausgetragen wurde. Nachdem die damalige REP-Landesvorsitzende Kerstin Lorenz, die gleichzeitig Mitglied im NBDD ist, die Liste der Republikaner zur Landtagswahl zurückgezogen hatte und damit die NPD als einzige rechte Partei im September antrat, wirft ihr der neue Landesvorsitzende Kohlmann Verrat vor. Lorenz ihrerseits droht ihm mit kompromittierenden Videos. Von diesen REP internen Streitigkeiten profitierend dürften sich die örtlichen NPD'ler die Hände reiben. Für die sogenannten »Nationalen Bündnisse« hat sich dadurch nichts geändert. Sie funktionieren nur solange, wie nichts zu verteilen ist. Geht es um Posten und politischen Einfluss, ist sich traditionell jeder selbst der nächste. ■



Festival des Neonazismus

Das Deutsche Stimme Pressefest in Mücka

Unter dem Motto »Damit Sachsen eine Zukunft hat – NPD in den Landtag« fand am 7. August 2004 im Sächsischen Mücka das diesjährige Pressefest der NPD Parteizeitung »Deutsche Stimme« statt. Die NPD verzeichnete 6.900 Teilnehmer, die Polizei meldete 4000. Da Antifas die Zahl der auf dem riesigen Gelände Anwesenden auf 5000-6000 schätzen, dürfte der NPD bei dem seit 2000 stattfindenden Pressefest ein neuer Besucherrekord gelungen sein.

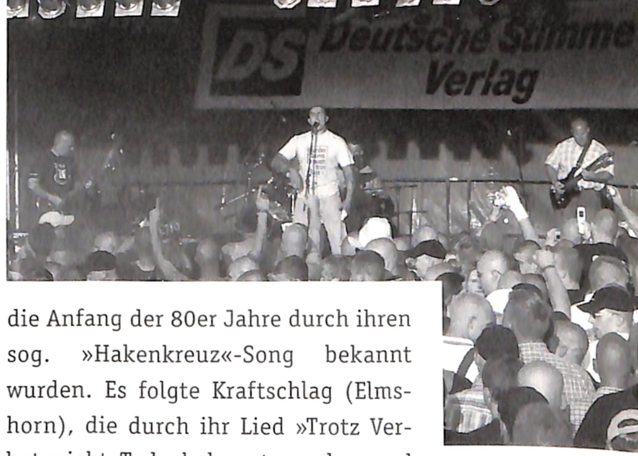


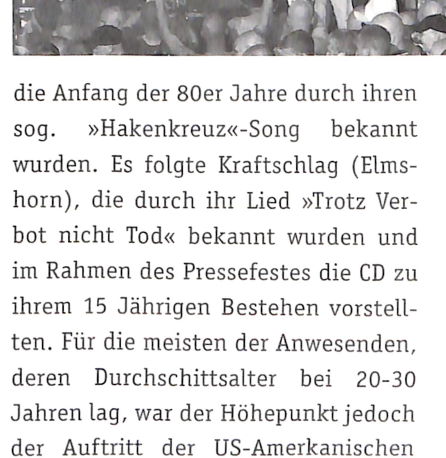
Das Motto und die Wahl des Austragungsortes verweisen einmal mehr auf die Bedeutung des Sächsischen Landesverbandes und der Landtagswahl in Sachsen für die NPD. Allerdings spielte beides auf dem Event selber kaum eine Rolle, dafür hat das Treffen weit über die NPD hinaus an Bedeutung gewonnen, da es einen Erlebnisraum und eine Plattform für Neonazis und deren Gruppierungen aus der ganzen BRD darstellt.

Das riesige Gelände rund um die Diskothek »Wodan« war gut aufgeteilt, hier das weiße Festzelt, in dem sich die verschiedenen extrem rechten Gruppen darstellen konnten, da die Kinderhüpfburg und das Bull-Riding, hier die große Bühne für die Rechts-Rock-Bands. Die Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen fanden im Saal der Diskothek statt. Die sich darstellenden Gruppen reichten vom »Aktionsbüro Norddeutschland« für welches Inge Nottelmann, Tobias Thiessen und Jörn Lemke warben, dem Club 88 aus Neumünster, dem »Nationalen und Sozialen Aktionsbüro Mitteldeutschland« über die Bündnis- und Vorfeldorganisationen der NPD, also JN, NHB u.a. das »Nationale Bündnis Dresden«, bis hin zu lokalen Gruppen wie dem »Jugendklub Grünau«, dem »Deutsch-Ungarische Freundeskreis« und den Zeitungsprojekten »Unabhängige Nachrichten«, »Deutsche Militärzeitung«, »Freiheit Wattenscheid«, »Herrlich Hermannsland«, »Förderturm«, »Unsere Welt«, und »Triskele«.

Der NPD-Parteivorsitzende Udo Voigt macht Wahlwerbung, der verurteilte Rechtsterrorist Peter Naumann hielt einen Vortrag zum Thema »Die Lockspitzel des Verfassungsschutzes und der 'rechte Terror'«, der Auslandsbeauftragten der Nationalpatriotischen Front Rußlands (Pamjat) Nikolaj Skorodumov berichtete über die extreme Rechte in Rußland, der Österreicher Gerhoch Reisegger verkündete antisemitische Verschwörungstheorien in dem er behauptete »Wir werden schamlos irregeführt – Vom 11. September bis zum Irakkrieg«. Als »Zeitzeuge« präsentierte sich Herbert Schweiger, ehemals Mitglied der SS-Leibstandarte Adolf Hitler und der ehemalige Kampf-Flieger Hajo Hermann.

Wichtigster Anziehungspunkt waren jedoch die Auftritte der Barden und Rechts-Rock-Bands am Nachmittag. Nachdem Marco Laszcz von »Sleipnir« und Michael Müller das Publikum mit ihren Balladen aufgewärmt hatten, begann das Konzert. Den Anfang machte die Band Radikahl (Weimar), die Anfang der 80er Jahre durch ihren sog. »Hakenkreuz«-Song bekannt wurden. Es folgte Kraftschlag (Elmshorn), die durch ihr Lied »Trotz Verbot nicht Tod« bekannt wurden und im Rahmen des Pressefestes die CD zu ihrem 15 Jährigen Bestehen vorstellten. Für die meisten der Anwesenden, deren Durchschittsalter bei 20-30 Jahren lag, war der Höhepunkt jedoch der Auftritt der US-Amerkanischen Band Youngland.





Das Pressefest entwickelt sich mit seinem Volksfest-Charakter zu einem der wichtigsten Events der extremen Rechten, und das weit über die NPD hinaus. So waren in diesem Jahr viele Führungskader der Freien Kameradschaften und auch ihr Fußvolk anwesend. Da die NPD in der Lage ist den legalen Rahmen für die Rechts-Rock-Auftritte zu schaffen, gelingt verstärkt gerade jüngere Personen anzusprechen und eventuell zu integrieren. ■

Zwischen Konkurrenz und Zweckbündnissen

Aktuelle Schlaglichter auf die NPD und Kameradschaften in Berlin und Brandenburg

In Berlin / Brandenburg existieren eine ganze Reihe von rechten bis neonazistischen Parteien, Vereinen, Bünden, Kameradschaften und anderen Organisationen. Gerade in den letzten Jahren tauchen geradezu inflationär neue Gruppenbezeichnungen und Zusammenschlüsse auf, die oft so schnell wieder verschwinden wie sie aufgetaucht sind. Diese Entwicklung macht eine neue Tendenz im Bereich neonazistischer Organisierung in der Region Berlin/Brandenburg deutlich: Nicht Organisationen und deren Strategie bestimmen das Auftreten in der Öffentlichkeit und die politischen Schwerpunkte, sondern ein Personenkreis von politischen aktiven Kadern. Deren jeweiligen Interessen, Streitereien, Vorlieben und Lebenssituation prägen die Neonazi-Szene in Berlin/Brandenburg.



[1] Björn Wild (4. Reihe, rechts) und Daniel Meinel (3. Reihe, rechts) demonstrieren am 21.8.2004 auf dem Rudolf Hess-Marsch in Wunsiedel hinter einem Transparent der Berliner »Kameradschaft Tor«.

» Wer sich einen Überblick über die diversen rechtsextremistischen Organisationen verschaffen will, bemerkt bald die gnadenlose Zersplitterung, oft sogar feindselige Konkurrenz, der verschiedenen Fraktionen. Diese wird in der Öffentlichkeit meist nur pro Forma durch gelegentliche Absprachen und Zweckbündnisse überdeckt. Auf der anderen Seite werden formale Abgrenzungsbeschlüsse und Ablehnungsbekundungen zwischen verfeindeten Gruppen durch persönliche Freundschaften und Bekanntschaften der Mitglieder und Aktivisten unterlaufen.

Die NPD

Die rechtsextreme Parteien verliert nach wie vor an Mitgliedern. Verantwortlich dafür dürften hier insbesondere andauernde innerparteiliche Streitigkeiten sein. Eine zunehmende strukturelle Schwächung ist nicht zu übersehen. Gerade die NPD hat sich von der Spaltung eines gemeinsamen Landesverbandes Berlin/Brandenburg in zwei getrennte Landesverbände im April 2003 noch nicht erholt. Als Trennungsgrund wurden nach außen hin die »unterschiedlichen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten in beiden Bundesländern« angegeben. Intern dürfte jedoch auch hier eine Mischung aus privaten Animositäten und politischen Differenzen ausschlaggebend gewesen sein. Vorsitzender der Brandenburger NPD wurde der Brandenburger Mario Schulz. Im Berliner Landesverband übernahm Albrecht Reither die Führung. Allein die beiden Vorsitzenden der neuen Landesverbände warfen ihren Posten nach einigen Monaten wieder hin. Mario Schulz aus politischen Gründen (siehe AIB 62, S.22) und Albrecht Reither aus »beruflichen und gesundheitlichen Gründen«. Nun führt in Brandenburg der

zugezogene Klaus Beier die NPD und in Berlin rückte Georg Wilhelm Magnus nach. Doch das Personalkarussell drehte sich weiter und aktuell tritt Claus Schade als Landesvorsitzender auf. Im Berliner Landesverband ist nach der Trennung zunehmend eine neonazistische und aktionistischere Ausrichtung einzelner Partei-Aktivisten zu beobachten. So organisierte der NPD-Kreisvorsitzende von Treptow/Köpenick Eckart Bräuniger im Juni ein Konzert mit »Spreegeschwader« und dem Landser-Sänger Michael Regener auf dem Gelände von Albrecht Reither in Lichtenberg. Im Internet verkündete er: »Das ist u.a. die Art von Parteiarbeit, wie wir sie in der Reichshauptstadt praktizieren.« Der Liedermacher und NPD-Funktionär Jörg Hähnel hat sich nach seinem Zuzug aus Brandenburg zu einem der rührigsten NPD-Funktionäre der Region entwickelt. In seiner Heimatstadt Frankfurt/O. ließ er hierfür allerdings sein NPD-Mandat als Stadtverordneter ungenutzt zurück. In Berlin zeigt er keinerlei Berührungsängste gegenüber Personen aus dem Kameradschafts-Spektrum. Diesem Personenkreis stehen im Landesverband jedoch auch langgediente NPD-Parteisoldaten gegenüber, so dass eine geschlossene Radikalisierung weniger wahrscheinlich erscheint, als dauerhafte parteiinterne Auseinandersetzungen.

Insgesamt lässt sich daher feststellen, dass vom Berliner Landesverband kaum noch Impulse ausgehen. Dies dürfte mit dem Austritt von Rene Bethage im September 2003 zu tun haben. Einer Zeitung erklärte er zu seinem Schritt: »Die NPD hat den Fehler gemacht, alles von oben nach unten durchzudrücken. Aber wenn man keine funktionierende Basis hat, klappt es eben nicht.« Seine »Basis«, das sind nun Jugendliche aus Treptow mit denen er die »Berliner Alternative Süd-Ost« gründete (s.u.). Bethage war der »Demonstrations-Motor« der Berliner NPD. Mit seinem Übertritt in die Berliner Kameradschafts-Szene (s.u.) ist dank ihm dort eine deutliche Zunahme von öffentlichkeitswirksamen Auftritten zu verzeichnen.

Die wenigen öffentlichkeitswirksame Aktionen der NPD in Berlin werden meist von den Funktionären der NPD-Bundeszentrale in Köpenick und einer Hand voll Aktivisten der Berliner Kreisverbände getragen.

Die Kameradschaftsszene

Für den Bereich der Kameradschaftsszene zeichnet sich ein deutlicher Zulauf ab. Ein Grund hierfür sind die zunehmenden Aktivitäten und die neue Dynamik der Berliner Kameradschaften sein. Nach Jahren der Stagnation tritt die Berliner Kameradschaftsszene wieder durch eigenständige und öffentlichkeitswirksame Aktionen in Erscheinung. Die alte Kameradschaftsstruktur um Oliver Schweigert in Berlin und Gordon Reinholz in Brandenburg unter dem Label »Aktionsbüro Mitteldeutschland – Nationaler Widerstand Berlin/Brandenburg« hat durch die hyperaktiven Zusammenschlüsse um die »Kameradschaft Tor« aus Lichtenberg und die »Autonomen Nationalisten Berlin« in Berlin und den Märkischen Heimatschutz in Brandenburg einen neuen Aufschwung bekommen. Hinzu kamen eine Reihe von Neugründungen. Vor allem die »Berliner Alternative Süd-Ost« brachte eine neue Dynamik in die Szene. Treibende Kraft der »Berliner Alternative Süd-Ost« dürfte der ehemalige NPD-Vorsitzende des Kreisverbandes Treptow-Köpenick, Rene Bethage, sein. Die Gruppe von etwa 15 Jugendlichen aus dem Bezirk versucht aktuell an ein eigenes Jugendzentrum zu gelangen. Mittlerweile hat sich das Projekt zu einer Kampagne der gesamten Kameradschafts-Szene mit wiederholten Kundgebungen und symbolischen Hausbesetzungen entwickelt. Hauptakteur auf der Strasse ist neben der BASO vor allem das 2002 von Berliner Kameradschaftsaktivisten gegründete Projekt der »Autonomen Nationalisten Berlin« (ANB). Die ANB führt in der Öffentlichkeit vor allem einen eher lächerlichen Etikettaufkleber-Kleinkrieg im Nordosten von Berlin. Intern hat sich die ANB zusammen mit der Kameradschaft Tor um Björn Wild dem Kampf gegen die »Antifa« verschrieben und propagieren verbalradikal ein gewaltsames Vorgehen gegen politische Gegner. Nicht zu trennen ist die Berliner Kameradschaftsszene von den Brandenburger Aktivisten des MHS um Gordon Reinholz, die bei fast jeder Berliner Kameradschaftsaktion präsent sind. Zusammenfassend ist festzustellen, dass sich im Berlin-Brandenburger-Kameradschaftsmilieu ein Personenkreis als Führungsszene herauszubilden scheint, der zunehmend bündnisfähig und handlungsfähig ist. Wie lange dieser Prozess jedoch andauern wird, ohne dass es zu den üblichen Machtkämpfen, Szene-Austritten und Streitereien kommt, bleibt abzuwarten. Auch ob das Abkupfern linker Symbole, Aktionsformen und autonomer Politik durch die führenden Aktivisten der Kameradschaften dauerhaft ohne Konflikte mit der durch Rechtsrock und Naziskinheadkult geprägten Basis verläuft ist fraglich.

Fazit

Trotz der ständigen Umbrüche und unzähligen Konflikte existiert in Berlin nach wie vor eine aktive und handlungsfähige Neonazi-Szene mit wachsendem Potential. Gruppen und Personen die von der politischen Bildfläche verschwinden, werden durch neue ersetzt. Andere die dabei bleiben treffen auf eine Reihe von Funktionären und Aktivisten, welche z.T. schon seit Jahrzehnten in der Szene agieren, ohne sich dabei ständig in der Öffentlichkeit in den Vordergrund drängeln zu müssen. Die Szene ist in der Lage sich selbst ständig neu zu reproduzieren und Verluste und Rückschläge auszugleichen. In der Lage relevanten gesellschaftlichen Einfluss auszuüben ist sie nicht. ■

»Hier marschiert der nationale Widerstand...«

Zur Bedeutung von Demonstrationen für NPD und »Kameradschaften«

Samstag, 26. Juli 2003: im vorpommerschen Wolgast führen gut 400 Neonazis einen Aufmarsch gegen die in der Nähe stattfindende Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941 bis 1944« durch. Im nordrhein-westfälischen Moers wird gegen Massenarbeitslosigkeit und Steuerverschwendung demonstriert; und ebenfalls etwa einhundert Neonazis demonstrieren im südthüringischen Meiningen unter dem Motto »Solidarität mit den politischen Gefangenen« – gemeint sind vor allem die im nahe gelegenen Gefängnis Untermaßfeld einsitzenden »Kameraden«.



» Solche Veranstaltungen markieren eine qualitative Veränderung des öffentlichen Auftretens des Neofaschismus in der Bundesrepublik gegenüber den 1980er Jahren. Gelang es der später verbotenen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) damals 100 bis 200 Anhänger nach Rotenburg/Wümme zu mobilisieren, so war dies das Ergebnis bundesweiter Anstrengung und blieb ein im Jahresverlauf weitgehend isoliertes Ereignis. Heute hingegen finden jedes Wochenende neofaschistische Demonstrationen bzw. Aufmärsche statt, zum Teil mehrere gleichzeitig. Bis zur Größenordnung von 200 bis 250 Teilnehmenden kommen diese in ihrer großen Mehrheit aus einem Umkreis von 200 Kilometern um den Veranstaltungsort. Mehrfach wurden in den letzten Jahren Teilnehmerzahlen von 5.000 erreicht. Auch stellt die Durchführung dieser Aktionen angesichts erheblich gestiegener »Rechtssicherheit«, d.h. der zugunsten der neofaschistischen Organisatoren ergangenen Urteile des Bundesverfassungsgerichts, sowie der in vielen Orten rückläufigen antifaschistischen Gegenaktionen längst keine »high-risk«-Mobilisierung mehr dar. Diese Entwicklung ist nicht das Ergebnis eines zufälligen Zusammentreffens günstiger Faktoren, sondern maßgeblich Resultat einer konsequent verfolgten und bewußt ausgebauten »Demonstrationspolitik« der NPD und Kader aus der Kameradschaftsszene.

München 1997: neues Selbstbewußtsein

In der politischen Öffentlichkeit wie in der Selbstwahrnehmung der extremen Rechten ist insbesondere die von der NPD durchgeführte Demonstration gegen die Ausstellung »Vernichtungskrieg: Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944« am 1. März 1997 mit etwa 5.000 Teilnehmenden ein zentrales Symbol für eine entsprechend veränderte Situation. Zwei der an der Durchführung der Veranstaltung beteiligten NPD-Kader resümier-



ten damals in der JN-Zeitung Einheit und Kampf: »Psychologisch ist durch München ein großer Durchbruch erzielt worden. Nach 4 Jahren Verboten und zunehmender Repression, hat die Szene wieder Tritt gefaßt. (...) Der Staat kann viele Jahre Einschüchterungsversuche zu den Akten legen und sich eine neue Taktik überlegen. München hat ein neues Selbstbewußtsein geschaffen, das sich auf jeden einzelnen Teilnehmer ausgewirkt hat und noch größere Bahnen ziehen wird.« Seit 1997 ist die Zahl der jährlich stattfindenden neofaschistischen Demonstrationen/Aufmärsche deutlich angestiegen. Waren es 1997 noch 25 solcher Aktionen mit mehr als 50 Teilnehmenden, so waren es in den Folgejahren 46 (1998), 53 (1999), 70 (2000), 107 (2001) bzw. 84 (2002). Zusätzlich wurde eine erhebliche Zahl kleinerer Demonstrationen durchgeführt. Im später verbotenen Skin-Zine Hamburger Sturm hatte bereits 1998 ein führender Neonazi-Kader die Veränderung der Situation umrissen: »Besonders zur Resignation besteht kein Grund, allein das in den letzten 20 Jahren erreichte zeigt uns, daß wir auf dem richtigen Weg sind. (...) Wenn es vor 10 Jahren nur ca. 100 Kameraden waren, die sich zu einer Demonstration zusammengefunden hatten, so erreichen wir heute problemlos das 50-fache an Gleichgesinnten und vom wachsen einer Bewegung hängt der spätere politische Erfolg ab. Es war vor 10 Jahren auch noch ein sehr unangenehmes Erlebnis, wenn unsere Kameraden vom roten Mob angegriffen wurden. Heutzutage fiebern wir solch einen Angriff entgegen, um denen zu zeigen wer mittlerweile das Recht auf der Straße erobert hat. Außerdem ist es gar nicht so lange her, daß jeder Nationalist mit der Auschwitzkeule niedergeschlagen wurde. Jetzt regt sich der Normalbürger nicht einmal über einen bekennenden Nationalsozialisten auf, da man sich an uns gewöhnt hat. Diese ersten kleinen Erfolge zeigen uns, daß wir weiterhin so oft und so massiv wie möglich in die Öffentlichkeit gehen müssen.«

Etwa ein Viertel der seit 1998 durchgeführten neofaschistischen Aufmärsche richtete sich gegen das drohende NPD-Verbot oder andere staatliche Maßnahmen sowie gegen gesellschaftliche Aktivitäten gegen die extreme Rechte. Weitere Aktionsschwerpunkte waren völkische und antisemitische Globalisierungs- bzw. Kapitalismuskritik, nationalistische, revanchistische und rassistische Mobilisierungen, die Verherrlichung von Wehrmacht und Waffen-SS bzw. von NS-Führungspersonal (Heß) sowie insbesondere vor und während des Krieges gegen Jugoslawien bzw. den Irak der Versuch, sich als Antikriegsbewegung zu inszenieren. Häufig wird dabei versucht, die Aufmärsche mit symbolischen Daten, Orten oder Personen zu verknüpfen (z.B. 20. April (Weimar), Volkstrauertag (Halbe), Reichsparteitagsgelände (Nürnberg), Brandenburger Tor), da dies zusätzliche Mobilisierungswirkung verspricht.

Vergemeinschaftung, Schulung und Kader-Auswahl

Die neofaschistische Demonstrationspolitik zielt im Rahmen des 3-Säulen-Konzeptes der NPD bzw. strategisch-taktischer Überlegungen einzelner Neonazi-Kader auf die Realisierung einer Vielzahl von Wirkungen. Innerhalb der neofaschistischen Bewegung und ihres Umfeldes bieten Aufmärsche erstens die Möglichkeit, Gesinnungskameraden kennenzulernen und neue Freundschaften zu schließen. Übernachtungen bei »Kameraden« und Gegenbesuche legen den Grundstein für Freundschaften und informelle Strukturen, die durch staatliche Repression kaum zerstörbar sind. Zweitens wird durch die Teilnahme an Demonstrationen die Aneignung des spezifischen neofaschistischen Habitus unterstützt sowie drittens Erlebnisse geboten, die für die politische Arbeit vor Ort (Flugblattverteilung, Plakatieren etc.) motivieren sollen. Viertens dienen die Demonstrationen dazu, den Anhängern und Sympathisanten durch fortgesetzte Aktivitäten zu beweisen, dass man sich durch staatliche Verbote oder antifaschistische Aktivitäten nicht einschüchtern lassen will. Fünftens sollen im Zuge der Planung und Durchführung von Aufmärschen noch nicht fest oder kontinuierlich eingebundene »rechte Cliquen« in die bestehenden Bewegungsnetzwerke und Strukturen einbezogen werden – ein Vorgehen, das exemplarisch in einem Strategiepapier



des NPD-Landesvorstandes Schleswig-Holstein vom Oktober 2000 entwickelt wurde. Sechstens sind die neofaschistischen Demonstrationen auch Ort und Gelegenheit zur Auswahl und Präsentation des neofaschistischen Kader-Nachwuchses. So hieß es treffend in einem Bericht der taz: »In Hagen rief der Hamburger Neonazi Christian Worch persönlich verdiente Kumpanen zum Mikrofon. Was sie sagten, war belanglos. Dass sie was sagen durften, war entscheidend. Der als SS-Siggi bekannt gewordene Siegfried Borchardt und der Alt-Nazi Friedhelm Busse hörten zu. Für den Redner ein Orden«. Und schließlich wurden die Aufmärsche, bis dies durch entsprechende Auflagen der Verwaltungsbehörden, der Polizei oder der Gerichte erschwert wurde, auch dazu genutzt, um paramilitärisches Verhalten und »soldatische Haltung« einzuüben. Zum paramilitärischen Gestus gehört auch das Tragen von einheitlicher Kleidung bzw. von Uniformen, was zwar durch das bestehende Uniformverbot erschwert wird, gleichwohl jedoch als Zielsetzung weiter verfolgt wird, weil es »den Gemeinschaftssinn und das Bewußtsein, Teil einer großen Bewegung zu sein, unterstreicht«, wie es 1994 in der neonazistischen Schrift Umbruch hieß. Entsprechend positiv wurde daher auch aufgenommen, dass bei den im Sommer 2003 in Mecklenburg-Vorpommern durchgeführten Demonstrationen gegen die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung das Uniformverbot durch das Tragen gleichartig gestaltetet T-Shirts unterlaufen werden konnte.

Aura der Gewalt

Sind diese Demonstrationen und Aufmärsche für NPD und »Kameradschaften« ein wichtiges Vergemeinschaftungsmoment, bei dem zeitweise ein Emotionskollektiv geschaffen wird, so sollen sie zugleich in die Gesellschaft hinein wirken. Als ein zentrales Ziel der Demonstrationen in der gegenwärtigen Entwicklungsphase der neofaschistischen Bewegung gilt den Organisatoren die (juristisch und politisch abgesicherte) Durchsetzung des Rechts auf gleichberechtigte Teilnahme am öffentlichen Diskurs einschließlich derzeit strafbewehrter Inhalte. Zugleich will sich die NPD öffentlich und gegenüber den Anhängern von DVU und REP als politisch handlungsfähige Kraft präsentieren, die zu einer wachsenden Bandbreite von Themen entwickelte Standpunkte vorlegen kann. So formulierte Jürgen Schwab, einer der wenigen theoretisch versierteren Kader der NPD, in seinem Buch »Deutsche Bausteine«, dass solche Demonstrationen deutlich machen sollen, »wer in den eigentlichen Lebensfragen des deutschen Volkes hierzulande wirklich die Opposition darstellt – wenn es um Themen geht, die alleine anzusprechen bedeutet, den Tabubruch zu wagen. Die Medien werden gezwungen, sich mit dezidiert nationalen Themen und Positionen auseinanderzusetzen – wenn diese dann auch negativ kommentiert werden.«

Neben den o.g. Gewöhnungseffekten wird zudem versucht, die Möglichkeit des offenen Auftretens als »Nationalsozialisten« und damit das Unterlaufen des NSDAP-Verbots voranzutreiben. So ist auffällig, dass verstärkt der Begriff »nationale Sozialisten« als Eigenbezeichnung verwendet wird. Zugleich gelten die Aufmärsche als bedeutsamer Teil des sog. Kampfes um die Strasse. War schon die SA gezielt mit ihren Aufmärschen in die Arbeiterviertel gegangen, um gewaltsame Auseinandersetzungen zu provozieren, so sind einige Demonstrationen hinsichtlich ihrer Symbolwirkung heute ähnlich angelegt, z.B. im Falle Göttingens, welche als »Antifa-Stadt« bezeichnet wurde, oder Frankfurt/Main, in der das »Recht« auf neonazistische Demonstrationen in einer Stadt durchgesetzt werden sollte, in der – so Steffen Hupka – »das Kapital zu Hause [ist], sitzt die ‚Europäische Zentralbank' und herrscht die ausländische Mafia. In Frankfurt ist seit Ende des Krieges ein antifaschistischer Sumpf entstanden, der praktisch den Großteil der maßgeblichen Kräfte in der Stadt vereint: ‚Linke', Stadtverwaltung, etablierte Parteien, Polizei, Kirche, ausländische Banden, Juden usw. Ein Großaufmarsch in Frankfurt mußte daher eine große Provokation darstellen.«

Ist das Auftreten der Neofaschisten bei ihren Aufmärschen zwar meist diszipliniert und selten unmittelbar mit gewalttätigen Angriffen auf Gegendemonstranten verbunden, so umgibt sie dennoch eine »Aura der Gewalt«, die auf die eingesetzten Bedeutungsmedien (Parolen, Embleme, Kleidung, Körperhaltung, Gehformation und Raumverhalten) zurückgeführt werden können. In den in neonazistischen Szene-Blättchen nach den Aufmärschen veröffentlichten Berichten fehlt nur selten auch der Hinweis, dass man den Antifas gerne auf die Fresse gehauen hätte.

Perspektiven

Für die extreme Rechte, insbesondere aber ihren neofaschistischen Teil, hat die Aktionsform Demonstration in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen; in vielen Fällen konnte sie diese wirkungsvoll einsetzen und sich – insbesondere gegenüber ihren Anhängern und Sympathisanten – als handlungsfähige »Kraft der Zukunft« inszenieren. Das bewusste Einsetzen von Demonstrationen zur Vergrößerung des politischen Spielraums in der Gesellschaft sowie zur Stabilisierung und Dynamisierung der neofaschistischen Bewegung ist dabei durch die höchstrichterlichen Urteile erheblich erleichtert worden. Dies gilt zuletzt für den von der NPD organisierten antisemitischen Aufmarsch in Bochum, den die zuständige Kammer des Bundesverfassungsgerichts als Teil der Meinungsfreiheit abgesegnet hat. Auch die damit verbundenen Polizeieinsätze, bei denen mit Wasserwerfern, schwerem Gerät und erheblichem Gewalteinsatz den Neofaschisten die Straße freigehalten bzw. -gemacht wird und bei denen der staatliche Aufwand wohl nur mit den Castor-Transporten und manchen Staatsbesuchen zu vergleichen ist, haben zu den »Erfolgserfahrungen« der neofaschistischen Bewegung beigetragen.

Ist inzwischen jene Phase überwunden, in der es wesentlich um die Durchsetzung des »Rechts auf die Straße« ging, so differenziert sich der Einsatz der Aktionsform »Demonstration« in letzter Zeit weiter aus. Für die NPD sind die Aufmärsche (»Kampf um die Straße«) neben dem »Kampf um die Köpfe« und dem »Kampf um die Parlamente« (3-Säulen-Konzept) nur ein Strang der Mobilisierung und Bindung von Anhängerschaft; mit dem Wahlerfolg in zahlreichen Kommunen und bei der Landtagswahl in Sachsen ist eine Akzentverlagerung auf diesen Bereich wahrscheinlich. Im Bereich der außerhalb der NPD vernetzten neonazistischen Kameradschaften und Einzelpersonen hat inzwischen die Idee an Gewicht gewonnen, die Aufmärsche als solche stärker in begleitende Propagandaaktionen einzubinden bzw. als Teil einer längerdauernden Kampagne an mehreren Orten zu konzipieren. Hierfür stehen die gemeinsam von NPD und Aktionsbüro Norddeutschland vor allem in Niedersachsen durchgeführte »Ausländer raus!«-Kampagne und die zahlreichen Aufmärsche insbesondere in Thüringen, die Hartz IV als Aufhänger zur Verbreitung rassistischer und nationalistischer Sozialdemagogie nutzten. Der Hamburger Neonazi Christian Worch, dessen Rivalität mit Thomas Wulff kurzzeitig in Form einer scharf geführten Debatte um den Stellenwert und das Wie von Aufmärschen ausgetragen wurde, bemüht sich weiterhin, auch neonazistischen Konzertveranstaltungen eine solide rechtliche Absicherung zu verschaffen. Ihn verbindet derzeit vor allem die Abgrenzung zur gegenwärtigen NPD-Spitze mit der BDVG, deren Aktionsschwerpunkt seit einiger Zeit in Schwäbisch-Hall liegt. Dort versucht die BDVG-Spitze um Lars Käppler im Rahmen einer »Strategie des Angriffs« mit der »bisherigen Beziehungslosigkeit der Teilnehmer untereinander und der Formlosigkeit des Zuges«[1] zu brechen und führte erstmals eine Art Sternmarsch durch, bei dem sich zwei neonazistische Demonstrationszüge vereinigten.

Ohne Zweifel haben NPD und »Kameradschaften« in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte beim Einsatz des Instruments »Demonstration« gemacht und zahlreiche Erfahrungen damit gesammelt. Dennoch darf nicht übersehen werden, dass die idealtypisch formulierten Zielsetzungen jeweils immer nur zum Teil, manches Mal auch kaum erreicht werden. So scheiterte die oben erwähnte Kampagne der NPD Schleswig-Holstein bereits nach der zweiten von insgesamt sechs geplanten Aufmärschen; zahlreich sind auch die Klagen über undiszipliniertes Verhalten der »Kameraden«. Gerne würden viele Neonazis auch wieder in geordneter Marschformation durch die Städte ziehen, was ihnen in der Regel jedoch durch Auflagen unmöglich gemacht wird. Und von der Vorstellung, zahlreiche »Volksgenossen« würden sich spontan ihren Märschen anschließen, ist bisher auch kaum etwas zu sehen – nicht zuletzt dank antifaschistischer Mobilisierungen, ohne die eine polizeiliche Isolierung wohl noch seltener wäre. ■

[1] BDVG (Hrsg.): Vom Nationalen Widerstand zum nationalen Angriff, S. 30/31.



Grenzen einer Bewegung

Anmerkungen zur Kampagne »Endlich weg damit! NPD-Zentrale abreißen! Abschiebeknäste abschaffen!«

Dieser Artikel ist ein Gastbeitrag der Antifaschistischen Linken Berlin (ALB)

» Am 6. Juni 2004 demonstrierten mehr als 2000 AntifaschistInnen und AntirassistInnen gegen die NPD-Zentrale in Berlin-Köpenick und den Abschiebeknast in Berlin-Grünau. Diese Demonstration stellte den Höhepunkt der Kampagne »Endlich weg damit! NPD-Zentrale abreißen! Abschiebeknäste abschaffen!« dar. Mit diesem Beitrag wollen wir, als Antifaschistische Linke Berlin [ALB], Potentiale und Defizite der Kampagne aus unserer Sicht diskutieren und unsere Ergebnisse für zukünftige linksradikale Kampagnen zur Verfügung stellen.

Ursprünge und Ziele der Kampagne

Nach dem 2003 gescheiterten Verbotsverfahren gegen die NPD wurde es ruhiger um die Partei. Die im Frühjahr 2004 gestartete Kampagne diente dazu, die Rolle der NPD als strukturelle Plattform und Infrastruktur für Neonazi-Gruppen wieder stärker zu thematisieren. Der Bau eines Schulungszentrums auf dem Gelände der NPD-Geschäftsstelle war dafür ein geeigneter Anlass. Es reichte den beteiligten Gruppen jedoch nicht aus, mit allen gemeinsam eine Kampagne zu starten, die »irgendetwas« gegen die NPD haben. Die gleichberechtigte Kombination mit dem Abschiebeknast als Angriffspunkt für staatlichen Rassismus ermöglichte es, Antirassismus als festen Teil von Antifaschismus zu begreifen. Entwicklungen wie mehrere Hungerstreiks sowie Massenabschiebungen wurden an dieser Stelle aufgegriffen. Zugleich sollte diese Kombination die geringe Zusammenarbeit vieler Antifa- und Antira-Gruppen aufbrechen und in einem konkreten Kampagnenzusammenhang Politikfelder verknüpfen. Ziel ist es, keine gesellschaftliche »Nischenpolitik« zu betreiben, sondern Gruppen und Positionen zu verbinden, die einen emanzipativen, radikal gesellschaftsverändernden Anspruch haben.

Eine Schwäche der Kampagne bestand darin, wenig Bezug zu konkreteren Widerstandsformen wie Gefangenenbefreiungen oder Schutzheiraten hergestellt zu haben. Somit wurde eine kleinere Vielfalt an Widerstandsoptionen aufgezeigt.

Gesellschaftliche Rahmenbedingungen

Für die Einordnung der Entwicklung der Kampagne ist es hilfreich, die konkrete gesellschaftliche Situation zu betrachten. Neoliberale Angriffe auf soziale Sicherungssysteme und gesellschaftliche Ressourcenverteilung führen dazu, dass sich viele Linke auf Sozialen Widerstand als Schwerpunkt der politischen Auseinandersetzung konzentrieren. Kontinuierliche repressive Vorstöße in der Asylpolitik etablieren zudem eine rassistische Abschiebepraxis als gesellschaftlichen Normalzustand. Antirassismus spielt in der öffentlichen Debatte praktisch kaum mehr eine Rolle. Innerhalb dieser Konstellation ist der Kampagne nicht gelungen, Antirassismus als Feld der gesellschaftlichen Auseinandersetzung neu zu etablieren, die rassistische Normalität in größerem Rahmen aufzubrechen oder Soziale Bewegung und Antirassismus zu verknüpfen.

Charakterisierung und Abgrenzung der Kampagne

Die Kampagne sollte rassistische Abschiebepraxis sowie die NPD als politisches Thema wieder besetzen. Trotz des offensiven Mottos war die realistische Einschätzung, dass sich die beiden Gebäude nicht einfach abreißen oder abschaffen lassen. Ein Grund dafür ist, dass für beide Objekte relevante Entscheidungsträger fehlen, die sich durch die Kampagne unter Druck setzen lassen. Die Schwierigkeit einer Thematisierungs-Kampagne besteht auch darin, dass die beteiligten Gruppen »Erfolg« anders messen müssen. Da die gewählten Objekte immer noch existieren, kann Erfolg u.a. durch die Zahl der mobilisierten Menschen und die stattgefundenen Aktionen bestimmt werden.

Für linksradikale Politik ist es günstig, wenn sich Menschen aufgrund ihrer spontanen Empörung beteiligen. Durch die Normalität von Abschiebepolitik und neonazistischer Präsenz konnte diese Empörung im Rahmen der Kampagne nicht hergestellt werden. Deshalb musste mittels einer politischen Herleitung dafür geworben werden, sich gerade jetzt mit genau diesen Themen zu beschäftigen. Eine solche Herleitung ist prinzipiell möglich, erreicht aber in der Regel nicht breitere Kreise, die weiter über das linksradikale Spektrum hinausgehen.

Entgegen dem ursprünglichen Anliegen, ein breites gesellschaftliches Bündnis zu bilden, bestand dieses maßgeblich aus linksradikalen Anti-

ra- und Antifa-Gruppen. Die Berliner PDS beteiligte sich nicht, da sie sich durch ihre lokale Verankerung sowie mit ihrer realen Abschiebepraxis in der Kritik sah. Auch in Gewerkschaftskreisen konnten keine Fürsprecher gefunden werden. Das Fehlen des »bürgerlichen Spektrums« zeigt sich in Grenzen für Mobilisierung und Presseresonanz. Ein linksradikales Bündnis kann dennoch der eigenen Selbstvergewisserung dienen, wenn trotzdem eine gute und große Mobilisierung gelingt.

Eine Berliner Kampagne...

Die Köpenick-Kampagne war keine bundesweite Kampagne: sowohl Vorbereitung als auch Hauptelemente waren auf Berlin beschränkt. Im Rahmen der Kampagne fanden u.a. statt:

- Publikation einer Broschüre,
- inhaltliche Veranstaltung zur Situation im Abschiebeknast;
- zwei Info-Kundgebungen;
- warm-up-Demo »Gegen den rassistischen Konsens in Köpenick« mit ca. 800 Personen;

Für die Zukunft sind noch Aktivitäten für den Tag X, den Tag der Eröffnung des NPD-Schulungszentrums, geplant.

Ursprünglicher Ansatz war, die beteiligten Bündnisgruppen zu weiteren eigenständigen Aktionen im Rahmen der Kampagne zu motivieren. Dies wurde jedoch kaum aufgegriffen, so dass die Informations- und Mobilisierungsebene sehr ausgiebig gestaltet war, es jedoch an konkreten Aktionen mit politischer Reibungsfläche aus unserer Sicht mangelte. Das kann verschiedene Gründe haben. Entweder hatten gerade kleinere Gruppen keine Ressourcen, um sich stärker in die Kampagne einzubringen oder die Aktionen wurden als ausreichend eingeschätzt. Jedenfalls sollte frühzeitig überlegt werden, wie Beteiligung für unterschiedliche Gruppen organisiert werden kann.

...mit bundesweiter Mobilisierung.

Für die Demonstration wurde bundesweit mobilisiert. Zum einen haben einige Nicht-Berliner Gruppen frühzeitig Interesse angemeldet und zum anderen erhofften wir uns Impulse für andere Gruppen, sich wieder stärker mit Antifa-Arbeit zu beschäftigen und dabei antirassistische Aspekte gezielt einzubinden. In der Hinsicht kann die bundesweite Mobilisierung auch als Versuch gewertet werden, dem zunehmenden Zerfall der bundesweiten Antifa-Szene etwas entgegenzusetzen, indem existente Strukturen eingebunden und genutzt werden.

Die Mobilisierung erfolgte dabei nicht nur über die bundesweite Verschickung von Materialien, sondern auch durch eine bundesweite Veranstaltungs-Rundreise, die Erstellung von Radio-Jingles, Pressearbeit etc. Kritisch muss angemerkt werden, dass die Erstellung von zielgruppenspezifischen Mobilisierungsmaterialien, wie z.B. einem SchülerInnen-Aufruf, versäumt wurde.

Das Resultat dieser Mobilisierung ist mit mehr als 2000 Personen ein Erfolg. Jedoch ist unsere Einschätzung, dass derselbe Aufwand vor mehreren Jahren noch ein besseres Ergebnis gebracht hätte. Das führen wir neben den bereits benannten Rahmenbedingungen auch auf Defizite der bundesweiten Organisierung zurück. So gibt es Städte, in denen durch die Entwicklungen innerhalb der radikalen Linken der letzten Jahre antifaschistische Grundstrukturen fehlen oder für uns nicht nutzbar sind, um Positionen zu transportieren. Weiterhin fehlen vielerorts verlässliche Netzwerke, die sowohl einen Multiplikatoreffekt für die nähere Region haben, als auch Infrastrukturen für das anpolitisierte aber unorganisierte Umfeld zur Verfügung stellen. Diese Funktionen wurden früher durch Infoläden oder größere Gruppen erfüllt. Momentan kann ein Appell deshalb darin bestehen, regionale und bundesweite Netzwerke auszubauen, die nach außen transparent und ansprechbar für andere Gruppen sind.

Mit dem Ziel eines großen, lautstarken Höhepunktes hat die Kampagne implizit auf eine Antifa-Bewegung gesetzt, die es in der Größe und Aktivität nicht mehr gibt. Durch innere Differenzen sowie Auflösungen und Spaltungen von Gruppen hat sich die bundesweite Antifa-Szene verändert. Für die Zukunft wird dies vor allem bedeuten, Antifa-Kampagnen so zu gestalten, dass auch ohne Massendemonstrationen politische Impulse auch über das eigene Spektrum hinaus gegeben werden können.

Fazit und Konsequenzen

Trotz des Umstandes, dass NPD-Zentrale und Abschiebeknast immer noch stehen, konnten sie im Kontext der Berliner Linken thematisiert werden, so dass sich auch jüngere Antifa-Gruppen stärker mit Asyl und Antirassismus befasst haben. Es darf nicht vernachlässigt werden, dass sich gerade Jugendliche über Antifa- und Antira-Themen politisieren. Die Zusammenarbeit von Antifa- und Antira-Gruppen hat unerwartet gut funktioniert. Die Unterschiedlichkeit der Politik- und Praxisfelder kann damit jedoch nicht überwunden werden. Wir werden weiterhin dafür werben, beide Themenbereiche auch in Zukunft stärker zu verknüpfen, um Kontinuität und Synergieeffekte zu erzeugen sowie einen breiteren gesellschaftlichen Rahmen im Blick zu behalten.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass eine Antifa-Kampagne gute Chancen hat, wenn sie empörende Momente ausnutzt und in lokal-integrierten Strukturen konkrete Angriffspunkte ausnutzt. ■

Deutsche Geschichtsschreibung

Das Bonner »Haus der Geschichte«

»Tor! Tor! Tor für Deutschland!« Aufdringlich schrill hallt die Rundfunkaufnahme vom Sommer 1954 durch die Räume des Bonner Hauses der Geschichte. Das Bundesmuseum soll die Vergangenheit »als Erlebnis präsentieren – besucherfreundlich und unterhaltsam«, heißt es in einer Selbstdarstellung: »Originalobjekte – Dokumente, Fotos und Gegenstände –faszinieren und machen Geschichte lebendig.« Multimedial, bunt und zuweilen etwas laut vollzieht sich der Spaziergang durch die letzten 60 Jahre deutscher Geschichte – genauer: durch die Selbstdarstellung der Bundesrepublik Deutschland anhand einer historischen Rückschau.



Die Planungen für das Haus der Geschichte gehen zurück bis in die erste Hälfte der 1980er Jahre. Damals war die Bonner Republik zu einer der stärksten Wirtschaftsnationen weltweit aufgestiegen, hatte sich eine Machtposition in der internationalen Politik zurückerobert. »Die Bundesrepublik hat weltpolitische und weltwirtschaftliche Verantwortung«, schrieb der damalige Kanzlerberater Michael Stürmer im April 1986 in der FAZ. Es sei Zeit, deutete er an, die eigene Geltung durch nationale Selbstvergewisserung zu untermauern: »In geschichtslosem Land (gewinnt) die Zukunft (...), wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet.«

Dieser Aufgabe hatte sich seit seinem Amtsantritt Bundeskanzler Helmut Kohl gewidmet. Die Bundesrepublik benötige »eine Sammlung zur Deutschen Geschichte seit 1945«, betonte er in seiner ersten Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982. Bald darauf berief der Bundesinnenminister eine Sachverständigenkommission ein, in der – entsprechend den damaligen Mehrheitsverhältnissen – vorwiegend konservative Historiker die Fäden zogen.

Das Haus der Geschichte – ein Hort des deutschen Konservatismus?

Betritt man die 1994 für die Öffentlichkeit freigegebene Dauerausstellung, dann scheint die These auf den ersten Blick plausibel. Der erste Abschnitt stellt den Zusammenbruch Nazideutschlands und die frühen Jahre der staatlichen Reorganisation dar. Gleich hier finden sich Schwerpunktsetzungen, die gerne den Konservativen zugeordnet werden.

Das beginnt beim Widerstand gegen Hitler: Die Opposition aus Militär, Adel und Kirchen steht an erster Stelle. Sozialdemokratischer Widerstand wird kurz angerissen, kommunistische Untergrundpolitik nur am Rande erwähnt. Die politische Ausrichtung zeigt sich auch bei den Wehrmachtssoldaten: Nicht als Vernichtungskrieger werden sie dargestellt, sondern als darbende Kriegsgefangene. Sympathie erheischend zeigt die Ausstellung einen ärmlichen Wanderstock: 800 Kilometer hat sein ach so tapferer Besitzer mit ihm zu Fuß zurückgelegt, aus dem sowjetischen Kriegsgefangenenlager weit im Osten zurück in die deutsche Heimatstadt.

Ja, »der Osten«: Er differenziert sich im Haus der Geschichte nicht in verschiedene Nationalstaaten, wird fast zum Wesensbegriff und ist eindeutig unangenehm. Das »Schicksal« der gefangenen Wehrmachtssoldaten, so heißt es im Begleittext, »hängt auch davon ab, wo sie in Gefangenschaft geraten. Hunderttausende von ihnen sterben in östlichen Kriegsgefangenenlagern.« Auch »Flucht und Vertreibung«, ein weiterer Schwerpunkt der Ausstellung, kommen von dort: »Millionen Deutsche aus dem Osten gehören zu den Leidtragenden des von Deutschland verursachten Krieges und der Machtpolitik Stalins (!). Bei Flucht, Vertreibung und Verschleppung (!) verloren Hunderttau-

sende ihr Leben.«

Opfer waren die Umgesiedelten, so stellt es das Haus der Geschichte dar, im »Osten« (zuweilen mit der Führungsmacht Sowjetunion identifiziert) in doppelter Weise. »Nicht Vertriebene, sondern Umsiedler werden sie auf sowjetischen Druck in der SBZ genannt«, erfährt man: »Der Name beschönigt die Wirklichkeit.« Am Rande der Falschaussage bewegt sich der Ausstellungstext hier. »Am Ende des Zweiten Weltkrieges war die Verwendung des Begriffes 'Vertreibung' in seiner heute gängigen Bedeutung noch gänzlich unbekannt«, schreibt Samuel Salzborn in seinem Grundlagenwerk über die »Vertriebenen«-Verbände (»Grenzenlose Heimat«). Er wird bestätigt durch ein Plakat aus der britischen Besatzungszone, das man im Haus der Geschichte finden kann: »Merkblatt für Flüchtlinge« steht darauf, »Hannover, den 05. Oktober 1945«. Der Begriff »Vertriebene« setzte sich eben erst mit dem Beginn des Kalten Kriegs durch – als Kampfbegriff gegen »den Osten«.

Die antikommunistische Propaganda entlarvt sich noch öfter selbst. »Die hungernde Bevölkerung wird von den Sowjets nicht immer ausreichend versorgt«, heißt es vorwurfsvoll über die Ernährungslage nach der deutschen Kapitulation. Wer die Ausstellung kritisch betrachtet, findet ein paar Meter weiter Bestätigung. »Der Krieg hat eine Nahrungsmittelknappheit in der ganzen Welt verursacht«, erklären die britischen Besatzungsbehörden ganz sachlich auf einem Plakat: »Eine unmittelbare Besserung der Lage ist nicht zu erwarten, da eine Erhöhung der deutschen Lebensmittelzuteilung nur mit einer Vergrößerung der Hungersgefahr in den alliierten und in den früher von Deutschland besetzten Ländern erkauft werden könnte.«

Doch die Propaganda gegen »den Osten« hat natürlich ihren Sinn: Die Westbindung der Bundesrepublik gehörte bis vor kurzem zu den unumstößlichen Dogmen der deutschen Außenpolitik. Entsprechend identifiziert das Haus der Geschichte den Marshall-Plan mit beginnendem Wohlstand, den NATO-Beitritt der BRD mit politischer Freiheit. »Zwangsstaat«, »SED-Diktatur« nennt die Ausstellung die östlich dominierte DDR, »Totalitarismus« schreibt sie dem Staat zu, der bei allen Mängeln wenigstens versuchte, aus dem kapitalistischen Wahnsinn auszubrechen. Die europäische Einigung, so erfährt man im Haus der Geschichte, ist das Projekt der Zukunft. Die Europapläne der NS-Bürokratien, die viele Momente des europaweiten Einigungsprozesses vorwegnahmen, bleiben selbstverständlich unerwähnt.

Das Haus der Geschichte – ein Hort des Konservatismus also? Keinesfalls. Im Juli 2001 hat Bundeskanzler Gerhard Schröder die überarbeitete Dauerausstellung neu eröffnet, seitdem präsentiert der Museumsbau in der Bonner Willy-Brandt-Allee auch das Milieu, dem das gegenwärtige Regierungsteam mehrheitlich entstammt. »Aufbruch und Protest« heißt der Abschnitt, der 1968 ff. mit vielen aufmerksamen Details thematisiert: Die 40 blauen Bände finden sich dort, Mao-Bibeln auf arabisch, neben der rasch verbürgerlichten »Emma« ist auch eine Ausgabe der autonom-feministischen »Courage« ausgestellt. Ein Lichtblick gegenüber »Flucht und Vertreibung«? Nicht wirklich.

Paradigmatisch erklärt der Begleittext im Haus der Geschichte, wie der deutsche Staat Protestpotential für sich nutzbar macht und entschiedenem Widerstand die Spitze nimmt. »Die parlamentarisch-rechtsstaatliche Demokratie«, heißt es leicht doktrinär, »greift Impulse auf, die von Bürgerinitiativen und von Protestgruppen ausgehen.« Die Spaltung der Bewegung, vielleicht am besten verkörpert von den Grünen, gelingt: »Trotz massiver Proteste vieler Bürger und Zusammenstößen mit der Polizei bleibt die Übereinstimmung mit dem politischen System der Bundesrepublik im Grundsatz ungebrochen.«

Parteiübergreifend präsentiert sich das Haus der Geschichte, und das hat durchaus seinen Sinn. Schließlich soll das zu 100 Prozent aus Bundesmitteln finanzierte Staatsmuseum das »Geschichtsbewusstsein der Bürger« fördern, und das lässt sich nicht bei jedem Regierungswechsel austauschen. Im Mittelpunkt muss daher stehen, was für jede deutsche Regierung nicht umzustoßen ist: Deutsche Interessen. Die vertreten schließlich auch ein sozialdemokratischer Kanzler und ein grüner Außenminister.

Und deshalb kann die Bonner »Tourismus & Congress GmbH« jetzt schon ankündigen: Vom 8. Dezember 2005 bis zum 17. April 2006 wird im Haus der Geschichte eine Sonderausstellung über »Flucht und Vertreibung« zu besichtigen sein. Das ist weder ein konservatives noch ein sozialdemokratisches Thema, sondern ein deutsches, eines, das der Stützung deutscher Ostexpansions-Interessen dient. Vielleicht wird die Sonderausstellung das angebliche deutsche Opferdasein nicht so schroff in den Vordergrund stellen wie die Dauerausstellung, vielleicht wird sie unter einer sozialdemokratischen Regierung den Westalliierten eine größere Schuld an der Umsiedlung zuschieben als das Vorgängerprojekt. Dass die Umsiedlung in Wirklichkeit »Vertreibung« und »Unrecht« gewesen sein soll, ergibt sich allerdings aus deutschen Staatsinteressen. Und die kennen – wie der Sieg bei der Fußball-WM 1954 – keine Parteien. ■



»Ästhetischer Revisionismus«

Guido Knopps Fernsehdokumentationen über den Nationalsozialismus

Seit Jahren erhitzt das Phänomen Knopp die Gemüter. Während zahlreiche Fachhistoriker und (linke) Feuilletonisten dem Fernsehhistoriker revisionistische, bisweilen sogar faschistische Tendenzen attestieren, erzielen seine Produktionen regelmäßig hervorragende Einschaltquoten, die bisweilen bei über 20 Prozent liegen.

» Diese Beobachtungen müssen sich nicht unbedingt widersprechen – im Gegenteil. Sie bedürfen aber dennoch einer eingehenden Betrachtung. Seit ungefähr 15 Jahren verfügt Knopp im ZDF faktisch über das Deutungsmonopol für die Zeit des Nationalsozialismus. Zugleich haben die unter dem Label »Knopp« produzierten Geschichtsdokumentationen wie etwa »Hitler – eine Bilanz«, »Hitlers Helfer« oder »Hitlers Krieger« in ästhetischer Hinsicht gewissermaßen ein neues Genre im Bereich des deutschsprachigen Fernsehens geschaffen. Diese spezifische Form des Docutainment, vom Berliner Filmemacher Boris Schafgans kritisch als »Knoppismus« bezeichnet, hebt sich von der Ästhetik der klassischen Fernsehdokumentation ab und zielt, so die These des amerikanischen Historikers Wulf Kansteiner, auf eine »Radikalisierung des deutschen Gedächtnisses«.

Knopp – Eine Bilanz

Guido Knopp begann seine Karriere beim ZDF im Jahr 1978. Zuvor war er als Auslandsredakteur bei der FAZ und der Welt am Sonntag tätig gewesen. Seit 1981 fungiert er beim Mainzer Sender faktisch als Leiter der Unterabteilung Zeitgeschichte (später Redaktion Zeitgeschichte), die während der 1980er Jahre sukzessive zu Knopps eigenem »Königreich« (Lutz Kinkel) heranwuchs. In der Redaktion sind ständig bis zu 20 feste bzw. festfreie Mitarbeiter beschäftigt. Diese treten jedoch nach außen hin kaum mit eigenständigen Arbeiten in Erscheinung, sondern produzieren fast ausschließlich unter dem Label »Guido Knopp«. Im Laufe der letzten 20 Jahre entstanden auf diese Weise dutzende (zeit)geschichtlicher Dokumentationen, die sich unterschiedlichen Thematiken widmeten. Erfolgreiche Reihen waren zum Beispiel: »Die deutsche Einheit« (1990), »Top Spione« (1994) oder die »Macht der Päpste« (1997).

Der Schwerpunkt der Knoppschen Produktionen lag jedoch von Beginn an auf der Zeit des Nationalsozialismus. Nach einigen Dokumentationen in den 1980er Jahren, wie etwa über den »Verführer« Josef Goebbels (1987), gelang ihm mit zwei aufeinander folgenden Staffeln, die sich mit dem Krieg gegen die Sowjetunion befassten (»Der verdammte Krieg« 1991/1993) der Durchbruch. Seit Mitte der 1990er Jahre folgten dann Knopps berüchtigte »Hitler«-Reihen, »Hitler: Eine Bilanz« (1995), »Hitlers Helfer« (1997), »Hitlers Krieger« (1998), »Hitlers Kinder« (2000) und »Hitlers Frauen« (2001). Zudem produzierte das »Label Knopp« eine Serie über





den »Holokaust« (2000) und die SS (»Eine Warnung der Geschichte«; 2002). In den letzten beiden Jahren rückte Knopp dann verstärkt die deutschen Opfer des Zweiten Weltkrieges ins Zentrum seines Schaffens. Im Jahr 2001 sendete das ZDF Serien über die Vertreibungen der Deutschen (»Die große Flucht«), den Bombenkrieg über Deutschland (2003), sowie das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen (2003). Alle der hier genannten Reihen wurden im Abendprogramm des ZDF zur besten Sendezeit ausgestrahlt, erzielten im Durchschnitt bemerkenswerte Einschaltquoten und avancierten teilweise sogar zum Exportschlager. Produktionen aus dem Hause Knopp wurden bislang in 42 Länder verkauft. Parallel zu den Serien erschienen meist medial aufwändig gehypte Begleitbücher, Videos und CD-Roms, die es teilweise ebenfalls in die vorderen Ränge der Bestsellerlisten brachten.

Überzeugungstäter und »Verstrickte« – Guido Knopps Geschichtsbild

Die in diesen Sendungen und Publikationen transportierten Interpretationen des Nationalsozialismus sind – das verdeutlichen bereits die Titel der Serien – fast durchgehend hitlerfixiert und intentionalistisch. Geschichte ist für Knopp in erster Linie die Geschichte großer Männer. Im Zentrum des Knoppschen Blicks auf das »Dritte Reich« stehen Hitler, seine engste Führungsclique sowie einige weitere hochrangige Funktionseliten. Der Nationalsozialismus und seine beispiellosen Verbrechen erscheinen somit im Wesentlichen als das Werk einer eingrenzbaren Gruppe ideologisch fanatischer Überzeugungstäter. So resümierte Knopp bereits am Ende der 1980er Jahre: »Das sogenannte Dritte Reich war ohne ihn [Hitler] nicht denkbar. Ohne ihn zerfiel der ganze Spuk, er war der Schreibtischtäter Nummer eins.«

Das »Hinnehmen und Mitmachen der Vielen« (Alf Lüdtke) bleibt dagegen in den ZDF-Produktionen weitgehend ausgeklammert. Zeitgenössische, mittlerweile publizierte Berichte, wie etwa die Tagebücher von Viktor Klemperer, die Essays von Sebastian Haffner oder die Aufzeichnungen von Saul Padover beschreiben ebenso wie neuere historische Forschungen das »Dritte Reich« als eine »Konsensdiktatur«. Die nationalsozialistische Herrschaft beruhte demnach nicht nur auf dem Terror der Gestapo und der SS. Vielmehr konsolidierten sich Volksgemeinschaft und Ausgrenzungsprozesse in kollektiven sozialen Praktiken. Ob als DenunziantInnen oder als Arisierungsprofiteure: Die Deutschen partizipierten an der nationalsozialistischen Macht und gestalteten sie aktiv im Alltag mit.

Diese Beobachtungen und Erkenntnisse finden in den Geschichtsdarstellungen Knopps nur selten Erwähnung. In den mittlerweile kaum noch zu überblickenden Knopp-Sendungen über den Nationalsozialismus bleibt die Rolle der deutschen Bevölkerung ein blinder Fleck. Bezeichnenderweise wurde eine Reihe über »Hitlers Volk« von Knopp zwar angekündigt, jedoch nie produziert.

Statt die (durchaus vielschichtigen) Motive für das »Mitmachen« der »ganz normalen« Deutschen jenseits der »Kommandohöhen« zu benennen und nach deren Verantwortung für ihr Handeln zu fragen, ist bei Knopp oftmals nur diffus von »Verstrickung«, »Verführung«, »Blendung« bzw. »Instrumentalisierung« der jeweiligen Akteure oder Gruppen die Rede. Beispielhaft zeigt sich diese Sichtweise in der Reihe »Hitlers Krieger«, die sich schwerpunktmäßig mit den Biografien von sechs Wehrmachtsgenerälen beschäftigt. Zwar wurde in den jeweiligen Beiträgen der im Juni 1941 begonnene Krieg gegen die Sowjetunion eindeutig als »Vernichtungskrieg« bezeichnet, das konkrete Verhalten und die Handlungsmuster der »einfachen« Wehrmachtssoldaten stehen jedoch nicht zur Diskussion. Aber auch die Verantwortung, die die militärischen Eliten für unzählige Kriegsverbrechen und Massenmordaktionen trugen, verschwindet bei Knopp hinter floskelhaften verschleiernden Formulierungen. Als personifizierter Dreh- und Angelpunkt aller Verbrechen wird wieder einmal Adolf



2MCs

Guido Knopp

Holokaust

Gelesen vom Autor



Hitler präsentiert. Denn die Reihe soll vor allem darüber »Aufschluss geben, wie ein wahnbesessener Diktator seine Militärs für ein zerstörerisches [...] Werk instrumentalisierte.«

In ihrer Gesamtheit erscheinen die Deutschen somit als getäuschte Opfer eines mit allen demagogischen und propagandistischen Mitteln arbeitenden Regimes. Diese Sichtweise wurde schon in frühen Knopp-Produktionen deutlich: In der 1987 ausgestrahlten Dokumentation »Der Verführer« präsentierte Knopp eine ganze Reihe ehemaliger Mitarbeiter von Josef Goebbels als Zeitzeugen und gab ihnen die Gelegenheit, munter plaudernd über das manipulative Geschick des früheren Propagandaministers zu berichten. Nicht nur in diesem Fall wurden dem Fernsehhistoriker mangelnde Distanz und fragwürdige Interpretationen vorgeworfen. Die Kritik, die der Freiburger Historiker Ulrich Herbert im Hinblick auf die Reihe »Hitlers Helfer« äußerte, hier würde »der Forschungsstand der 60er Jahre in neue Stiefel gegossen«, trifft im Grunde für nahezu alle Knopp-Produktionen zu. Diese fast schon notorisch erhobenen Vorwürfe scheinen Knopp jedoch kaum zu tangieren: Er tut sie, im Bewusstsein der hohen Einschaltquoten, die seine Sendungen erzielen, als Äußerungen einiger »weniger Feuilletons« ab. Stattdessen hält er bis heute unbeirrt an seinen die deutsche Bevölkerung tendenziell exkulpierenden Deutungen des Nationalsozialismus fest.

Literatur:
Frank Bösch: Das »Dritte Reich« ferngesehen. Geschichtsvermittlung in der historischen Dokumentation, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 50 (1999), S. 204-220.

Wulf Kantsteiner: Ein Völkermord ohne Täter? Die Darstellung der »Endlösung« in den Sendungen des Zweiten Deutschen Fernsehens, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XXXI (2003), S. 253-286.

Wulf Kantsteiner: Die Radikalisierung des deutschen Gedächtnisses im Zeitalter seiner kommerziellen Reproduktion: Hitler und das »Dritte Reich« in den Fernsehdokumentationen von Guido Knopp, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 51 (2003), S. 626-648.

Judith Keilbach: Mit dokumentarischen Bildern effektvoll Geschichte erzählen. Die historischen Aufnahmen in Guido Knopps Geschichtsdokumentationen, in: medien + erziehung 42 (1998), S. 355-361.

Patriotismus ohne Trauma

Diese Sichtweise hat ihre Gründe. Eine wesentliche Aufgabe seiner Produktionen sieht Knopp nämlich darin, den Deutschen zu einem gewissermaßen »aufgeklärten« Patriotismus zu verhelfen. Für Knopp, so urteilt Wulf Kansteiner, seien die Deutschen immer noch »Geiseln der eigenen Geschichte«, die es ihnen verbiete, unbefangen über »Euthanasie«, Eliteförderung oder Gentechnik zu diskutieren. Bereits 1988 konstatierte der ZDF-Mann »in der Bundesrepublik ein neues Bedürfnis nach Identität«, das jedoch historischer »Orientierungspunkte« bedürfe: »Denn in der Bundesrepublik gibt es nach wie vor ein Defizit an 'Wir-Bewusstsein'. Doch unsere Chance liegt hier nur in einer eigenständigen, historisch und moralisch geläuterten Form des 'Common Sense'. Nach Canossa müssen wir nicht gehen. Doch Patriotismus ohne Trauma ist nur denkbar, wenn er Auschwitz einbezieht.«

Dieser vor 16 Jahren formulierte »Common Sense« gehört heute im Zeichen neuer deutscher weltpolitischer Ambitionen zu den Grundpfeilern rot-grüner Vergangenheitspolitik. Anders als noch in der Ära Kohl ist das Bekenntnis zur deutschen Verantwortung für Holocaust und Kriegsverbrechen zum festen Bestandteil der offiziellen Erinnerungskultur geworden. Der Umgang mit der jahrzehntelang »kommunikativ beschwiegenen« (Hermann Lübbe), relativierten oder geleugneten Vergangenheit hat sich gewandelt und erfährt sogar eine – im deutschen Sinne – positive Umdeutung. Die Metapher »Auschwitz« mutiert nun vom Inbegriff deutscher Schuld zum Kernbestandteil eines neuen »geläuterten« »modernen« Nationalbewusstseins. Der Anteil, den Knopps Produktionen an diesen Wandlungsprozessen haben, ist freilich schwer zu bestimmen, sollte aber nicht überschätzt werden. Fest steht jedoch, dass die Deutungen der NS-Vergangenheit, die Knopp in seinen Serien anbietet, Möglichkeiten zur positiven Identifizierung mit der deutschen Geschichte bewusst offenlassen.

Die Macht der Bilder

Wesentlich problematischer als die über die Texte seiner Beiträge transportierten Interpretationen und Identifizierungsangebote ist jedoch die Art und Weise, wie Knopp sein Filmmaterial montiert und ästhetisch bearbeitet. Die von ihm produzierten Dokumentationen sind eindeutig vom Primat der Bilder bestimmt. Noch bis in die 1980er Jahre waren die Fernsehdokumentationen über den Nationalsozialismus vor allem diskursiv geprägt. Filmsequenzen und Fotos dienten in erster Linie zur Illustration der von den jeweiligen Filmautoren formulierten Texte. Der »Knoppismus« hat dieses Verhältnis zum ersten Mal umgedreht. Den von Knopp bzw. dessen Redakteuren verfassten und meist von Christian Brückner (der deutschen Synchronstimme von Robert de Niro) gesprochenen sowohl inhaltlich als auch wissenschaftlich dürftigen Kommentaren kommt im Gesamtkonzept der Produktionen nur untergeordnete Bedeutung zu.

Entscheidend ist vielmehr die spektakuläre Inszenierung der Bilder. Knopp bedient sich hier der gesamten verfügbaren Palette ästhetischer und dramaturgischer Möglichkeiten der modernen Film- und Fernsehtechnik. Kennzeichnend für alle gesendeten Reihen, beginnend mit »Der Verdammte Krieg«, sind teilweise rasante Schnitte, dramatisierende Musik (u.a. von Richard Wagner), der schnelle Wechsel zwischen Fotos, kurzen Zeit-



zeugenstatements, Schwarz-Weiß- und Farbfilmaufnahmen. Zusätzlich kommen akustische und visuelle Verfremdungseffekte zur Anwendung: Filmsequenzen werden je nach Bedarf in Zeitlupe gezeigt, beschleunigt oder neu vertont. Propagandareden Adolf Hitlers bekommt der Zuschauer verlangsamt in grotesken Verzerrungen präsentiert, die offenkundig den »dämonischen« Charakter des Diktators noch stärker unterstreichen sollen (so zum Beispiel in »Hitler – Eine Bilanz«). Gängige Praxis in der Redaktion Zeitgeschichte des ZDF ist es weiterhin, einerseits zeitgenössische Filmaufnahmen digital zu bearbeiten, andererseits historische Ereignisse nachzustellen und diese mit Handkameras aufzunehmen, um dadurch Authentizität zu suggerieren. Knopp manipuliert hier sein Material bis an die Grenze zur Fälschung.

Der Versuch, Fotos und Filme quellenkritisch zu interpretieren und historisch zu kontextualisieren, wird meistens gar nicht erst unternommen. Die Herkunft der Aufnahmen und deren jeweilige Entstehungshintergründe bleiben oftmals im Dunkeln. Mehrfach schon griff Knopp auf nationalsozialistische Propagandaaufnahmen zurück, die er jedoch nicht als solche kennzeichnete. »In den ZDF-Dokumentationen« resümiert die Filmwissenschaftlerin Judith Keilbach, stellt sich somit »die derart als Realität konstruierte nationalsozialistische Weltsicht auch heute als authentisches Bild der Zeit dar – womit die Sendungen im Netz der nationalsozialistischen Ideologie gefangen bleiben.« Ebensowenig kann es verwundern, dass identische Filmsequenzen, die in einer Knopp-Reihe einem bestimmten historischen Ereignis zugeordnet wurden, in einer der folgenden Staffeln wieder auftauchen, dort freilich in einem vollkommen anderen inhaltlichen und thematischen Kontext. Die Geschichte des Nationalsozialismus mutiert so zu einer Aneinanderreihung beliebig zusammen geschnittener Videoclips, in denen die Grenzen zwischen Wirklichkeit und Fiktion verschwimmen.

Ehre – Mythos – Heldentum

Diese Clips allerdings sind keinesfalls belanglos, sondern transportieren einen »ästhetischen Revisionismus« (Wulf Kantsteiner), der eine heimliche Identifizierung mit den in den jeweiligen Produktionen vorgestellten Protagonisten des Nationalsozialismus ermöglicht.

Ein besonders markantes Beispiel hierfür lieferte »Der verdammte Krieg«. Die Darstellung des Vernichtungskrieges in der Sowjetunion folgte der Dramaturgie eines Sportereignisses: Zunächst werden die »Teams« und deren Anführer (Hitler und Stalin) miteinander verglichen, danach kann es losgehen: Während die Knopp-Redaktion die Wehrmacht von links nach rechts vorrücken lässt, marschiert die Rote Armee von rechts nach links über den Bildschirm. Begleitet werden die Sequenzen von Off-Kommentaren, die im Präsensstil einer Sportreportage den Einsatz der 6. Armee rühmen, die »ihr Handwerk mit tödlicher Präzision« ausüben würde. Doch die deutsche Offensive bleibt im russischen Winter stecken und spätestens in Stalingrad beginnt sich die Niederlage des deutschen »Teams« abzuzeichnen. Der hier angewandten Inszenierungspraxis mit ihren vielschichtigen dramaturgischen und ästhetisierenden Elementen liegt nicht die Absicht zu Grunde, eine kritische Auseinandersetzung mit dem Vernichtungskrieg der Wehrmacht in der Sowjetunion zu ermöglichen. Vielmehr erhält der Zuschauer die Chance, vor dem Fernseher um »sein« Team – das deutsche – mitzufiebern.

So entsteht ein auffälliger Widerspruch zwischen der in der offiziellen politischen Kultur der Bundesrepublik mehrheitlich akzeptierten und auch von Knopp hervorgehobenen Auffassung, der Überfall auf die Sowjetunion sei verbrecherisch gewesen und den im visuellen Text der Reihe enthaltenen Angeboten, sich gewissermaßen »privat« mit der Wehrmacht zu identifizieren und den in der Wirklichkeit verlorenen Krieg noch einmal aus der Perspektive der damaligen Täter durchzuspielen. In »Der verdammte Krieg« geht es demnach nicht um »historische Analyse«, sondern, so folgert Kantsteiner, »um Ehre, Mythos, Heldentum und nicht zuletzt um unterdrückten militärischen Stolz.« Ähnliche Identifikationsangebote finden sich in zahlreichen anderen Knopp-Produktionen (besonders in »Hitlers Krieger«).

Die Machart der Dokumentationen bleibt dabei immer die gleiche: Spektakulär in Szene gesetzte Bilderfluten, die der Dramaturgie von Kriminalstorys und Sportevents folgen, konterkarieren die oftmals fragwürdigen, in der Gesamtheit ihrer Aussagen aber eindeutig NS-kritischen Off-Kommentare. Der Reiz für den Zuschauer besteht genau darin, das diskursiv gesetzte vordergründige Tabu zu brechen und – geleitet durch die Bilder – temporär in die Rolle des fanatischen Nazis, des Mitläufers oder des Wehrmachtsgenerals zu schlüp-

Lutz Kinkel: Viele Taten, wenig Täter. Die Wehrmacht als Sujet neuerer Dokumentationsserien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, in: Michael Th. Greven/Oliver von Wrochem (Hg.): Der Krieg in der Nachkriegszeit. Der Zweite Weltkrieg in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik, Opladen 2000, S. 113-130.

Guido Knopp: Geschichte im Fernsehen. Perspektiven der Praxis, in: Guido Knopp/Siegfried Quandt (Hg.): Geschichte im Fernsehen. Ein Handbuch, Darmstadt 1988, S. 1-9

fen. Diese Rollenspiele könnten theoretisch, das zeigen Erfahrungen aus der Gedenkstättenpädagogik, durchaus kritische Denkprozesse auslösen. Hierfür müssten jedoch die Identifikationsangebote diskursiv und visuell durch die Entwicklung gegenläufiger Perspektiven gebrochen werden. Aber genau das geschieht in den Knoppschen Produktionen nicht. Seine Inszenierungen von Geschichte folgen ausschließlich dem bereits skizzierten dramaturgischen und ästhetischen Repertoire, das sich nicht um den Aufbau visueller Spannungen und Brüche schert. Knopps Reihen über den Nationalsozialismus weisen demnach eindeutig NS-apologetische und geschichtsrevisionistische Tendenzen auf.

Welche tatsächlichen Auswirkungen die »Radikalisierung des deutschen Gedächtnisses« durch den »Knoppismus« haben wird, ist bislang nicht zu beantworten. Entsprechende Untersuchungen zur Frage, wie, ob und in welchem Maße Knopp das Geschichtsbewusstsein in Deutschland mit prägt oder verändert, liegen noch nicht vor.

Doch wie dem auch sei: In jedem Fall ist davor zu warnen, die Kritik ausschließlich auf Knopp zu fokussieren. Zum einen verfügen mittlerweile nahezu alle deutschen (privaten wie öffentlich-rechtlichen) Fernsehsender über ähnliche Geschichtsformate, von denen einige das inhaltliche Niveau der ZDF-Produktionen weiter unterschreiten. Ästhetischer Revisionismus ist also nicht mehr nur eine Spezialität der ZDF-Redaktion Zeitgeschichte, auch wenn diese hier stilbildend gewirkt haben mag. Zum anderen würde eine Fokussierung auf Knopp letztendlich nur dessen personalisiertes Geschichtsverständnis unter umgekehrten Vorzeichen reproduzieren. Das deutsche Fernsehpublikum ist von Knopp weder »geblendet«, noch wird es von ihm »instrumentalisiert« oder »getäuscht«. Die Deutschen bekommen von Knopp nur das Geschichtsbild, das sie haben wollen. Und das zur besten Sendezeit. ■



Guido Knopp



David Irving

Faksimile aus dem von Guido Knopp herausgegeben Buch »Hitler heute«. Es enthält Referate und Gespräche eines als »Hitler-Kongreß« bezeichneten von Knopp initierten Treffens von – wie Knopp in dem Buch ausführt – »Hitler-Forscher und -Kennern von internationalem Rang«.[1]

Doch nicht nur Knopps Filme geben Anlass zur Kritik, sondern auch seine Nähe zu rechtskonservativen bis offen rechtsextremen Kreisen war schon öfter Anlass des Protests für Antifaschistinnen und bürgerliche Medien.

So organisierte Knopp am 1. und 2. Juli 1978 anlässlich der medialen »Hitlerwelle« 1977 unter massiven Polizeischutz im klassizistischen Theater Aschaffenburgs einen Kongress mit dem Titel »Hitler Heute«. Auf dem Kongreß durfte auch David Irving seine revisionistischen Thesen referieren. Zwar trat der britische Autor in den 70er Jahren noch nicht offensiv als Holocaustleugner auf, die Seriösität seiner Arbeiten war aber auch damals schon innerhalb der NS- und Holocaustforschung höchst umstritten. Kurz vor dem Kongress war dessen Buch »The War Path« erschienen in welchem eine persönliche Verantwortung Adolf Hitlers am Holocaust angezweifelt wird und vertreten wird Hitler habe vor Oktober 1943 nichts von der Judenvernichtung gewusst. So bietet Irving auf der Konferenz öffentlich 1000 Dollar für jeden, der einen Beleg dafür habe, dass Hitler von der Judenvernichtung gewusst hat. Selbst die abstrusesten Behauptungen schienen hier diskussionswürdig. So erklärte Knopp zu Irvings Beitrag: »...es war vorhersehbar, daß das Kolloquium beim Benennen der Irving'schen Ignoranz-These mit der Dikussion darüber vollauf ausgelastet sein würde. Es war dennoch gut so, daß sie gerade hier, in diesem Kreis angesprochen wurde. (...) Ich schließe nun den ersten Teil der Tagung und bitte Sie, am Referat von Werner Maser wieder hier zu sein.« Professor Dr. Maser ist Herausgeber verschiedener Hitler Bücher, der seine Weltsicht u.a. dem »NHB-Report« (Studentenbund der NPD) und der »National Zeitung« der DVU darlegte.

Doch auch 1995, als Irving als offensiver Holocaustleugner mit Einreiseverboten in diversen Ländern belegt war, war sich Knopp nicht zu schade, in seinem Buch »Hitler, eine Bilanz«, Irvings Buch »Hitler und seine Feldherren« als eines von »50 wichtigen Bücher über Hitler« anzupreisen.

Bis heute steht Guido Knopp für seine naiv-unkritische Umgehensweise immer wieder in der Kritik. So berichtet die Berliner-Zeitung am 29. März 2004 von den Verbindungen Knopps zur Gustav-Siewerth-Akademie in Weilheim und stellte fest: »...ein Großteil des leitenden Senats, dem Knopp angehört, steht ultrarechten, geheimbündlerischen Organisationen (...) nahe.« Für Erstaunen sorgen auch Knopps Augenzeugen für dessen ZDF Produktionen, so durfte sich in einer Produktion der bekannte Nazikader Friedhelm Busse unkommentiert und nur als Zeitzeuge gekennzeichnet zur Bombardierung Dresdens äußern.

1| Guido Knopp, »Hitler heute – Gespräche über ein deutsches Trauma. Der Hitler-Kongress«. Paul Pattloch-Verlag, Aschaffenburg 1979.



»Über Auschwitz aber wächst kein Gras...«

Vor 25 Jahren hob der Bundestag die Verjährungsfrist für Mord auf. Anlass für eine kritische Würdigung eines unrühmlichen Kapitels (west)deutscher Vergangenheitsbewältigung

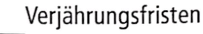
Das Abstimmungsergebnis im Bundestag an jenem 3. Juli 1979 war eindeutig: Eine klare Mehrheit der Abgeordneten unterstützte den Antrag der SPD/FDP-Koalition, die (bis dahin 30jährige) Verjährungsfrist für »Mord« aufzuheben. Die Gesetzesänderung zielte darauf, nationalsozialistische Mordtaten auch in Zukunft strafrechtlich ahnden zu können.

Und dennoch enthielt die Entscheidung ein fatales geschichtspolitisches Signal: Das letztlich verabschiedete Gesetz ermöglichte zwar weitere Ermittlungen gegen NS-Verbrecher, hatte aber einen verschleiernden Charakter. Durch die generelle Aufhebung der Verjährungsfrist für Mord setzte der Bundestag »zivile« mit nationalsozialistischen Morden gleich. Die besonderen Umstände, Hintergründe und Dimensionen der NS-Verbrechen blieben dagegen unerwähnt. Nur wenige Redner machten in der Bundestagsdebatte am 3. Juli 1979 auf diesen zentralen Aspekt aufmerksam. So betonte der FDP-Abgeordnete Werner Maihofer: »Über Mord wächst irgendwann einmal Gras, und zwar im Regelfall schon nach einer Generation. Über Auschwitz aber wächst kein Gras, noch nicht einmal in 100 Generationen.« Maihofers Appell blieb ungehört, widersprach er doch einer nicht nur unter den Abgeordneten weit verbreiteten »Schlussstrichmentalität«.

Dennoch werden die Verjährungsdebatten im Bundestag in den Jahren 1965, 1969 und 1979 gerne als »Sternstunden« des deutschen Parlamentarismus bezeichnet. Auch die Tatsache, dass sich bis heute einzelne, mittlerweile hochbetagte NS-Verbrecher wie etwa die SS-Offiziere Anton Malloth in München (2001), Friedrich Engel in Hamburg (2002) oder Herbertus Bikker in Hagen (2003) vor Gericht verantworten müssen, gilt als Nachweis einer zwar anfangs mit Schwierigkeiten behafteten, auf langfristige Sicht aber respektablen juristischen Aufarbeitung der NS-Zeit. Die gegenwärtigen von großem Medienrummel begleiteten Prozesse können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass unzählige NS-Verbrecher von der bundesdeutschen Justiz nahezu unbehelligt blieben. Sie kamen in den Genuss großzügiger Amnestien, profitierten von Verjährungsfristen und sahen sich im Zweifelsfall verständnisvollen Richtern gegenüber.

Gnadenerlasse und Amnestien

Entgegen den Vorstellungen der Alliierten hatte die Bundesrepublik nach ihrer Gründung darauf verzichtet, mit einem speziellen juristischen Instrumentarium nationalsozialistische Gewaltverbrechen zu ahnden.







Entsprechende Überlegungen wurden mit dem doppelbödigen Hinweis abgelehnt, »Sondergesetze« seien mit dem Rechtsstaatsprinzip des neuen westdeutschen Staates nicht zu vereinbaren. Als Grundlage der Strafverfolgung sollten ausschließlich die einschlägigen Bestimmungen des Strafgesetzbuches (Mord, Totschlag, Freiheitsberaubung, schwere Körperverletzung) dienen, mit denen jedoch die Spezifika zahlreicher NS-Verbrechen kaum zu fassen waren.

Dennoch wurden bis 1950 von (west)deutschen Ermittlungsbehörden mehr als 5200 Strafverfahren eingeleitet, die allerdings nur in 100 Fällen Tötungsverbrechen betrafen. Hier ging es im Wesentlichen um Morde, die auf deutschem Territorium in Euthanasie-Anstalten oder Konzentrationslagern begangen worden waren. Hatten die gerichtlichen Verurteilungen im Jahr 1948 mit 1.819 ihren Höhepunkt erreicht, gingen die Zahlen seitdem kontinuierlich zurück: Im Jahr 1955 wurden schließlich nur noch 21 NS-Täter verurteilt.

Der Bundestag verabschiedete im Juli 1954 ein Amnestiegesetz für Straftaten mit einem Strafmaß von bis zu drei Jahren, die zwischen dem 1. Oktober 1944 und dem 31. Juli 1945 »in Annahme einer Dienst- oder Amtspflicht oder auf Grundlage eines Befehls« begangen worden waren. Ebenfalls konnten diejenigen, die nach Kriegsende aus Angst vor strafrechtlicher Verfolgung eine neue Identität angenommen hatten, mit Straffreiheit rechnen, sofern sie ihre falschen Angaben korrigierten. Eine nachlassende Bereitschaft, NS-Verbrechen zu ahnden, wurde aber auch im Kontext des sich zuspitzenden Kalten Krieges bei den Westalliierten deutlich. So erließen die US-amerikanischen, französischen und britischen Hochkommissare im Verlauf der 1950er Jahre zahlreiche Gnadenentscheidungen, die die ursprünglichen Strafen der Militärgerichte erheblich abmilderten. Bemerkenswert war, dass in den Genuss dieser Strafnachlässe auch einige hochrangige Führer der berüchtigten Einsatzgruppen des SD kamen. In der bundesdeutschen Öffentlichkeit festigte sich in diesen Jahren die Überzeugung, dass die (juristische) Bewältigung der NS-Vergangenheit weitgehend abgeschlossen sei.

Der »Ulmer Einsatzgruppenprozess« und die Gründung der »Zentralen Stelle«

Die Diskussionen um die Ahndung nationalsozialistischer Verbrechen flammten am Ende der 1950er Jahre jedoch wieder auf. Große Bedeutung kam in diesem Zusammenhang dem »Ulmer Einsatzgruppenprozess« von 1957/1958 zu. Begleitet von einem außergewöhnlich großen Medieninteresse mussten sich der frühere Polizeichef von Memel sowie neun weitere Personen, allesamt ehemalige Angehörige der Einsatzgruppe A, wegen ihrer Beteiligung an Massenerschießungen im Baltikum vor dem Landgericht Ulm verantworten. Die Angeklagten wurden des Mordes und der Beihilfe zum Mord in bis zu 4000 Fällen schuldig gesprochen und zu Zuchthausstrafen zwischen 3 und 15 Jahren verurteilt.

Die in diesem Prozess verhandelten, in ihren Dimensionen kaum fassbaren Verbrechen machten auf eine in der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft vielfach verdrängte Tatsache aufmerksam: Die Feststellung nämlich, dass ein Großteil der nationalsozialistischen Massenverbrechen bislang ungeahndet geblieben war. Die Bemühungen, etwa der bürgerlich-konservativen Bundesregierung unter Bundeskanzler Adenauer, zielten allerdings weiterhin darauf, das Ausmaß der Strafverfolgung im Zusammenhang mit NS-Verbrechen möglichst zu begrenzen.

Diesen Bestrebungen gewissermaßen entgegengesetzt war jedoch die Gründung der »Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Verbrechen« im Jahr 1958. Der Auftrag der in Ludwigsburg angesiedelten Zentralen Stelle bestand darin, erste Vorermittlungen in Fällen bislang unaufgeklärter NS-Verbrechen anzustellen, die in den von den Deutschen besetzten Gebieten begangen worden waren. Explizit ausgeklammert blieben jedoch Wehrmachtsverbrechen. In der Praxis sahen sich die Staatsanwälte der Zentralen Stelle mit zahlreichen Schwierigkeiten konfrontiert. So verfügte die Einrichtung mit ca. 130 Beschäftigten nur über eine relativ kleine Zahl an MitarbeiterInnen. Die von der Zentralen Stelle angestrebte Kooperation mit Archiven und Ermittlungsbehörden osteuropäischer Staaten und der Sowjetunion wurde bis weit in die 1960er Jahre von der Bundesregierung bzw. dem Auswärtigen Amt unterbunden. In Ludwigsburg selbst stand man der Behörde noch in den 1970er Jahren feindselig gegenüber. In Teilen der Bevölkerung war die Zentrale Stelle als »Judenladen« oder



»kommunistische Dienststelle« verschrien. Trotz dieser Widrigkeiten leitete die Zentrale Stelle zahlreiche Ermittlungsverfahren wegen Mordes, Totschlags oder Beihilfe zum Mord ein.

Strafverfolgung oder »innere Befriedung«?

Doch schon kurz nachdem die Einrichtung ihre Arbeit aufgenommen hatte, wurde ein weiteres Problem offensichtlich, das die künftige Strafverfolgung von NS-Tätern unmöglich zu machen drohte. Bereits im Jahr 1955 waren die Verjährungsfristen für Delikte wie schwere Körperverletzung oder Freiheitsberaubung abgelaufen. Größere Debatten darüber hatte es damals weder in der Öffentlichkeit noch in Justizkreisen gegeben. Am 8. Mai 1960 endete die 15jährige Verjährungsfrist für Totschlag. Bundestag und Bundesregierung blieben im Hinblick auf dieses Datum jedoch passiv, wohl wissend, dass mit dem Eintreten der Verjährung für Totschlag ein großer Teil der sich in Vorbereitung befindenden Ermittlungsverfahren gegen NS-Täter nicht mehr eröffnet werden konnte.

Im März 1960 brachte die SPD-Bundestagsfraktion allerdings einen Gesetzesentwurf ein, der vorsah, die Verjährungsfristen für Mord und Totschlag erst ab September 1949 laufen zu lassen, um somit die Strafverfolgung zumindest noch für weitere fünf Jahre zu ermöglichen. Die Mehrheit des Bundestages lehnte jedoch den Antrag ab. Justizminister Schäffer (CSU) erklärte, ein pünktliches Inkrafttreten der Verjährung sei wünschenswert, da es der »inneren Befriedung« diene.

Somit zeichnete sich schon zum damaligen Zeitpunkt eine weitere Verjährungsdiskussion ab, da im Mai 1965 die (20jährige) Verjährungsfrist für Mord endete. Die Bundesregierung ging davon aus, diesen Termin aussitzen zu können. Hierbei wusste sie eine knappe Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung hinter sich. Im gleichen Jahr hatte allerdings die Zentrale Stelle im Hinblick auf die unmittelbar bevorstehende Verjährung von Mord ihre Ermittlungstätigkeit intensiviert und war dabei auf weitere, bislang unerforscht gebliebene Tatkomplexe gestoßen.

Angesichts dieser Entwicklung und unter dem Eindruck des Eichmann-Prozesses in Jerusalem (1961) sowie des Auschwitz-Prozesses in Frankfurt (1963) waren sogar einige Bundestagsabgeordnete der CDU nicht mehr bereit, der Täter-freundlichen vergangenheitspolitischen Haltung der Bundesregierung bedingungslos zu folgen. Die SPD-Fraktion brachte eine Gesetzesinitiative ein, die die Nicht-Verjährung von Mord und Völkermord vorsah. Justizminister Bucher (FDP) beharrte jedoch auf dem Standpunkt, dass die Verbrechen des Nationalsozialismus im Wesentlichen aufgeklärt seien, von einer weiteren Strafverfolgung daher abgesehen werden könne. Nach leidenschaftlicher Debatte verabschiedete die Bundestagsmehrheit im März 1965 einen dürftigen Kompromiss. Die Verjährungsfrist sollte nun erst ab dem 31. Dezember 1949 laufen. Deren nachhaltige Verlängerung oder gar vollständige Aufhebung wurde dagegen abgelehnt. So war eine weitere Verjährungsdiskussion vier Jahre später faktisch vorprogrammiert. Im April 1969 beschloss der Bundestag dann die Verlängerung der Verjährungsfrist für Mord um weitere 10 Jahre.

»Kalte Amnestie«: Das EGOWiG

Die Tatsache, dass nun auch die Abgeordneten von CDU/CSU und FDP eine Entscheidung mehrheitlich mittrugen, gegen die sie zuvor jahrelang vehement zu Felde gezogen waren, hatte seine Ursache möglicherweise auch in einem vergangenheitspolitischen Schachzug, der bereits laufende sowie künftige Ermittlungen gegen hochkarätige NS-Täter zunichte machte.

Am 1. Oktober 1968 war nämlich das so genannte Einführungsgesetz zum Ordnungswidrigkeitengesetz (EGOWiG) in Kraft getreten. In den insgesamt 167 Artikeln des auf den ersten Blick unspektakulären Gesetzes ging es vor allem um die Neubestimmung von Ordnungswidrigkeiten im Bereich des Straßenverkehrs. Tatsächlich enthielt das EGOWiG jedoch »rechtspolitischen Sprengstoff« (Ulrich Herbert). Versteckt in Artikel 1 Ziffer 6 des Gesetzes wurde nämlich der § 50 Abs. 2 StGB neu geregelt: »Beihilfe zum Mord« sollte künftig – sofern »besondere persönliche Merkmale« nicht nachzuweisen waren – lediglich als »Mordversuch« gewertet werden. Dementsprechend reduzierte sich auch das für dieses Delikt vorgesehene Strafmaß und die damit verknüpfte Verjährungsfrist, die nun nur noch 15 Jahre (statt 20 Jahre) betrug.

Für die Strafverfolgung vor allem nationalsozialistischer »Schreibtisch-

Gleiches Recht für die Waffen-SS

„Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich!"

Der bekannte Rechtsanwalt Dr. Ernst Achenbach sprach vor der HIAG-Essen zum Thema „Der Kampf um das Recht." Vielen Kameraden war Dr. Achenbach ein guter Verteidiger im Kampf um die Wiederherstellung und Verteidigung der Gleichheit vor dem Gesetz. Die Rechtsgleichheit, in der Verfassung verankert, ist ein Grundrecht der Menschen, ohne Ansehen seiner Herkunft, Bildung, Konfession, politischen Überzeugung. Mit diesem Ziel ging er als Verteidiger nach Nürnberg, Brüssel und in die Entnazifizierungsausschüsse. -eh-



Die Rechtsanwaltskanzlei von Werner Achenbach hatte sich auf die juristische Verteidigung von NS-Mitarbeitern spezialisiert.

täter«, gegen die meist wegen »Beihilfe zum Mord« ermittelt wurde, hatte das EGOWiG dramatische Auswirkungen: Praktisch über Nacht mussten aufgrund der verkürzten Verjährungsfristen hunderte von Verfahren eingestellt werden. Besonders 300 ehemalige Mitarbeiter des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) konnten sich freuen. Gegen sie hatte die Berliner Staatsanwaltschaft seit 1963 mit großem Aufwand ermittelt. Das EGOWiG und eine grundsätzliche Entscheidung des Bundesgerichtshofes (BGH) im Mai 1969 machten den Ermittlungsbehörden in diesem und in anderen Verfahren einen Strich durch die Rechnung: Die Schreibtischtäter des RSHA blieben von der Justiz unbehelligt.

Teile der Öffentlichkeit, besonders aber Opferverbände und ausländische Beobachter, protestierten energisch. Der israelische Botschafter in der Bundesrepublik sprach zu Recht von einer »kalten Amnestie« für NS-Verbrecher. Die Bundesregierung (CDU/CSU/SPD-Koalition) versuchte das EGOWiG mit seinen rechtspolitischen Folgen als »Panne« zu verharmlosen. Diese Version erscheint jedoch äußerst zweifelhaft. Vielmehr spricht einiges dafür, dass die fatalen Auswirkungen, die das Gesetz auf die Verfolgung von NS-Tätern hatte, bewusst intendiert waren. Auffällig war z.B. die Eile, mit der das EGOWiG durch den Bundestag gepeitscht wurde. Merkwürdig auch, dass keiner der hochqualifizierten Juristen, die in der Großen Strafrechtskommission an dem Gesetz gearbeitet hatten, die angebliche »Panne« rechtzeitig bemerkt haben wollte.

Eine tragende Rolle in diesem Gremium spielte nicht zuletzt Eduard Dreher, der als Ministerialdirigent die Strafrechtsabteilung im Justizministerium leitete. Während des Zweiten Weltkrieges war Dreher Erster Staatsanwalt am Sondergericht in Innsbruck gewesen und hatte in dieser Eigenschaft an mehreren Todesurteilen – meist für Bagatelldelikte – mitgewirkt. In den 1950er Jahren war Dreher im Justizministerium mit Amnestie-Regelungen für NS-Täter befasst. In dieser Funktion unterhielt er auch enge Kontakte zur Kanzlei des Rechtsanwaltes Achenbach, der sich gemeinsam mit dem ehemaligen SS-Ideologen Werner Best auf die juristische Beratung schwer belasteter ehemaliger Gestapo-, SS- und SD-Mitarbeiter spezialisiert hatte. Achenbach wie auch Best waren als umtriebige und einflussreiche Verfechter der Forderung nach einer Generalamnestie für NS-Verbrecher in Erscheinung getreten. Die Möglichkeit, eine »kalte Amnestie« gewissermaßen durch die Hintertür zu erreichen, war von Best bereits seit Beginn der 1960er Jahre angedacht worden. Das EGOWiG von 1968 stellte exakt jenes rechtspolitische »Trojanische Pferd« dar, auf das der ehemalige SS-Mann gehofft hatte.

Bilanzen und »letzte Chancen«

Angesichts der hier skizzierten Fülle täterfreundlicher vergangenheitspolitischer Maßnahmen erscheinen die Entscheidungen des Bundestages, die Verjährungsfrist für Mord zu verlängern und schließlich vollständig aufzuheben, als reines »Schattenboxen« (Ingo Müller). Dieser Eindruck verstärkt sich, blickt man auf die in zahlreichen Fällen abenteuerliche Urteilspraxis deutscher Gerichte in NS-Verfahren.

Eine Bilanz der Verfolgung von NS-Verbrechen in der Bundesrepublik fällt somit enttäuschend aus. Zwar leiteten die Staatsanwaltschaften seit Kriegsende gegen über 106.000 Beschuldigte Ermittlungsverfahren ein, rechtsgültig verurteilt wurden jedoch nur 6.494 Personen. In lediglich 166 Fällen sprachen die Richter lebenslange Freiheitsstrafen aus. Einige Tätergruppen blieben von systematischer Strafverfolgung offenkundig weitgehend unbehelligt. So musste kein einziger der ehemaligen Angehörigen des Volksgerichtshofes oder der verschiedenen Sondergerichte jemals vor einem bundesdeutschen Gericht erscheinen. Im Gegenteil: »Schreibtisch«-Täter wie der bereits erwähnte Eduard Dreher machten nach 1945 glänzende Karrieren.

Richter und Staatsanwälte, wie etwa der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer oder die Mitarbeiter der Zentralen Stelle, die vehement für die konsequente Ahndung von NS-Verbrechen eintraten, blieben dagegen lange Zeit Außenseiter innerhalb der Justiz. Erst allmählich vollzog sich auch in diesem Bereich ein Bewusstseinswandel. Wie auch schon im Kontext der Diskussion um die Entschädigung von NS-Opfern, spielte für die Strafverfolgung von NS-Tätern internationaler Druck sowie die Proteste und Interventionen von Opferverbänden eine entscheidende Rolle. So war das 1963 eingeleitete Berliner RSHA-Verfahren, das letztlich am EGOWiG scheiterte, vor allem durch das beharrliche Drängen ausländischer Staatsanwälte zu Stande gekommen. Auch die internationalen Appelle im Vorfeld der Bundestagsentscheidung über die Aufhebung der Verjährungsfrist für Mord am 3. Juli 1979 dürften das Ergebnis der Abstimmung mit beeinflusst haben.

60 Jahre nach Kriegsende ist die Strafverfolgung von NS-Tätern immer

noch kein abgeschlossenes Kapitel. Um Hinweise auf noch lebende, bislang unbehelligt gebliebene NS-Täter zu erhalten, will das Simon-Wiesenthal-Zentrum nun die Kampagne »Letzte Chance« starten. Eine Aktion, der in erster Linie symbolische Bedeutung zukommen wird. Dennoch sollte diese »letzte Chance« genutzt werden. ■

Verwendete Literatur:
Willi Dreßen: Probleme und Erfahrungen der Ermittler bei der Aufklärung von NS-Gewaltverbrechen, in: Förderverein »Freundeskreis zur Unterstützung der Polizei Schleswig-Holstein e.V.« (Hg.): Täter und Opfer unter dem Hakenkreuz. Eine Landespolizei stellt sich der Geschichte, Kiel 2001, S. 225-238.

Helmut Dubiel: Niemand ist frei von der Geschichte. Die nationalsozialistische Herrschaft in den Debatten des Deutschen Bundestages, München 1999.

Rüdiger Fleiter: Die Ludwigsburger Zentrale Stelle und ihr politisches und gesellschaftliches Umfeld, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 1/2002.

Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996.

Ulrich Herbert: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989, Bonn 1996.

Marc von Miquel: Juristen: Richter in eigener Sache, in: Norbert Frei (Hg.): Karrieren im Zwielicht. Hitlers Eliten nach 1945, Frankfurt/M. 2001, S. 181-237.

Marc von Miquel: Aufklärung, Distanzierung, Apologie. Die Debatte über die Strafverfolgung von NS-Verbrechen in den sechziger Jahren, in: Norbert Frei/Sybille Steinbacher (Hg.): Beschweigen und Bekennen. Die deutsche Nachkriegsgesellschaft und der Holocaust, Göttingen 2001, S. 51-70.

Marc von Miquel: Ahnden oder amnestieren? Westdeutsche Justiz und Vergangenheitspolitik in den sechziger Jahren, Göttingen 2004.

Ingo Müller: Furchtbare Juristen. Die unbewältigte Vergangenheit unserer Justiz, München 1987.

Peter Reichel: Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute, München 2001.

Adalbert Rückerl: NS-Verbrechen vor Gericht. Versuch einer Vergangenheitsbewältigung, Heidelberg 1984.

Michael Wildt: Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichsicherheitshauptamtes, Hamburg 2002

DDR

Nach einer von der DDR veröffentlichten Statistik ergingen zwischen 1945-1965 insgesamt 12807 Urteile im Zusammenhang mit NS-Verbrechen. Gegen 118 Personen wurde die Todesstrafe verhängt. In 231 Fällen sprachen die Gerichte lebenslange Freiheitsstrafen aus. Zwischen 1965 und 1978 gab es 54 weitere Verurteilungen. Auf je 100.000 Einwohner wurden in der DDR fast doppelt soviel Personen wegen NS-Tötungsverbrechen verurteilt wie in der Bundesrepublik. Im Gegensatz zu Westdeutschland kamen in der DDR unterschiedliche Rechtsnormen zur Anwendung. Neben dem Strafgesetzbuch der DDR griffen die Gerichte auch auf alliiertes Besatzungsrecht zurück.

Österreich

Zwischen 1945-1955 waren in Österreich für die Ahndung von NS-Verbrechen die so genannten Volksgerichte zuständig. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges waren mit dem »Nationalsozialistengesetz« (NSG) (1945/1947) und dem »Kriegsverbrechergesetz« (KVG) (1945/1947) besondere Gesetze zur Verfolgung von NS-Verbrechern erlassen worden. Bis 1955 mussten sich 23.477 Personen vor Gericht verantworten, davon wurden 13.607 schuldig gesprochen. Die Gerichte verhängten in 43 Fällen die Todesstrafe (30 Vollstreckungen) und 29 mal lebenslänglich. Der Großteil der Freiheitsstrafen fiel relativ niedrig aus. Nach 1955 wurden die Volksgerichte abgeschafft, NS-Verfahren finden seither vor ordentlichen Geschworenengerichten statt. Im März 1957 wurden umfangreiche Amnestieregelungen erlassen, das KVG aufgehoben. Die Strafverfolgung von NS-Verbrechen war damit fast zum Erliegen gekommen. Bis 1975 wurden nur noch 20 NS-Täter verurteilt.





Die »Germanische Bodenreform« der **Sudetendeutschen** Initiative (SDI)

Freundlich lächelt der ältere Herr auf Seite zwölf. »Herr Högn, Sie sind Vorsitzender der Sudetendeutschen Initiative (SDI)«, sagt höflich der Interviewer der Wiener Monatszeitschrift »Aula«. Das Blatt – »überparteilich und unabhängig« – steht dem rechten Flügel der FPÖ nahe und tritt ganz bescheiden »für die deutsche Volks- und Kulturgemeinschaft« ein. Und so interessiert die Redaktion natürlich besonders: »Wer verbirgt sich hinter der SDI?«

» Prompt und präzise antwortet Erich Högn, 70 Jahre, pensionierter Bankkaufmann aus dem idyllischen Königstein im Taunus. »Die SDI ist eine freie Arbeitsgemeinschaft zur Rechtswahrung sudetendeutscher Interessen«, sagt Högn und meint damit, was eine SDI-Anzeige in der »Sudetendeutschen Zeitung« recht simpel ausdrückt: »Sudetendeutsche! Eigentum ist Menschenrecht! Fordert euer rechtmäßiges Eigentum ein. Wir helfen euch!«

Die SDI, gegründet vor etwa zwei Jahren, unterstützt umgesiedelte »Sudetendeutsche«, die auf dem Rechtsweg früheres Grundeigentum zurückerhalten wollen – Grundeigentum, das mit Hilfe eines Benes-Dekrets vom 21. Juni 1945 rechtskräftig enteignet und »für die Zwecke der Bodenreform« verwendet worden ist. Was die »Preußische Treuhand« für Polen, ist die SDI für die Tschechische Republik – mit einem Unterschied: Während die »Preußische Treuhand (...) aufgrund ihrer relativen Finanz- und Personalstärke dazu in der Lage ist, Eigentumsansprüche treuhänderisch wahrzunehmen und sogar selbständig Musterklagen durchzufechten, kann die SDI lediglich potentiell eigentumsanspruchberechtigte Vertriebene – oder deren Erben – beraten und an einen kompetenten Rechtsbeistand vermitteln.« Das verriet Högn kürzlich der »Jungen Freiheit« aus Berlin.

Trotz ihrer schlechteren Finanzlage ist die SDI bisher erfolgreicher als die »Preußische Treuhand«. 79 Entschädigungsklagen wurden am 28. April beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strasbourg eingereicht, 55 von deutschen, 22 von österreichischen und zwei von US-amerikanischen »Sudetendeutschen«. Und damit nicht genug: »Wir haben inzwischen deutlich mehr als 100 neue Interessenten. Wir rechnen damit, dass 90 bis 95 Prozent mitmachen«, verkündet Högn der Tageszeitung »Die Welt«. Wird die SDI von der »Sudetendeutschen Landsmannschaft« (SL) unterstützt? »Nein«, sagt Högn, »nur ein loser Kontakt, der von Toleranz geprägt ist«. Die SL-Spitze, so mutmaßt er, hat anderes im Sinn: Sie setzt vor allem darauf, den Umgesiedelten das »Recht auf Heimat« in ihren Herkunftsgebieten zu verschaffen. Das ist mehr als bloße Niederlassungsfreiheit, es bringt politische Einflussmöglichkeiten mit sich, wie sie verschiedene »Vertriebenen«-Verbände inzwischen über Städtepartnerschaften und durch die Einmischung in polnische bzw. tschechische Kommunalpolitik zu erlangen suchen.

Die paar Euro Entschädigung, die

„Ich verstehe gar nicht, weshalb Angst geschürt wird."
Rudi Pawelka

[1]



Erich Högn ist Vorsitzender der Sudetendeutschen Initiative – Arbeitsgemeinschaft zur Rechts-

[2]

[1] Faksimile aus der Berliner Zeitung: Rudi Pawelka ist Aufsichtsratschef der »Preußischen Treuhand«, die »Entschädigungsklagen« gegenüber Polen organisiert.

[2] Faksimile aus der Jungen Freiheit: Erich Högn bemüht sich als Vorsitzender der SDI, »Entschädigungsklagen« gegenüber Tschechien zu organisieren.

mit Klagen vor europäischen Gerichten erreicht werden könnten, scheinen den Funktionären der Umgesiedelten gegenüber dem Machtgewinn durch das »Recht auf Heimat« vernachlässigbar. Ganz anders sieht das die Basis der »Vertriebenen«-Verbände. Viel Verständnis finde er dort, sagt Rudi Pawelka aus Leverkusen, pensionierter Polizeidirektor, vor allem aber Aufsichtsratschef der »Preußischen Treuhand«.

Auch die SDI kann sich auf Sympathie unter »einfachen« Umgesiedelten, aber auch bei SL-Untergliederungen stützen. Der Witikobund etwa (Eigenbezeichung: »die nationale Gesinnungsgemeinschaft der Sudetendeutschen«) hat sich der SDI angeschlossen. Der Abenteuerclub vom rechten Flügel der SL gab im Jahr 1999 die Nummer 49 seiner »Beiträge des Witikobundes zu Fragen der Zeit« heraus. Titel: »Wachsende Chancen für Wiedervereinigung – Vertreiberstaaten unter internationalem Druck«. »Der Witikobund bekennt sich zur Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit«, heißt es vielsagend in den »Zielen und Aufgaben« des in München beheimateten gemeinnützigen Vereins.

Auch die »Studiengruppe Erbland Sudetenland« stützt die SDI. Ihr Vorsitzender ist Dr. Hans Mirtes aus Frontenhausen in Niederbayern. Mirtes ist vielfältig aktiv, leitet die »Arbeitsgemeinschaft Sudetendeutscher Lehrer und Erzieher« sowie den »Heimatkreis Mies-Pilsen«, eine offizielle Untergliederung der SL.

Der »Heimatkreis Mies-Pilsen« steht seit 1953 unter der Patenschaft der fränkischen Kleinstadt Dinkelsbühl, die inzwischen über »freundschaftliche Beziehungen« zum tschechischen Stribro (früher: »Mies«) verfügt. Sie werden, das teilt die Stadt auf ihrer Website mit, »vom Vorsitzenden des Heimatkreises, Dr. Hans Mirtes, nach Kräften unterstützt«.

Eine weitere SL-Untergliederung ist involviert: Der »Heimatkreis Mährisch-Schönberg« hat sich der SDI direkt angeschlossen. Während die tatkräftigen Kameraden aus »Mies-Pilsen« jedoch unter dem Deckmantel binationaler Städtebeziehungen in ihrer tschechischen »Heimat« Einfluss nehmen, sind die »Mährisch-Schönberger« erschreckend inaktiv. »Zu bedauern ist die Tatsache«, schreibt die »Landeszeitung der Deutschen aus Böhmen, Mähren und Schlesien« über das »Begegnungszentrum« im tschechischen Sumperk, »dass einer der Mitträger dieses Zentrums, der Heimatkreis Mährisch Schönberg mit Sitz in Bad Hersfeld, fast kein Interesse an einer Zusammenarbeit zeigt.«

Doch zurück aus dem trostlosen Bad Hersfeld in den idyllischen Taunus: Neben dem »Sudetendeutschen Arbeitskreis für deutsche und europäische Bauernfragen« und dem »Internationalen Willi-Wanka-Kreis« hat sich auch der »Ostdeutsche Arbeitskreis Hochtaunus« der SDI angeschlossen. Seine Mitglieder entstammen »den verschiedensten Vertreibungsgebieten«, er wurde 1992 gegründet und widmet sich der »kritische(n) Analyse des politischen und kulturellen Zeitgeschehens«. Nichts kommt dabei zu kurz – nicht die »Endlösung der Sudetenfrage à la Stoiber«, die man düster voraussieht, und nicht die Geschichtsforschungen des Witikobundes. Die zitiert der in Neu-Anspach ansässige »Arbeitskreis« ausführlich: »Die Protektoratserrichtung am 15. März 1939, die den Tschechen Freiheit vom Wehrdienst und einen Geburtenboom, in ihrer großen Mehrheit sichere Arbeitsplätze und Wohlleben bescherte, kann den Sudetendeutschen ebenso wenig zugerechnet werden wie die vorsätzliche, kaltblütige Ermordung des Stellv. Reichsprotektors Reinhard Heydrich im Auftrag der Exil-Regierung Benes und die damit vorsätzlich provozierte Vergeltung des Reiches nach zahlreichen Indizienbeweisen in Lidice.«

Bleibt noch eines zu erwähnen: SDI und »Preußische Treuhand« erfüllen mit ihrer Prozesswut nur deutsches Recht. Zwar erhielten die Umgesiedelten schon in den 1950er Jahren eine Art Entschädigung, den so genannten »Lastenausgleich« – aber nur »unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, dass die Gewährung und Annahme von Leistungen keinen Verzicht auf die Geltendmachung von Ansprüchen auf Rückgabe des von den Vertriebenen zurückgelassenen Vermögens bedeutet«. Nachzulesen ist das in der Präambel des Lastenausgleichsgesetzes, bestätigt wird es durch klare Aussagen von Ministerialbeamten und jüngst wieder durch ein Schreiben des Bundesfinanzministeriums. »Die Verantwortung für alle Klagen und die Unruhe in unseren Nachbarländern trägt die Bundesregierung«, stellte die BdV-Vorsitzende Erika Steinbach auf einer Pressekonferenz Anfang August fest. Und wo sie Recht hat, hat sie Recht. ■



Heimliche Überwachung der Kommunikation

Zu rechtlichen und technischen Möglichkeiten sowie neoliberalen Perspektiven heimlicher Kommunikations-Überwachung nach dem Inkrafttreten des neuen Telekommunikationsgesetzes

Am 26. Juni ist das geänderte Telekommunikationsgesetz (TKG) in Kraft getreten. Die Novellierung des Gesetzes wurde als weitere Gelegenheit genutzt, die Möglichkeiten heimlicher Kommunikations-Überwachung auszudehnen. Der Beitrag will diese Neuerungen vorstellen und auch einen allgemeinen Überblick über die technischen und rechtlichen Möglichkeiten der Überwachung von Kommunikation geben. Die Entwicklungen in den Bereichen Strafrecht, Überwachung und Sicherheitspolitik sind aber nur dann nachzuvollziehen, wenn man sie vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Veränderungen beleuchtet. Der Beitrag versucht sich sowohl in einer solchen Analyse wie der Entwicklung von Gegenstrategien.

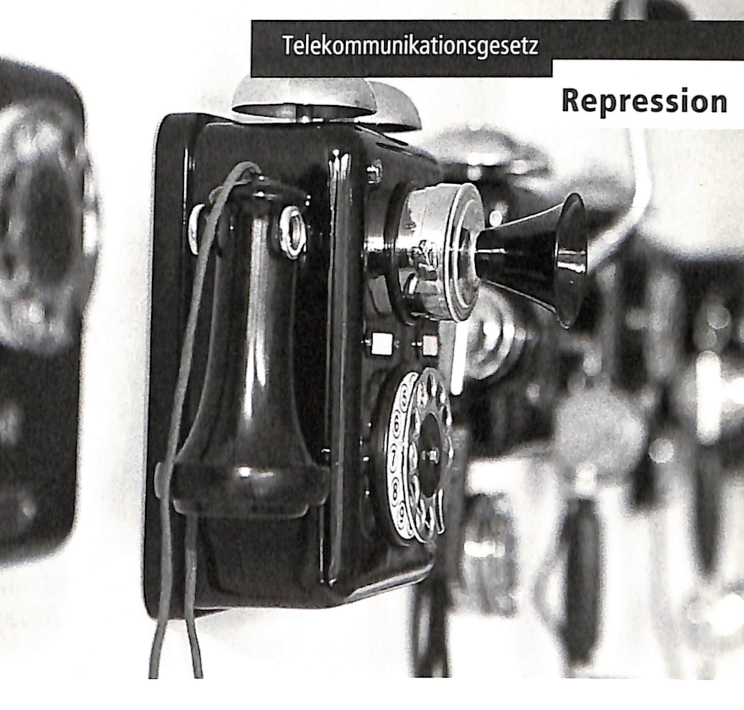
» Das Telekommunikationsgesetz (TKG) regelt auf den ersten Blick vor allem wirtschaftliche Belange im Bereich der Telekommunikation (TK). Bei genauerem Hinsehen stellt sich jedoch heraus, dass es sich zugleich um ein zentrales Gesetz für die heimliche Kommunikationsüberwachung handelt. Zwar sind die Rechtsgrundlagen für die unmittelbaren Überwachungsmaßnahmen gegenüber dem Bürger in der Strafprozessordnung (StPO), den Polizeigesetzen der Länder und den Gesetzen über die Geheimdienste geregelt. Das TKG bestimmt jedoch die Weite und Möglichkeiten dieser Überwachung, indem es einerseits regelt, welche technischen und organisatorischen Voraussetzungen die TK-Anbieter zur Abwicklung der Überwachung zur Verfügung stellen müssen. Zum anderen verpflichtet es die Anbieter, Daten über ihre Kunden weiterzugeben.

Die Verpflichtung zur Datenspeicherung und -weitergabe

Hier muss zunächst unterschieden werden zwischen Bestands- und Verkehrsdaten. Erstere sind unter anderem Name, Anschrift, Vertragsbeginn und Geburtsdatum des Kunden, während Verkehrsdaten Informationen betreffen, »die bei der Erbringung eines Telekommunikationsdienstes erhoben, verarbeitet oder genutzt werden« (§ 3 Nr. 26 TKG), also alles was bei Telefonaten, SMS, E-Mail und Internet anfällt. Dazu zählen bei Telefonaten bspw. auch Anschlusskennungen, Kartennummern, Standortdaten beim Mobilfunk, Beginn und Ende der Verbindung. Nicht dazu zählen die Inhalte der Kommunikation.

Die §§ 111 ff. TKG verpflichten die Anbieter, Bestandsdaten ihrer Kunden bis zum Ende des auf eine Vertragsbeendigung folgenden Jahres zu speichern und den »berechtigten Stellen« zur Verfügung zu stellen. Diese Speicherpflicht gilt jetzt auch für Prepaid-Kunden. Damit gilt nun eine Identifizierungspflicht in der Telekommunikation, die bisher nur aus dem Bereich finanzieller Transaktionen bekannt ist. Auf diese Daten





dürfen die genannten Stellen jederzeit per Online-Verbindung zugreifen (automatisiertes Abrufverfahren). Dabei sind nun auch praktisch Rasterfahndungen möglich, wenn die verfügbaren Datenangaben unvollständig oder ungenau sind. So können beispielsweise die Daten aller in einer bestimmten Straße wohnenden Personen erhoben und abgeglichen werden. In einem manuellen Abrufverfahren können darüber hinaus weitere von den Anbietern zur Vertragsabwicklung gespeicherte Bestandsdaten abgefragt werden (bspw. die PIN oder die PUK).

Wesentlich brisanter ist indes die Speicherung der Verkehrsdaten, die bspw. zur Erstellung von Bewegungs- und Persönlichkeitsprofilen verwandt werden können. Hier bestimmt das TKG, welche Daten die Telekommunikationsanbieter überhaupt speichern dürfen. Dieser Regelung kommt insofern Bedeutung zu, als Verkehrsdaten von Polizei, Staatsanwaltschaft und Geheimdiensten abgefragt werden können, dies aber rückwirkend nur geschehen kann, wenn diese Daten auch gespeichert worden sind. Vor diesem Hintergrund kommt auch der Wahl des TK-Anbieters Bedeutung zu, nachdem diese die betreffenden Daten unterschiedlich lange speichern.

Während die Speicherungen von Verkehrsdaten bislang nur zur Abrechnung von genutzten Diensten oder im Einzelfall zur Störungsabwehr zulässig war, erlaubt der neue § 100 TKG nun de facto die unbegrenzte Speicherung, soweit es zur Störungs- und Missbrauchsbekämpfung erforderlich ist; ein Tatbestand, der immer gegeben sein kann. Durch den Wegfall der Einzelfall-Beschränkung ist es damit rein rechtlich möglich, das gesamte Telekommunikationsverhalten nachzuvollziehen. Daneben räumt § 97 TKG den TK-Anbietern das Recht ein, Einzelverbindungsnachweise für die Dauer von sechs Monaten zu Abrechungszwecken zu speichern. Allerdings kann der Kunde den Umfang der gespeicherten Daten selbst bestimmen und wählen, ob er die Löschung der von ihm gewählten Zielrufnummern mit Rechungsversand oder die Schwärzung der letzten drei Stellen der Telefonnummern wünscht. Wenn der Kunde von diesem Wahlrecht keinen Gebrauch macht, werden die Nummern ungekürzt gespeichert (§ 97 Abs. 4 S. 2 TKG) und können damit auch abgefragt werden.

Die unionsregierten Bundesländer wollten in diesem Bereich noch weitergehen und aus dem Recht eine Verpflichtung zur Vorratsspeicherung aller Daten für jeweils ein halbes Jahr machen, scheiterten damit jedoch. Indes wird mittlerweile auf EU-Ebene über eine Verpflichtung zur Vorratsspeicherung nachgedacht: Eine Initiative Frankreichs, Großbritanniens, Irlands und Schwedens sieht vor, dass TK-Anbieter in den Mitgliedsstaaten der EU die anfallenden Verkehrsdaten ein bis drei Jahre lang speichern müssen.

Regelung und Neuerung bei der Überwachung

Die Ausforschung von Inhalten der Telekommunikation geschieht auf dem Wege der Telekommunikationsüberwachung, die für Polizei und Geheimdienste in den betreffenden Gesetzen jeweils besonders geregelt ist. In diesem Bereich verpflichtet das TKG die TK-Anbieter, die technischen und organisatorischen Vorkehrungen zur Abwicklung dieser Überwachung zu schaffen. Welche Erweiterungen von Überwachungsmöglichkeiten das neue TKG dabei nach sich zieht, muss sich erst noch zeigen. Hier steckt der Teufel im Detail, oder genauer gesagt: In der Telekommunikationsüberwachungs-Verordnung (TKÜV), die die Bestimmungen des TKG detailliert regelt und deren Erweiterung in Planung ist.

Der Entwurf für eine Neufassung der TKÜV nimmt nun im Ausland befindliche Handys nicht mehr von der Überwachung aus. Standortdaten im Mobilfunk sollen künftig »mit der größtmöglichen Genauigkeit« geliefert werden, die einfache Nennung der betreffenden Funkzelle dürfte dann nicht mehr ausreichen. Vor allem aber wird in dem Entwurf die Kerngröße der »zu überwachenden Kennung« überaus weit formuliert. Während die richterlichen Überwachungsanordnungen bislang die Rufnummer oder eine vergleichbare Ken-



nung des zu überwachenden Anschlusses bezeichnen mussten, sollen künftig offenbar alle TK-Kennungen überwacht werden können, so dass die Bezeichnung einer IP-Adresse, IMEI-Gerätenummer oder eines WLAN-Hotpots ausreichen würde, um sämtliche hierüber ablaufende Kommunikation zu überwachen. Bei der Überwachung des Mobilfunks bspw. müssten sich die Ermittler dann nicht mehr für jede einzelne Nummer bzw. SIM-Karte eine Anordnung besorgen, sondern könnten diese anhand der IMEI kartenunabhängig auf ein bestimmtes Handy ausstellen lassen.

Perspektiven der Überwachung

Der Ausbau von Speicherverpflichtung und Überwachungsmöglichkeiten anlässlich der TKG-Novellierung macht deutlich, wohin die Reise im Bereich staatlicher Überwachung weiterhin gehen soll: Die Entwicklung ist gekennzeichnet durch eine ständige Ausweitung: Was technisch möglich ist, wird eingesetzt; was gespeichert werden kann, wird auch ausgewertet. Damit ermöglichen die immensen Fortschritte der Technik heute eine Intensität von Überwachung, die selbst vor zehn Jahren noch undenkbar gewesen wäre.

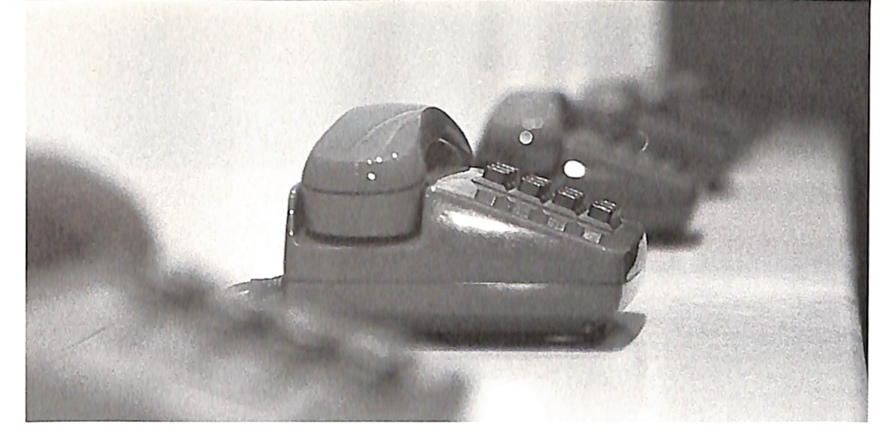
Damit einher geht auf rechtlicher Ebene eine Entwicklung, die Überwachung immer mehr von konkreten Anlässen unabhängig macht. Ursprünglich war polizeiliche Ausforschung nur zur Verfolgung einer konkreten Straftat erlaubt, für die ein begründeter Anfangsverdacht bestand. Diese Haltung wurde bereits in der Debatte um Organisierte Kriminalität aufgeweicht: Zunehmend koppelte man sich von diesen Voraussetzungen ab und überwachte auch Personen, von denen man nur vermutete, dass sie Straftaten begehen würden. In einem nächsten Schritt wurden und werden nun die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, Überwachung auch unabhängig von einem konkreten Anfangsverdacht vornehmen zu können, indem man sie ins Polizeirecht übernimmt, wo mittlerweile auch Überwachungsmaßnahmen unabhängig vom Vorliegen eines Gefahren- oder Straftatenverdachts möglich sind.

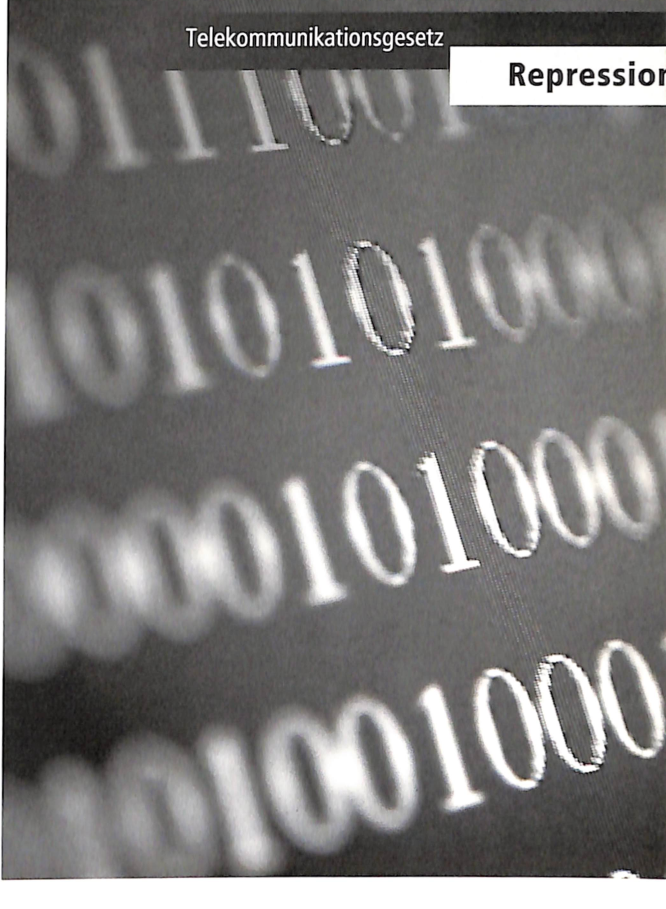
Hinter dieser Entwicklung steht eine Philosophie, die Überwachung von jedem Anlass unabhängig machen möchte, um sie umfassend einsetzen zu können. Diese Tendenz, alle zu überwachen, zeigt sich heute bereits, wenn an Autobahnen ein automatischer Kennzeichenabgleich getestet, immer wieder die Forderung nach einer DNA-Datenbank aller Bürger erhoben wird und biometrische Daten in Ausweisen gespeichert werden sollen. Das Ziel: Straftaten sollen gar nicht erst passieren, sondern präventiv verhindert und Risiken vermieden werden.

Neoliberale Sicherheitspolitik: Von der Überwachung zur Kontrolle

Damit ist ein grundsätzlicher Wandel in der Sicherheitspolitik angesprochen, der sich vor dem Hintergrund der neoliberalen Umstrukturierung der Gesellschaft vollzieht. Individualisierung, Flexibilisierung und die Exklusion ganzer Bevölkerungsteile aus der alten Wohlstandsgesellschaft stellen soziale Kontrolle zum einen vor neue Anforderungen. Der Verlust an Kontrolle im sozialen Nahraum wird kompensiert durch qualitativ neue und unpersönlichere Kontrollformen. Andererseits unterliegt Sozialkontrolle im Zuge dieses gesellschaftlichen Wandels auch selbst grundlegenden Veränderung, wie z.B. einer Ökonomisierung.

Dem entsprechend geht es in der Sicherheitspolitik zunehmend weniger darum, den Delinquenten zu »bessern« durch Einwirkung auf seine Persönlichkeitsstruktur. Statt dessen werden Kriminalität und abweichendes Verhalten als allgegenwärtige Risiken verstanden, die es in allen Bereichen präventiv zu kontrollieren und somit zu verwalten gilt. Diese Entwicklung ist durch die Zunahme von Selbsttechnologien zur Menschenführung und anderen ganz neuen Formen von Kontrolle gekennzeichnet, die subtiler sind, informeller, unsichtbarer, hintergründiger. Videoüberwachung, elektronisches Halsband aber auch die Vorratsspeicherung von Kommunikationsdaten sollen das Individuum dazu bringen, fremde Normen und Werte, Ziele und Zwecke als eigene anzunehmen, zu verinnerlichen und sein eigenes Verhalten, abhängig von der Situation, in der man sich befindet, anzupassen. Solche Formen der unsichtbaren Menschenführung, die ohne direkte Intervention auskommen, treten neben die sich dennoch ausweitende klassische Überwachung und führen zu einer Verlagerung sozialer Kontrolle auf diesen Bereich. Es geht weniger um Normen, ihre Einhaltung und die Disziplinierung bei Verstößen, sondern um die Ausrichtung am empirisch Normalen durch Techniken der Sicherheit. Für die Unverbesserlichen, die sich dieser Anpassung durch Verhaltenskontrolle widersetzen, bleibt der soziale Ausschluss durch ein immer repressiveres Strafrecht, das mehr und mehr auf das





Wegschließen als auf die »Behandlung« der Betroffenen gerichtet ist. Diese Kombination aus Kontrolle und sozialem Ausschluss stellt sich als Fortentwicklung bzw. Zuspitzung der herkömmlichen Dichotomie[1] von Überwachung und Strafe dar.

Im Zuge dessen ist polizeiliche Arbeit immer weniger auf die klassische Strafverfolgung ausgerichtet; statt dessen geht es um den weiter gefassten Bereich der Gefahrenvorsorge und proaktive Formen der Prävention unabhängig von konkreten Verdachtsmomenten. Potentielle Gefährdungslagen in allen Lebensbereichen sollen möglichst frühzeitig erkannt werden. Hierbei kommt heimlichen Ermittlungsmethoden und der Speicherung und Auswertung von Informationen besondere Bedeutung zu. In diesem Sinne hat sich auch die Arbeit der Geheimdienste verändert und ist mehr und mehr mit polizeilichen Aufgaben verwoben.

Gegenstrategien und Ausblick

Zusammenfassend betrachtet werden also einerseits klassische Intervention und Überwachung ausgeweitet, wobei sich andererseits neue Formen sozialer Kontrolle herausbilden, die auf einen gesellschaftlichen Wandel zurückgehen. Insofern hat sich das System sozialer Kontrolle von der Vergeltung über die Disziplinierung durch Behandlung hin zu Kontrolle und Ausschluss verschoben. Unabhängig von Unterschieden ist allen diesen Formen gemein, dass sie soziale Probleme und Konflikte simplifizieren und individualisieren, statt die dahinter stehenden gesellschaftlichen Probleme zu benennen und zu lösen. Sie produzieren lediglich mehr und mehr Anpassung, um einen möglichst reibungslosen Funktionsablauf zu gewährleisten.

Die Antworten hierauf sind immer ähnlich: Soweit es überhaupt kritisch gesehen wird, werden rechtsstaatliche Defizite beklagt und der Abbau von Grundrechten skandalisiert. Oder es werden die Veränderungen präzise umschrieben und damit gleichzeitig – implizit zumindest teilweise – eine Verklärung der Vergangenheit betrieben. Wir wollen aber nicht dahin zurück. Der fordistische Staat und seine Arbeitsgesellschaft sind auch deswegen in die Krise geraten, weil es eine massive Kritik an ihnen von links gab. Das gleiche gilt für den Behandlungsansatz im Strafrecht.

Dies führt zu einem Dilemma in der politischen Arbeit: Wie arbeitet man in einer Zeit des Mangels an grundsätzlichen politischen Veränderungen konkret zu einem Thema, dass zu den Grundfesten dieser Gesellschaft gehört, an denen also eigentlich gerüttelt werden müsste? Einerseits orientiert sich die politische Arbeit zu Sicherheitspolitik an konkreten Verschärfungen. Andererseits ist klar, dass diese einzelnen Veränderungen Bestandteil einer grundsätzlichen Entwicklung und damit vereinzelt nicht zu stoppen sind. Dem entsprechend bedarf es einer zweigliedrigen politischen Strategie, eines radikalen Reformismus: Radikal im Sinne einer Kritik des herrschenden Kontrollparadigmas, reformistisch im Sinne von vorerst Abwehrkämpfen. Nur wenn es gelingt, über konkrete Abwehrkämpfe eine Position in den öffentlichen Diskurs einzubringen, die die beschriebene Entwicklung im Gegensatz zur Skandalisierung einzelner Verschärfungen insgesamt analysiert und kritisiert, wird es mittelfristig möglich sein, dem herrschenden Kontrollparadigma[2] etwas entgegenzusetzen und somit diese Entwicklung zu stoppen.

Eine solche Position muss vermitteln, dass soziale Probleme inklusive Terrorismus, Armut und Ungleichheit Folge des neoliberalen Paradigmas und innerhalb dessen nicht zu lösen sind; dass neoliberale Wirtschaftspolitik, soziale Verwerfungen, innere Aufrüstung und internationale Kriegsführung zusammen hängen; dass staatliches Strafen und staatliche Strafverfolgung keine Lösung solcher Probleme darstellen und in diesem Sinne niemals dem Schutz des Einzelnen vor Rechtsgutsverletzungen, sondern vor allem der Machterhaltung dienen. Dabei muss sie aufpassen, sich weder auf den Rechtsstaat zu berufen, noch in den fordistischen Wohlfahrtsstaat zurückkehren zu wollen. Ein Beharren darauf wäre ein rückwärtsgewandter Kampf, der keine Emanzipationsmöglichkeiten eröffnet. Demnach darf sich eine solche Position nicht an jetzigen Rechtsstandards orientieren, die als Ausgangsposition für eine emanzipative Position dienen könnten, sondern muss sich an deren materiellen Gehalt ausrichten und diesen betonen. ■

1 Dichotomie: Zweigliedrigkeit

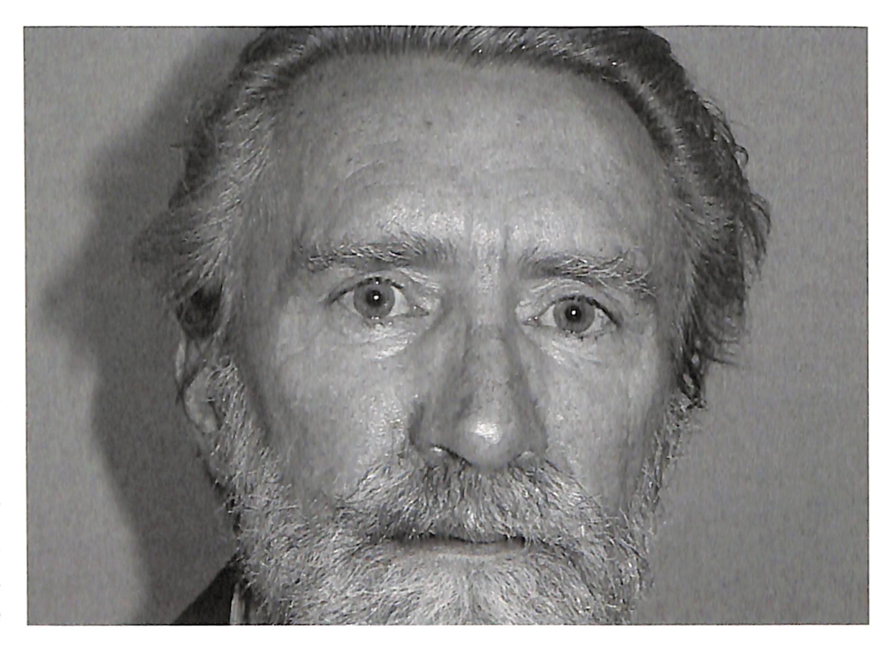
2 Paradigma: Denkmuster

Der Artikel wurde uns von der AG Sicherheitspolitik zur Verfügung gestellt.

→ **Kontakt**
ag.sipo@gmx.de

Russland – Nazis morden in St. Petersburg

Nikolay Girenko wurde in seiner Wohnung ermordet.



» Am Samstag, dem 19. Juni 2004, wurde Nikolay Girenko, ein bekannter Vertreter der antifaschistischen Bewegung in St. Petersburg, in seiner Wohnung ermordet. Der 64-jährige Professor und Afrika-Spezialist war ein überzeugter Antifaschist und Antirassist. Er war Vorsitzender einer Organisation für die Rechte ethnischer Minderheiten, einer der bedeutendsten antirassistischen Organisationen in St. Petersburg und offizieller Berater der lokalen Behörden zu Rechten von Minderheiten. Girenko wurde häufig als Vertreter der antifaschistischen Bewegung zu Veranstaltungen, Diskussionen und Talkshows eingeladen. Er engagierte sich stark gegen Gewalt gegen ausländische Studenten und trat als Experte in Prozessen gegen Faschisten und deren Organisationen auf. In Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaftshochschule in St. Petersburg stellte er »Richtlinien für Ermittlungen der Straftaten mit fremdenfeindlichen und Rassenhass-Motiven« auf, die die klare Benennung rassistischer Übergriffe und deren Verfolgung erheblich erleichterten.

Girenko wurde von unbekannten Tätern ermordet, die durch die Wohnungstür auf ihn schossen. Er war sofort tot. Der Mord geschah morgens, als seine Frau und seine Tochter ebenfalls zu Hause waren. Zunächst bekannte sich niemand öffentlich zu der Tat, nach einigen Tagen veröffentlichte ein faschistisches Phantomprojekt namens »Russische Republik« auf einer Website ein »Todesurteil« von Vladimir Popow, dem Herausgeber der Zeitschrift »Nasledie Predkov« und der Ex-NNP-Zeitung »Era Rossii«. Popow war stellvertretender Vorsitzender der NNP (Nationalistische Volkspartei), einer wichtigen NS-Organisation. Das »Urteil« bezieht sich auf Girenkos Tätigkeit als Experte in Prozessen gegen Rechte, aufgrund derer er als ein »überzeugter und unverbesserlicher Feind des russischen Volkes« zum Tode verurteilt werde. Es gibt die Vermutung, dass der Mord mit dem Prozess gegen die nationalistische Zeitung »Russkoye Weche« aus Novgorod zusammenhängen könnte oder mit dem geplanten Prozess gegen die Bewegung »Russische nationale Einheit« (RNE).

Der Mord wurde breit diskutiert; die Medien berichteten ausführlich – manchmal allerdings, wie z.B. die Boulevardzeitung »Komsomolskaja Pravda«, mit hämischem Unterton. Die lokalen Behörden setzten 120 Polizeibeamte – bisher erfolglos – auf diesen Fall an. Seit dem Begräbnis am 24. Juni gibt es keine weiteren Informationen zu den Tätern. Für AntifaschistInnen hat sich Lage nicht beruhigt. In Oryol, einer Stadt nahe der Grenze zur Ukraine und Weißrussland, machen RNE-Aktivisten AntifaschistInnen das Leben schwer. Auch hier lösten Strafverfahren gegen Neonazi-Aktivisten eine Reaktion der Faschisten aus. Anders als im Fall Girenko ist das Medienecho hier gering bis nicht vorhanden. Der für den Fall verantwortliche Staatsanwalt gab Aktivisten der RNE sogar die Adresse und persönliche Daten von Dimitri Krayuhin, einem Menschrechtsaktivisten, der an dem Verfahren gegen zwei Mitglieder der RNE-Ortsgruppe in Bryansk beteiligt ist. Die RNE druckte ein Flugblatt mit Photo, Name und Adresse von Dimitri und verbreitete es in Oryol und in anderen Orten. An Krayuhin und an den Pressesprecher der Polizei in Oryol sowie an drei pro-

gressive Zeitungen schickten sie Drohbriefe, in denen der Mord an Girenko mit dessen Ankündigung in Zusammenhang gebracht wird, auf einen Prozess gegen die RNE hinzuarbeiten. Dimitri Krayuhin wurde ebenso wie viele andere Personen und Organisationen in Oryol schon häufig bedroht. Laut dem Moskauer Büro für Menschenrechte starben in den vergangenen Jahren zwischen 20 und 30 Menschen jährlich durch rechtsextreme Gewalt; die Zahl solcher Angriffe wächst nach diesen Angaben jährlich um 30 Prozent. Für die AntifaschistInnen bleibt die Frage, wie eine angemessene Reaktion aussehen kann. Klar ist, dass sie real bedroht werden und dass sie ein Angriffsziel geworden sind – wie ausländische StudentInnen, MigrantInnen und Angehörige ethnischer Minderheiten, von denen schon viele auf den Straßen russischer Städte ermordet wurden. Es ist auch klar, dass es schwierig ist, sich gegen gezielte Schüsse zu schützen, wenn man offene antifaschistische Arbeit betreibt. Nichtsdestoweniger hatte der Mord an Girenko großen Einfluss auf die öffentliche Meinung und die Gefahr des Naziterrors wurde breiter wahrgenommen. Jedoch werden die wahrgenommenen persönlichen Risiken eines öffentlichen Engagements gegen Faschisten deutlich erhöht. Mit anderen Worten, es wird klar, dass man bereit sein muss, als ein engagierter Antifaschist wortwörtlich das Leben zu riskieren, zumal man sich mangels gut organisierter Strukturen in Russland als engagierte Einzelperson schnell in die »Schusslinie« gerät. ■

Rassistischer Mord in Griechenland

In der Nacht zum 5. September 2004 wurde der 22jährige Albaner Gramos Paluci auf der westgriechischen Insel Zakynthos von einem griechischen Rassisten erstochen. Zu dem Mord kam es im Zuge von landesweiten Angriffen griechischer Nationalisten auf albanische ImmigrantInnen, nachdem die griechische Fußball-Nationalmannschaft 2:1 gegen die albanische Auswahl verloren hatte. Übergriffe fanden unter anderem in Athen, Thessaloniki, Rethimno und Kilkis statt. Bei den rassistischen Angriffen wurden über 20 Personen so schwer verletzt, dass sie in Krankenhäusern behandelt werden mussten. An den Übergriffen waren mehrere neofaschistische Gruppierungen beteiligt, unter anderem aus dem Umfeld der Naziorganisation Chrisi Avgi (»Goldener Morgen«). Verhaftet wurden acht Personen - fast ausschließlich Albaner. In Athen und Thessaloniki kam es zu Protestdemonstrationen von AntirassistInnen, an denen 1000 bzw. 3000 Menschen teilnahmen. Es flogen Molotow-Cocktails auf das Gebäude des Nationalen Fernsehrates; die Berichterstattung der griechischen Massenmedien über die pogromartigen Attacken war stark nationalistisch und rassistisch geprägt gewesen. MigrantInnen, insbesondere albanische, haben in Griechenland seit längerem mit einer nationalistischen Formierung und erstarkendem Rassismus zu kämpfen, die durch den Gewinn der diesjährigen Fußball-WM und die Austragung der olympischen Spiele noch gefördert wurden. ■

Ungarische Faschistin festgenommen

Diana Bacsfi, die 26jährige Anführerin der faschistischen Gruppe »Ungarische Zukunft« (»Magyar Jövö Csoport«), wurde nach starken Protesten wegen Verdachts der Volksverhetzung festgenommen. Die Gruppe plant, am 15. Oktober 2004 in Budapest den 60. Jahrestag der Machtergreifung der ungarischen Nationalsozialisten mit einer Kundgebung vor dem früheren Hauptquartier der ungarischen Nazis zu feiern. Laut der Wochenzeitung »Pester Lloyd« stehen die ungarischen Behörden auf dem Standpunkt, dass man gegen die »ordentlich angemeldete Veranstaltung« keine rechtlichen Mittel in der Hand habe. AntifaschistInnen verweisen auf das Pariser Friedensedikt aus dem Jahre 1947, in dem sich Ungarn vertraglich verpflichtet hatte, jegliche Aktivitäten faschistischer Gruppen zu unterbinden und hoffen, so einen Gerichtsbeschluss erwirken und den Aufmarsch verhindern zu können. Sollte der Versuch fehlschlagen, wollen antifaschistische Organisationen zu einer Gegendemonstration aufrufen. Am 15. Oktober 1944, auf den sich die Mitglieder der »Ungarischen Zukunft« beziehen, versuchte der ursprünglich mit Adolf Hitler verbündete Reichsverweser Miklós Horthy durch eine Radiorede einen Waffenstillstand mit der Sowjetunion zu erwirken. Darauf wurde er von den Deutschen in »Schutzhaft« genommen und gezwungen, der Machtübernahme der ungarischen Nazis zuzustimmen. In den folgenden Tagen wurden bei blutigen Pogromen über 600 JüdInnen ermordet. ■

Die Pariser Vorstädte und die Ethnisierung des Sozialen

Man nehme ein Hochhaus- oder »Problemviertel« einer deutschen Großstadt wie Köln-Chorweiler oder das Märkische Viertel in Berlin. Man vergrößere es um das Hundertfache und projiziere es auf eine Fläche ein wenig größer als das Saarland, wobei man noch einige historische Stadtkerne sowie eine Anzahl von Reihenhaussiedlungen und einige inselartig versprengte Villenviertel dazwischenstreut. Auf diese Weise erhält man ein ungefähres Abbild von der Pariser Banlieue (Vorstadt- oder Trabantenstadtzone), die sich zusammen mit den angrenzenden urbanen Randzonen über immerhin sieben Départements (Bezirke) rund um Paris herum erstreckt. Andere Großstädte wie etwa Lyon kennen ähnliche Phänomene der Herausbildung einer Vorstadtzone wie Paris – während in Marseille vergleichbare Quartiere eher innerhalb der Stadt, in den Marseiller Nordbezirken, entstanden sind.

In diesen »vorstädtischen« Raum hinein wurden in den vergangenen Jahrzehnten alle BewohnerInnen abgeschoben, die in der Hauptstadt selbst keinen bezahlbaren Wohnraum fanden. Insbesondere während der Amtszeit von Jacques Chirac als Bürgermeister von Paris (1977 bis 1995) wurden ganze Bevölkerungsgruppen systematisch durch Stadterneuerungs-, Sanierungs- und Mietpolitik in die Pariser Trabantenstadtzone abgedrängt.

Banlieues und Einwanderung

Seit über einem Jahrhundert ergießen sich alle Bevölkerungsströme in Richtung der französischen »Metropole« größerenteils in diese Zone. Dort wurden im Laufe des 19. Jahrhunderts die meisten verschmutzenden und stinkenden Industrien angesiedelt. Zunächst kamen die Lothringer, die aus dem 1871 vom deutschen Reich annektierten Gebiet flohen, sowie Bretonen und Bewohner des französischen Zentralmassivs. Sie wurden zu ihrer Zeit ebenso diskriminiert wie später Einwanderer aus den Kolonien oder der so genannten Dritten Welt: Die Lothringer etwa waren für viele ihrer damaligen Zeitgenossen einfach »boches« (ein Schimpfwort für Deutsche).

Es folgten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Einwanderer aus dem südeuropäischen Raum, in deren Auswanderungsmotiven sich oftmals Armutsgründe mit dem Zwang zur Flucht vor den Diktaturen Mussolinis, Francos oder Salazars mischten. Und schließlich erfolgten vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg neue Einwanderungen aus dem arabisch-nordafrikanischen Raum sowie den afrikanischen Ex-Kolonien. Jede neue Generation von Immigranten wird diskriminiert und als »nicht integrierbar« behandelt, während i.d.R. die jeweils vorangegangene dagegen als »erfolgreich assimiliert« dargestellt wird.

Die Ethnisierung des Sozialen

Doch heute, wo mit dem Rückgang der traditionellen fordistischen Industrien in den Vorstädten statt rauchender Schlote oftmals eher Desindustrialisierung und hohe Arbeitslosigkeit dominieren, sind die Banlieues zum Brennpunkt der sozialen Probleme des Landes geworden. Die Kombination von hohem Immigrantenanteil, Ghettoisierungstendenzen, sozialer Perspektivlosigkeit und oft auch menschenfeindlicher Architektur wird vor diesem Hintergrund zum explosiven Cocktail, der Tendenzen zur rassistischen Segregation, zu Konflikten zwischen Bevölkerungsgruppen sowie eine oftmals ziellos sich Bahn brechende Gewalt nährt.

Dabei muss einer Legendenbildung entgegen getreten werden: Es gibt in den französischen Banlieues zwar

gewisse Ghettoisierungstendenzen, aber keine »ethnisch« strukturierten oder gar »ethnisch reinen« Zonen. Anders als beispielsweise in bestimmten Vierteln vieler US-Großstädte leben selten vorwiegend oder nur Menschen einer gemeinsamen nationalen oder »ethnischen« Herkunft auf einem Raum.

In den französischen Trabantenstädten ist die Segregation vor allem sozialer Natur: Es leben nicht systematisch »die Araber« oder »die Schwarzen« in einem Segment der Banlieue zusammen, sondern es leben durchgängig Menschen mit gleichermaßen niedrigem Einkommen oder vergleichbaren Schwierigkeiten, woanders eine Wohnung zu bekommen, nahe beieinander. Allerdings haben viele Bewohner der Trabantenstädte oftmals selbst einen anderen Eindruck von der Wirklichkeit. Das hängt damit zusammen, dass Banlieue-Bewohner unterschiedlicher Herkunft oft ein anderes Verhältnis zum öffentlichen Raum haben: Die aus mediterranen oder afrikanischen Ländern sind es traditionell eher gewohnt, einen großen Teil ihrer Zeit »draußen«, außerhalb der eigenen vier Wände, zu verbringen, etwa auf Straßen und Plätzen. Da zumindest in der ersten Einwanderergeneration die Familien oft größer waren bzw. sind als unter gebürtigen Franzosen üblich, trägt das Platzproblem in den Wohnungen seinerseits zur Aufrechterhaltung solcher Verhaltensweisen bei. Bei vielen »weißen« BewohnerInnen der Banlieues, vor allem älteren oder durch die Kriminalitätsberichte verängstigten, erwächst daraus der Eindruck, nunmehr gegenüber Arabern und Schwarzen »in der Minderheit« zu sein, obwohl das gar nicht stimmt. Denn die »Europäer« halten sich einfach für einen deutlich größeren Teil der Zeit in ihren Wohnungen auf.

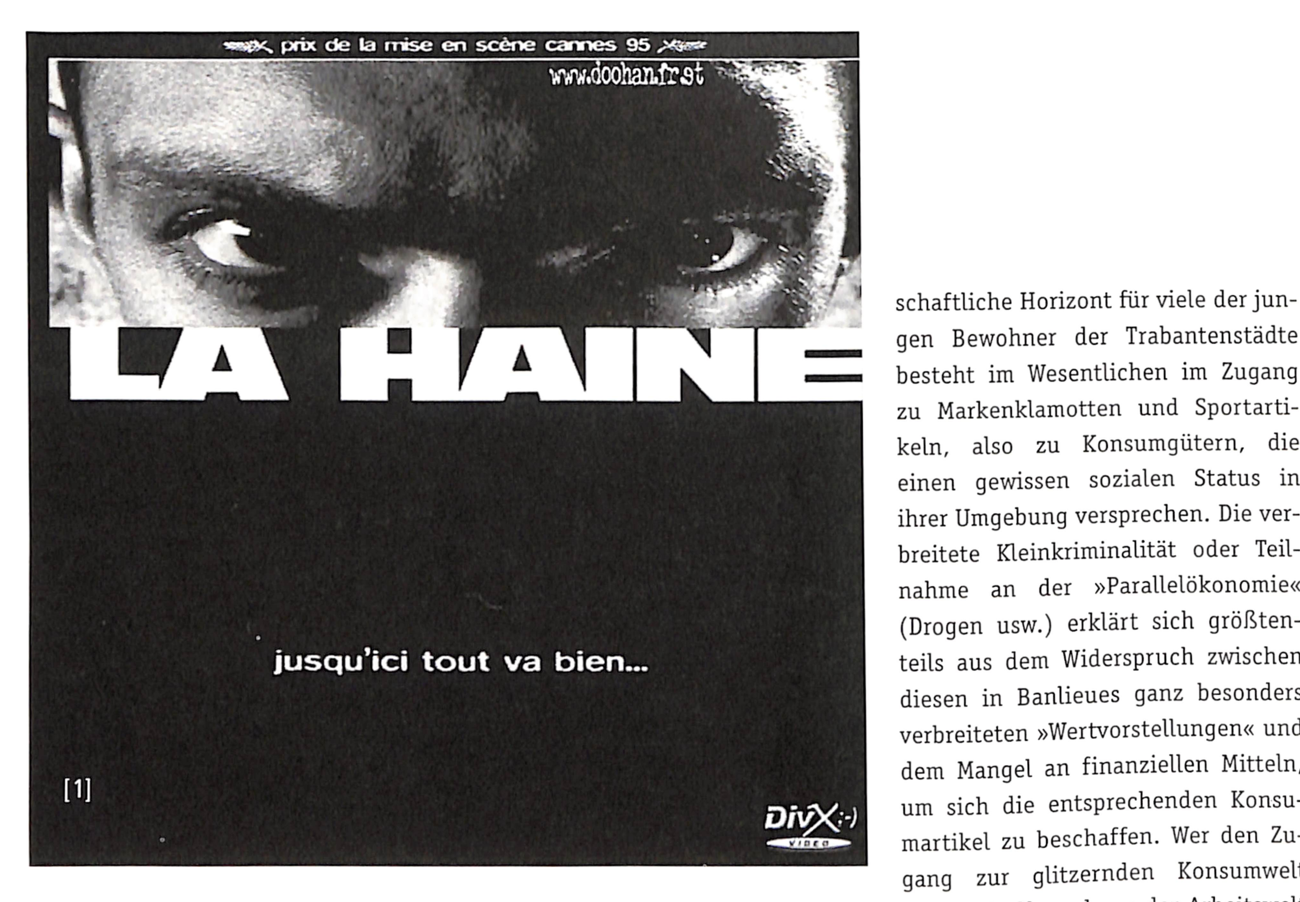
Sofern tatsächliche Straftaten oder (häufiger und stärker noch) die durch die Medien und andere Einflüsse erzeugte subjektive Kriminalitätsangst nun den Eindruck noch bestärken, »fehl am Platz« oder gar »in Gefahr« zu sein, kommt es zu Abwanderungstendenzen vor allem bei den »weißen« Bewohnern. Ihnen schließt sich oft mittelfristig eine migrantische Mittelschicht an, die sich nicht dem Risiko einer »Stigmatisierung« durch Verweilen in den verrufenen Zonen der Banlieue ausgesetzt sehen will. Wer es sich leisten kann und Chancen hat, woanders eine Wohnung zu erhalten, möchte fortgehen. Dadurch kommt es zu einer Tendenz zur sozialen und indirekt auch »ethnischen« Entmischung und über diese vermittelt zu einer Abwärtsspirale für die betroffenen Vorstädte oder Stadtteile (Hochhaussiedlungen etwa). Und die an solche »absteigenden« Quartiere angrenzenden Wohnviertel, vor allem wenn es sich etwa um relativ »ruhige« Reihenhausviertel handelt, reagieren entsprechend mit Ablehnung und Angst. Dort hat auch die französische extreme Rechte ihre höchsten Wähleranteile: nicht in den besonders verrufenen Hochhaus-, sondern in den mittelbar oder unmittelbar an diese angrenzenden Siedlungen. Dort nehmen viele verängstigte Bewohner die sich abzeichnenden »Entmischungs«-Tendenzen durch das ideologische Prisma einer angeblichen »arabischen bzw. afrikanischen Invasion« wahr.

Ethnisierung und Selbstethnisierung

Die essentialistischen, ethnisierenden Projektionen auf die Banlieues und ihre Bewohner sind wirkungsmächtig. Neueren Datums sind Tendenzen zur Selbstidentifikation mit angeblichen natürlichen bzw. angestammten »Identitäten«, etwa einer nationalen Herkunft oder einer Religion, denen ein Teil der (jungen) Bewohner der Trabantenstädte unterliegt.

So gibt es den Diskurs über die angeblichen »islamischen« Banlieues zwar schon seit 20 Jahren. Anfänglich war dies eine reine Projektion: Die Jugend der Trabantenstädte identifizierte sich keineswegs mit spezifisch »islamischen« Zielen, sondern forderte überwiegend schlicht gleiche Rechte wie ihre französischen Altersgenossen. So kam es 1983 zum ersten spektakulären Ausdruck dafür, dass politische Bewegung in die Immigrantenjugend gekommen war, die sich »nicht mehr wie unsere Eltern, die ohnehin an die Rückkehr ins Herkunftland dachten, in Frankreich alles gefallen lassen« wollte. Es handelte sich um den »Marsch für die Gleichheit« (la marche pour l´égalité), einen Fußmarsch über 2.000 Kilometer, der von Marseille über mehrere französische Städte bis nach Paris führte. Bei ihrer Ankunft in Paris wurden die Marschierer von 100.000 Menschen empfangen. Ihre Hauptforderung war, wie bereits der Name der Aktion verriet, die Gleichheit ihrer sozialen und rechtlichen Lebensbedingungen mit den Franzosen. Differenzialistische, essenzialistische oder identitätspolitische Anliegen hatten damals keine Konjunktur.

Das hat sich später in Teilbereichen geändert. Die zahllosen Enttäuschun-



[1] Der Film »La Haine«, zu deutsch »Hass«, zeigt den Alltag dreier jugendlicher Banlieue-Bewohner - ein Jude, ein Afrikaner und ein Araber - und wurde zu einem Manifest der Jugendrebellion.

gen der Immigrantenjugend von einst und jetzt, vor allem auch gegenüber den (von 1981 bis 2002 mit einigen Unterbrechungen regierenden) Linksparteien als ehemaligen Hoffnungsträgern, und die zunehmende Auseinanderentwicklung der Lebensbedingungen haben zu einer gewissen Aufnahmebereitschaft für kulturalistisch-differenzialistische Strömungen geführt. Das gilt etwa für islamistische Organisationen oder Kleingruppen, die einen gewissen Zulauf erfahren, weil manche Jugendlichen glauben, es könne nur noch »Solidarität unter den eigenen Leuten, also unter Moslems« geben, während man von der französischen Gesellschaft nicht mehr viel zu erwarten habe. Insgesamt darf der Einfluss der islamistischen Strömungen in all ihren, gemäßigteren wie extremistischen, Varianten nicht überschätzt werden. Sie verfügen über einige tausend Sympathisanten, stellen aber keineswegs eine alles mitreißende Massenbewegung dar. Eine andere in »Identitätssuche« wurzelnde, besonders hässliche Erscheinungsweise sind die in den Jahren seit 2000 verzeichneten Übergriffe auf jüdische Personen, die es in einigen Banlieues gegeben hat. Die dort lebenden Juden und Jüdinnen sind oft selbst, wie ihre »arabischen« Nachbarn, nach der Entkolonisierung aus Nordafrika zugewandert, dorther stammen etwa 60 Prozent der heute in Frankreich lebenden Juden.

Der Eindruck, sie verfügten über nicht unbedeutenden Einfluss, rührt weniger von ihrer eigenen Stärke denn von der Schwäche der meisten anderen gesellschaftlich-politischen Strömungen in den ghettoisierten Trabantenstädten her: Überwiegend herrscht dort ein politisch-ideologisches Vakuum, u.a. weil die Arbeiterbewegung (aufgrund von Desindustrialisierung und hoher Arbeitslosigkeit) ihre einstige integrative Wirkung auf die junge Generation nicht mehr ausüben kann und auch aufgrund der verbreiteten Anonymität in den Hochhaussiedlungen. Der gesellschaftliche Horizont für viele der jungen Bewohner der Trabantenstädte besteht im Wesentlichen im Zugang zu Markenklamotten und Sportartikeln, also zu Konsumgütern, die einen gewissen sozialen Status in ihrer Umgebung versprechen. Die verbreitete Kleinkriminalität oder Teilnahme an der »Parallelökonomie« (Drogen usw.) erklärt sich größtenteils aus dem Widerspruch zwischen diesen in Banlieues ganz besonders verbreiteten »Wertvorstellungen« und dem Mangel an finanziellen Mitteln, um sich die entsprechenden Konsumartikel zu beschaffen. Wer den Zugang zur glitzernden Konsumwelt nicht schafft und aus der Arbeitswelt ausgegrenzt bleibt, behilft sich dann mitunter mit risikoreichen, aber starke Emotionen verschaffenden Betätigungen wie etwa »Rodeos« genannten Rennen mit zum kurzfristigen Gebrauch aufgebrochenen Autos. Die oft brutalen Reaktionen der staatlichen Ordnungskräfte auf solche Verhaltensweisen erklären eine gewisse Zahl von alle paar Monate zu verzeichnenden Todesfällen bei Verhaftungen oder Fluchtversuchen. Solche Todesfälle von Jugendlichen der Trabantenstädten führen dann noch am ehesten zu kollektiven gesellschaftlichen Reaktionen der Bewohner, deren Wut sich dann für einige Tage gegen Sicherheitskräfte und Staatssymbole entlädt. ■

Ein Gastbeitrag von Bernhard Schmid, Paris

Spiegel der Gesellschaft

Mittenzwei, Werner : Die Mentalität des ewigen Deutschen: Nationalkonservative Dichter 1918 – 1947 und der Untergang einer Akademie; 2. Aufl. – Verlag Faber&Faber; Leipzig; 2003 . – 580 S. 29,80 EUR

Als die Anhänger der NSDAP am Abend des 30. Januar 1933 die Machtübergabe an ihre Partei mit einem Fackelzug durch das Berliner Regierungsviertel zwischen Brandenburger Tor und Wilhelmstrasse feierten, führte sie ihr Marsch auch an der Preußischen Akademie der Künste vorbei. Wenige Monate später war die Akademie als Sozietat des deutschen Geisteslebens nicht mehr wiederzuerkennen. Linke, jüdische und demokratische Schriftsteller waren ausgeschlossen worden und auf der Flucht ins ungewisse Exil. Der Literaturwissenschaftler Werner Mittenzwei untersucht die Rolle nationalkonservativer Schriftsteller als Wegbereiter und Poeten des schönen Scheins des Dritten Reiches.

Was sich auf den ersten Blick wie eine dröge Institutionsgeschichte ausnimmt, entpuppt sich bei der Lektüre als wesentlicher Beitrag zur Literaturgeschichte der Weimarer Republik. Der Autor beginnt seine Studie im Jahr 1918, als die Preußische Akademie der Künste, Jahrhunderte lang ein Hort aristokratischen Kunstverständnisses, durch die revolutionären Veränderungen in Deutschland unter Reformdruck gerät. Es ist der Maler Max Liebermann, der mit Geschick und diplomatischem Takt eine Öffnung der Akademie zur literarischen Moderne und eine Demokratisierung der Strukturen erreicht.

Doch der gesellschaftliche Antagonismus zwischen republikanisch-liberalen und nationalistisch-konservativen, später rechtsextremen Positionen spiegelt sich auch in der Akademie wieder. Während Künstler wie Kollwitz und Huch vehement für die Republik eintreten, artikulieren Dichter wie Hans Grimm, der Verfasser des Buches Volk ohne Raum, weiterhin ihr Unbehagen an der nationalen Mythenarmut der Weimarer Demokratie und ihren Verständigungsversuchen mit den Westmächten. Im weiteren Verlauf des Buches wechselt der Autor die Perspektive. Im Mittelpunkt der Analyse stehen die verschiedenen Fraktionen der nationalkonservativen Dichter. Der Autor beschreibt sowohl das Gesamtensemble der nationalkonservativen Literatur, als auch deren verschiedene ästhetischer und politischer Fraktionen entlang der literaturpolitischen Debatten der Weimarer Zeit. Mittenzwei beleuchtet dies exemplarisch anhand der literarischen Gattung der Romane über den I. Weltkrieg. Deutlich werden die unterschiedlichen mentalen, ästhetischen und politischen Akzente, die Autoren wie Ernst Jünger, als Vertreter des neuen Nationalismus, andere Positionen vertreten lassen als altkonservative Dichter wie von Münchhausen oder Vertreter der aufstrebenden völkischen Blut-und-Boden-Literatur. So führt denn von den nationalkonservativen Literaturgruppen kein gerader Weg in den Nationalsozialismus. Auch hier dominieren Machtkämpfe um Deutungshoheit und Einflussbereiche. Doch die Feindschaft zur Demokratie und ein mehr als nur latenter Antisemitismus eint die nationalkonservativen Dichter.

Nach dem 30. Januar 1933 geht dann alles sehr schnell. Heinrich Mann wird als Leiter der Sektion Dichtkunst zum Rücktritt gezwungen, Mitglieder wie Käthe Kollwitz und Alfred Döblin erklären ihren Austritt. Es ist Gottfried Benn, der sich zum Exekutor der neuen Verhältnisse macht. Doch auch er wird, da er zwar Faschist, sehr wohl aber kein völkisch-rassistischer Nationalsozialist ist, alsbald von der sich entwickelnden Radikalisierung der NS-Machtübernahme auch im Bereich der Kunst überholt. Denn obwohl die NS-Führung in der Kulturpolitik nach 1933 darauf bedacht ist, große Skandale, wie die Auflösung traditioneller Institutionen, zu vermeiden, sucht sie doch nach Wegen, ihre ideologische Hegemonie unumkehrbar zu gestalten. Mittenzwei beschreibt atmosphärisch dicht, wie Goebbels den Aufbau der Reichsschrifttumkammer betreibt, um die Kontrolle über das literarische Leben zu vollenden. Denn Publikationsrecht hat nur, wer Mitglied der Reichsschrifttumkammer ist. Welche Lobgesänge deren Mitglieder auf die NS-Ideologie verfassen, während die Wehrmacht Europa in Schutt und Asche legt, ist Gegenstand des letzten Teils des Buches. Im Frühjahr 1947 ist es der Alliierte Kontrollrat, der die Akademie als Teil des Preußischen Staates für aufgelöst erklärt.

Der Band ist ein exzellenter Beitrag zur Kulturgeschichte der Weimarer Republik und führt exemplarisch die Teilhabe bürgerlich-konservativer Intellektueller an der Zerschlagung der geistigen Grundlagen der Demokratie vor Augen. Zu diesem Buch sollte greifen, wer zu Recht der interessengeleiteten, entpolitisierten Darstellung mancher nationalkonservativer Schriftsteller dieser Zeit im Feuilleton der JUNGE FREIHEIT misstraut. ■

Werner Mittenzwei

DIE MENTALITÄT DES EWIGEN DEUTSCHEN

Nationalkonservative Dichter 1918–1947 und der Untergang einer Akademie

Faber & Faber







Abokonditionen

Preise*

→ für 5 Ausgaben im Abo 15,50 Euro

Weiterverkauf

→ ab 3 Exemplaren je 3,10 Euro

→ ab 5 Exemplaren 20 % Rabatt

→ ab 50 Exemplaren 25 % Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten Ausgaben. Wenn Du bezahlst, läuft das Abo weiter, ansonsten nicht.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse. Egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für eine **Paketbestellung ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.

Back Issues

Fünfzehn Jahre Antifa in einem Blatt. Entwicklungen und Diskurse - nachlesen und nachvollziehen. Das eigene Archiv komplettieren. Alles kein Problem. Einfach die vorherigen Ausgaben des AIB bestellen.

Lieferbare Ausgaben

18 bis 23 | 51 bis 62

Preise sind abhängig von der gewünschten Ausgabe (1,50 bis 3,10 Euro)

Pakete

Paket	Ausgaben	Preis
Info-Paket A	18 bis 24	7,70 Euro
Info-Paket B	25 bis 31	11,30 Euro
Info-Paket C	32 bis 38	11,30 Euro
Info-Paket D	39 bis 45	11,30 Euro
Info-Paket E	46 bis 49	51	52	11,30 Euro
Info-Paket F	53 bis 59	11,30 Euro
Alle Info-Pakete		64,20 Euro

Impressum

Antifaschistisches Info Blatt

16. Jahrgang

Nummer 64 | 4.2004

Preis 3,10 Euro

Redaktion
Antifaschistisches Info Blatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
e-mail aib@mail.nadir.org

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben

V.i.S.d.P. M. Heinlein (Adresse s.o.)

Konto AIB
Konto-Nr. 3 251 800
BLZ 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

AbsenderIn

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe

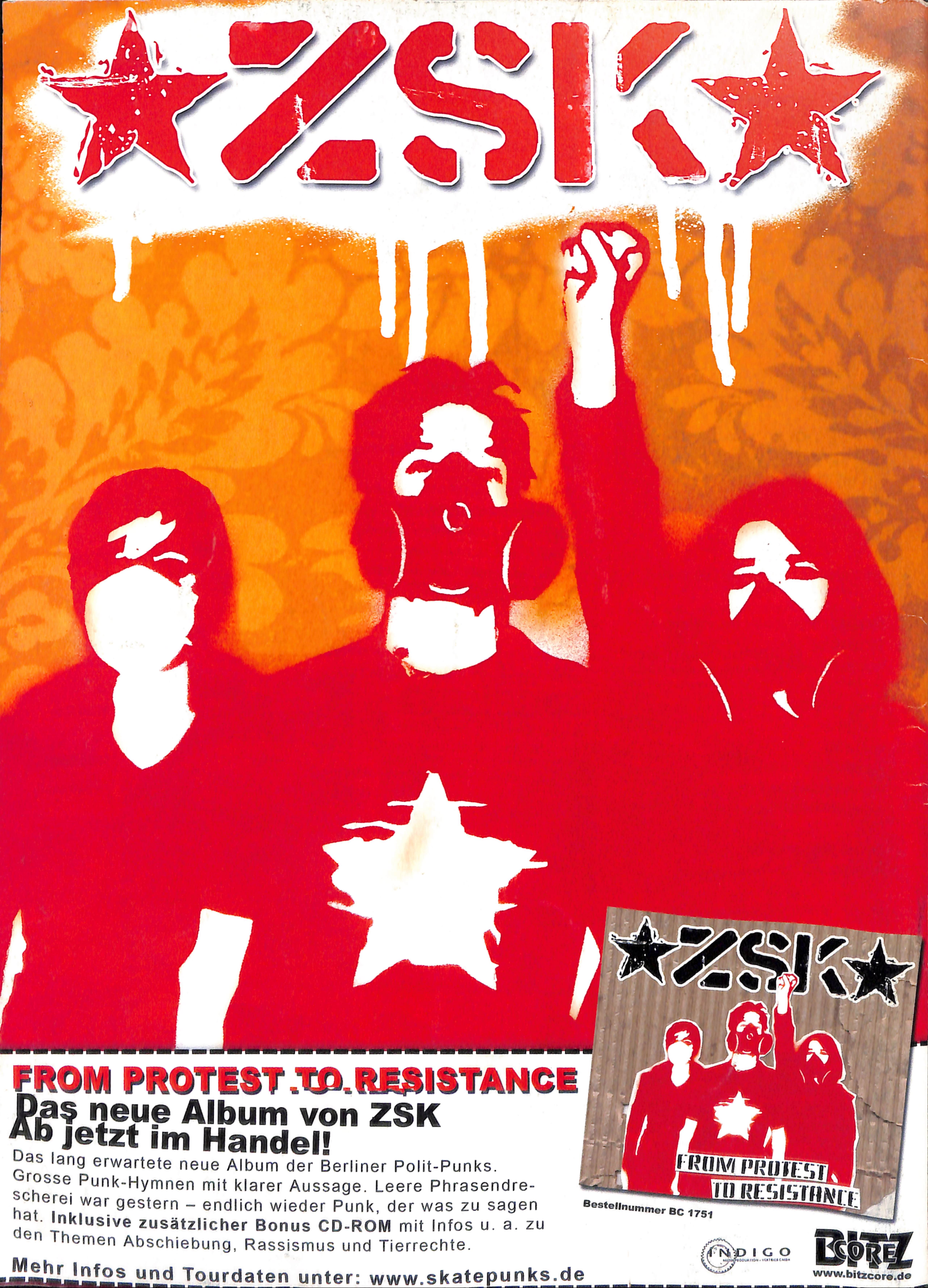
Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle   Ausgaben.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf euer Konto.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach

EmpfängerInnen

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin



ZSK
FROM PROTEST TO RESISTANCE
Das neue Album von ZSK
Ab jetzt im Handel!
Das lang erwartete neue Album der Berliner Polit-Punks. Grosse Punk-Hymnen mit klarer Aussage. Leere Phrasendrescherei war gestern – endlich wieder Punk, der was zu sagen hat. Inklusive zusätzlicher Bonus CD-ROM mit Infos u. a. zu den Themen Abschiebung, Rassismus und Tierrechte.
Mehr Infos und Tourdaten unter: www.skatepunks.de
ZSK
FROM PROTEST
TO RESISTANCE
Bestellnummer BC 1751
INDIGO
BITZCORE
www.bitzcore.de